

Menschen.Themen.2014

Jahresbericht der Geschäftsstelle des
Caritasverbandes für das Bistum Aachen e.V.

Dieses PDF-Dokument enthält eine reine Text-Version des Jahresberichtes 2014 des
Caritasverbandes für das Bistum Aachen e.V.



INHALT

EDITORIAL	
Vorwort	4
MENSCHEN	
Caritas pilgert mit den Menschen	6
<i>Freiwillige gestalteten zur Heiligtumsfahrt den Caritas-Pilgerweg</i>	
Das Sterben ins Leben holen	7
<i>Ein Portrait über eine ambulante Sterbebegleiterin</i>	
Bei Inklusion auf Chancen schauen	9
<i>Kindergartenleiterin erzählt von Pilotprojekt der Caritas im Bistum Aachen</i>	
Die Wirtschaftsbrille allein hilft nicht	10
<i>Ein Berater von Caritas-Einrichtungen berichtet über seine Arbeit</i>	
Caritas macht Urlaub möglich	12
<i>Das Wohnwagenprojekt der Gemeindec Caritas in Krefeld</i>	
Wenn Kinder zu Flüchtlingen werden	14
<i>SKM unterhält in Kempen Fachstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge</i>	
Das Lächeln der Pflege	15
<i>Caritas-Pflegekräfte modeln bei Imagekampagne für die ambulante Pflege</i>	
Weltweite Solidarität mit Leben füllen	17
<i>Diözesancaritasverband unterstütze Aktionen zum Caritas-Sonntag 2014</i>	
THEMEN	
Das beschäftigte den Verband	
Über Satzungsänderung und Flüchtlingsarbeit beraten	19
<i>Aus den Gremien des Verbandes</i>	
Caritas ist soziale Arbeit der Kirche	20
<i>Aus der Seelsorge</i>	
Fallbesprechungen: Sicherheit in ethischen Fragen	21
<i>Aus dem Diözesanen Ethikkomitee</i>	
Vermittlungsvorschlag ermöglichte Kompromiss	22
<i>Aus der Tarifpolitik</i>	
Nähe stiften, Zukunft gestalten	24
<i>Aus der Caritas-Gemeinschaftsstiftung für das Bistum Aachen</i>	
Rat und Hilfe-Stellen und neue Ansätze gefördert	27
<i>Aus der Bischöflichen Stiftung „Hilfe für Mutter und Kind“</i>	
Weit weg ist näher, als du denkst	29
<i>Aus der Arbeitsgruppe Solidarität</i>	
Willkommenskultur für Pilger der Heiligtumsfahrt	30
<i>Zur Pilgerraststätte der Caritas</i>	
Wissenschaft trifft Ehrenamt	30
<i>Zur 7. Europäischen Freiwilligenuniversität in Aachen und Rolduc</i>	
Schöne Worte sind zu wenig	31
<i>Aktionen der Caritas zur Kommunalwahl 2014</i>	
Geschäftsführung	
Korporative Mitglieder wenden Grundordnung an	33
<i>Zur Grundordnung des Kirchlichen Dienstes</i>	
In vier Streitfällen gütliche Einigung erreicht	34
<i>Aus der Arbeitsrechtlichen Schlichtungsstelle</i>	
Theolog. Grundlagen und Verbandsarbeit	
Caritas eröffnet Zukunftsdialog	35
<i>Zu den Zukunftsfragen des Verbandes</i>	
Verbandsbewusstsein und Kooperation stärken	35
<i>Aus der Verbandskoordination - Regionale Caritasverbände</i>	
Ein Ausdruck gelebter Solidarität	38
<i>Aus den Fachverbänden SkF, SKM und IN VIA</i>	
Sozialdienst in Ostbelgien beraten	41
<i>Zum Institut für Beratung und Supervision (IBS)</i>	

Erstmals Seminar für ehrenamtliche Familienpaten	42
<i>Zum Fortbildungsprogramm Beraten – Bilden – Begleiten 2014</i>	
Eingebunden in ein weltweites Netzwerk	43
<i>Zur Auslandshilfe, Katastrophenhilfe und zu Europa</i>	
Ein Netz der Nächstenliebe	45
<i>Zum Fachdienst Gemeindec Caritas</i>	
Facharbeit und Sozialpolitik	
Von der Lust und der Last des Lobbying	48
<i>Caritas ringt um die Gestaltung des Gemeinwesens</i>	
Aktiv für die Belange der Kinder	48
<i>Kibiz, Inklusion und Frühe Hilfen</i>	
Staat fordert anstatt zu fördern	49
<i>Zur Situation der Familien</i>	
Caritas will Anregungen für den Sozialstaat geben	50
<i>Herausforderung der Zukunft: Demografischer Wandel</i>	
Perspektiven eröffnen für Flüchtlinge	50
<i>Zur Situation von jugendlichen Flüchtlingen</i>	
Energiesparen - Zahlen die Armen die Zeche?	51
<i>Caritas spricht mit bei den Klimazielen</i>	
Altenheime wollen ein Sterben in Würde	51
<i>Zur palliativen und hospizlichen Begleitung</i>	
Hart mit der Politik gerungen	51
<i>Altenpflege- und Wohn- und Teilhabegesetz</i>	
Caritas-Experten suchen Dialog mit dem Land	53
<i>Kranke und psychisch kranke Behinderte</i>	
Verwaltung und Zentrale Funktionen	
Dienstleister für Einrichtungen und Verbände	54
<i>Verwaltung und Service aus einer Hand</i>	
Bistum hob Kirchensteuerzuschuss an	54
<i>Aus dem Haushaltswesen</i>	
Viele Beratungen zu Geringfügig Beschäftigten	55
<i>Aus dem Personal- und Rechnungswesen</i>	
Verband schont die Umwelt	57
<i>Aus der EDV und den Zentralen Diensten</i>	
Zu geringe Zuschüsse und Entgelte bereiten Sorge	58
<i>Aus der Wirtschaftlichen Einrichtungsberatung</i>	
Diözesanarbeitsgemeinschaften	
Neue Wege bei der Interessenvertretung	61
<i>DiAG Alter und Pflege und ihre Mitglieder überzeugen Politiker</i>	
Inklusion kann nur Stück für Stück gelingen	62
<i>Aus der DiAG Eingliederungshilfe</i>	
Gesundheit der Mitarbeiter mehr beachten	63
<i>Arbeitsgemeinschaft Kath. Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfe</i>	
Arbeit bedeutet soziale Teilhabe	64
<i>Aus der DiAG Integration durch Arbeit</i>	
Das Ringen um gutes Leben im Sterben	66
<i>Aus der DiAG Krankenhäuser</i>	
Kritik an Revision des Kinderbildungsgesetzes	68
<i>Diözesanarbeitsgemeinschaft Katholische Tageseinrichtungen für Kinder</i>	
Daten und Fakten	
Bilanz	69
Der Caritasverband für das Bistum Aachen	71
Organisationsstruktur	73
Impressum	75

EDITORIAL

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

in den vergangenen Jahresberichten des Caritasverbandes für das Bistum Aachen habe ich Ihnen an dieser Stelle immer einen kurzen Überblick über das gegeben, was die Geschäftsstelle des Verbandes im Berichtszeitraum bewegt hat. In diesem Jahr ist es mir wichtig, Ihnen einige Zeilen über den Jahresbericht selbst zu schreiben. Denn Sie sehen: Der Bericht sieht anders aus, als Sie ihn bislang gewohnt waren.

Was hat die Geschäftsstelle des Verbandes bewogen, den Bericht so vorzulegen, wie er nun ist?

„Not sehen und handeln“ heißt das Motto der Caritas. Diesem Motto versucht der Verband gerecht zu werden, indem er Anwalt für diejenigen ist, die der Hilfe bedürfen, sich als Solidaritätsstifter versteht und als sozialer Dienstleister in der Gesellschaft auftritt. Bei allem, was der Verband tut, geht es ihm um Menschen und ihre Belange. Sie bestimmen die Themen, denen sich Caritas widmet, sie bestimmen die Positionen, für die der Verband steht. Daher heißt der Bericht für das Jahr 2014 erstmals „Menschen. Themen. 2014.“

Der Titel deutet die neue Struktur an, die der Jahresbericht hat. Im ersten Teil geht es um Menschen im Verband, hauptberuflich und ehrenamtlich Tätige. Sie werden exemplarisch für viele, die sich in der Caritas engagieren, mit ihren Themen, für die sie im Berichtszeitraum gestanden haben, vorgestellt. Auf diese Weise sollen die Themen ein Gesicht bekommen und nicht länger als nur der Fachwelt gehörend präsentiert werden. Dort, wo Menschen über ihre Arbeit erzählen, werden Dinge plastisch: Da ist die Pflegekraft der Caritas-Pflegestation aus Mönchengladbach, die sich als Model für eine Imagekampagne für Ambulante Pflege zur Verfügung gestellt hat, da ist das Team der Palliativpflege in Aachen, das sich ehrenamtlich bei der Heiligtumsfahrt in Aachen engagiert hat. Da sind eine Einrichtung der Pfarre in Monschau-Imgenbroich und eine des Regionalen Caritasverbandes Aachen-Stadt und Aachen-Land, die besondere Aktionen zum Caritassonntag geplant haben, da ist eine Ehrenamtlerin eines ambulanten Hospizdienstes aus dem Kreis Heinsberg, die Menschen beim Sterben begleitet, da ist ein Kindergarten aus Jülich, der sich – wie viele andere im Bistum – auf den Weg zur Inklusion gemacht hat, da ist ein Projekt der Gemeindec Caritas in Krefeld, das bedürftigen Familien Urlaub auf einem Campingplatz in den Niederlanden ermöglicht, da ist der SKM aus Viersen, der sich in Kempen um minderjährige unbegleitete Flüchtlinge kümmert, und ein Mitarbeiter der Geschäftsstelle des Diözesancaritasverbandes, der wirtschaftliche Einrichtungsberatung im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeit einerseits und christlichem Menschenbild andererseits betreibt. Sie alle stehen stellvertretend für viele, viele Menschen im Bistum Aachen, die sich für die verbandliche Caritas engagieren.

Im zweiten Teil des Berichtes erfahren Sie – wie in den bisherigen Jahresberichten auch –, was die einzelnen Bereiche des Verbandes und die Diözesanarbeitsgemeinschaften in 2014 unternommen haben, um ihre Anliegen in der Öffentlichkeit voranzubringen.

Der deutsche Werbeberater und Aphoristiker Karl-Heinz Karius hat einmal gesagt: „Nur für etwas, das dich wirklich bewegt, kannst du wirklich etwas bewegen.“ Den Verband bewegten 2014 die Themen der ihm anvertrauten Menschen. Der Jahresbericht möchte versuchen, einen kleinen Einblick in diese Arbeit zu geben. Ich wünsche Ihnen anregende Lektüre.

Ihr
Burkard Schröders

Caritas pilgert mit den Menschen

Zur Aachener Heiligtumsfahrt machte der DiCV ein religiöses Angebot: den Caritas-Pilgerweg. Daran beteiligte sich auch der Palliativpflegedienst der Caritas aus Aachen.

Aachen. Samstag, 26. Juni 2014: In der Kirche St. Foillan im Aachener Zentrum ist es mucksmäuschenstill. Nur die Stimme einer Mitarbeiterin der Palliativpflegestation des Caritasverbandes für die Region Aachen-Stadt und Aachen-Land e. V. ist zu hören. Sie beteiligt sich am so genannten Caritas-Pilgerweg anlässlich der Aachener Heiligtumsfahrt. In Form von Texten, Gebeten und Meditationen setzen haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter der Caritas die vier Aachener Tuchreliquien in Beziehung zur Arbeit der Caritas. Für die Arbeit des Palliativpflegedienstes steht das Lendentuch Christi. Annemie Simons trägt vor, was dieses Stück Stoff mit ihrer Arbeit und der ihrer Kolleginnen zu tun hat: „Das Lendentuch Jesu bedeckte seine Blöße. Mir ist es in meiner Arbeit besonders wichtig, den Menschen würdevoll zu behandeln, ganz konkret so mit ihm umzugehen, dass er sich seiner eigenen Blöße nicht „schämen“ muss, dass ich ihn in der Pflege nie nackt liegen lasse, sondern ihn immer bedecke, so dass er sich nicht ausgeliefert fühlen muss. Ein Patient sagte, Sie pflegen mich nicht nur gut, sondern Sie tun das mit viel Güte.“

Dass das Lendentuch Christi als Symbol für den Beitrag der Palliativpflege der Caritas Aachen-Stadt und Aachen-Land stand, war kein Zufall. Das Wort „palliativ“ leitet sich vom lateinischen „palliare“ ab, was so viel bedeutet wie mit einem Mantel bedecken. Die Palliativpflegestation möchte ihre Patienten mit individuell schützenden und optimal vernetzten Hilfsangeboten ummanteln.

Barbara Geis, Seelsorgerin im Haus der Caritas an der Kapitelstraße, hatte den Caritas-Pilgerweg inhaltlich mit verschiedenen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern der Caritas aus verschiedenen Arbeitsfeldern und Regionen vorbereitet. Auch mit dem Team von Margret Albrecht, sie leitet die Caritas-Palliativpflegestation in Aachen. Regelmäßig treffen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seit einigen Jahren mit der Pastoralreferentin. Für das Team war es keine Frage, sich daran zu beteiligen. Albrecht sieht Parallelen zwischen dem Caritas-Pilgerweg und der Arbeit der Palliativpflegestation: „Wir pilgern mit den Menschen gewisse Stationen ab, wir begleiten sie an den einzelnen Stationen, und irgendwann sind wir an der Endstation angekommen“, erläutert sie.

Im Monat pflegt der Palliativpflegedienst, der in ein sogenanntes Homecare-Team aus Ärzten, Palliativpflegern, Apotheken, Sanitätshaus und Hospizdienst eingebunden ist, rund 30 schwerstkranke Menschen in ihrer letzten Lebensphase. Trotz ihrer schweren Erkrankung sollen die Menschen ein Maximum an Lebensqualität haben. Dazu gehört wesentlich die palliative Symptomkontrolle, das bedeutet, die Patienten sollen keine Schmerzen und keine Übelkeit haben. „Diese Patienten brauchen nicht nur sauber und satt, sie haben ganz andere Schwerpunkte: Sie haben viel zu bereden und wollen noch vieles erledigen. Wir versuchen, sie so zu unterstützen, dass es ihnen gut geht“, sagt Margret Albrecht.

„Im Pflegealltag erleben wir viele Geschichten, die hängen bleiben“, sagt Lisa Schulz, die stellvertretende Leiterin der Palliativpflegestation. Wie die Aussage eines muslimischen Patienten, den die Caritas betreute und die Eingang in die Texte des Caritas-Pilgerweges fand: „Ich bin Moslem, sie Christ, aber wir haben uns immer gut verstanden, ein Gespräch,

Menschen

eine Tasse Tee haben dabei geholfen. Wir sollten keine Unterschiede machen“. Lisa Schulz war oft bei diesem Patienten. In Erinnerung ist ihr bis heute die offene und herzliche Art geblieben, mit der die Caritas im Haus des Mannes aufgenommen wurde. „Sie machten keinen Unterschied, auch wenn wir verschiedenen Religionen angehören“, sagt Lisa Schulz.

Bereits in ihrer Ausbildung zur Altenpflegerin wurde sie mit dem Thema Tod und Sterben konfrontiert, denn sie absolvierte ein Praktikum in einem Hospiz. „Das hat mir gut gefallen. Bei aller Trauer war es schön zu erleben, wie gut man Menschen im Sterben begleiten kann“, sagt sie. Dass sie nun Menschen begleiten könne, die zuhause sterben wollen, erfülle sie mit großer Zufriedenheit.

Dass die Arbeit der Palliativpflege der Caritas geschätzt wird, beweisen die vielen Briefe, die der Dienst an der Vaalser Straße regelmäßig von Angehörigen bekommt. Und auch auf den Beitrag des Palliativpflegedienstes beim Caritas-Pilgerweg bekamen die Mitarbeiter Reaktionen. „Die Lebensgefährtin eines Patienten, den wir begleitet hatten, kam danach im Caritas-Pilgerzelt auf mich zu und sagte, was wir vorgetragen hätten, habe sie noch einmal darin bestärkt, dass das, was sie gemacht habe, richtig gewesen sei“, berichtet Margret Albrecht. Solche Aussagen zeigen ihr, wie wichtig die ambulante Palliativpflege ist. „Die Palliativpflege müsste viel mehr ausgebaut werden, es müssten mehr finanzielle Mittel dafür geben, noch viel zu oft müssen wir um Verordnungen kämpfen“, beklagt Albrecht.

Ihre Arbeit kann sie nicht so einfach ablegen wie ein Kleidungsstück, das sie abends an die Garderobe hängt, wenn sie heimkommt. Wenn man täglich mit Patienten zu tun habe, die eine schlimme Diagnose bekommen hätten, ändere sich die Einstellung zum Leben, sagt Albrecht. Immer wieder einmal ertappt sie sich bei dem Gedanken, wie es denn bei ihr einmal sein sollte, wenn sie in einer solchen Situation sein würde. Sie hat festgestellt, dass es wichtig ist, Wünsche, die man hat, nicht immer wieder zurückzustellen. „Man lebt bewusster, achtet mehr auf sich selber. Den Partner, die Familie lernt man noch mehr zu schätzen, denn man weiß ja nicht, wieviel Zeit man mit ihnen noch hat“, sagt Lisa Schulz.

Das Sterben ins Leben holen

Die Caritas will den Umgang mit Sterbenden ändern. Auch ambulante Sterbebegleiter leisten dazu einen wichtigen Beitrag.

Wassenberg. Wenn Kathleen Schönefeld über ihre Arbeit als ehrenamtliche Sterbebegleiterin beim ökumenischen ambulanten Hospizdienst Regenbogen in Wassenberg erzählt, hört sie als häufigste Reaktion: „Das könnte ich nicht, wie schaffst du das?“ Die Motivation, die die 49-Jährige veranlasste, 2004 ein Befähigungsseminar zur Sterbebegleiterin bei Regenbogen zu besuchen, ist die gleiche, die sie heute am Bett von Sterbenden sitzen lässt: „Tod und Sterben gehören genauso zum Leben wie eine Geburt. Auf eine Geburt freuen wir uns, die ist in aller Munde. Übers Sterben wird kaum geredet.“ Das möchte die Wassenbergerin durch ihr ehrenamtliches Engagement ändern: „Wir müssen den Tod in den Alltag, das Sterben ins Leben holen“, sagt sie. Dem Schneeballsystem vergleichbar möge sich diese Haltung in der Gesellschaft ändern, wünscht sich die Angestellte.

Menschen

Regenbogen ist ein ökumenischer, ambulanter Hospizdienst, der vor allem im nördlichen Teil des Kreises Heinsberg aktiv ist. Er wurde vor 14 Jahren gegründet, ist dem Caritasverband für die Region Heinsberg angeschlossen und gehört der Diözesanen Arbeitsgemeinschaft Alter und Pflege im Bistum Aachen an. Die macht sich dafür stark, die Palliativversorgung in der stationären und ambulanten Pflege zu verbessern und eine Hospizkultur beim Umgang mit Sterbenden zu etablieren.

22 Jahre war Kathleen Schönefeld alt, als ihre Oma starb. Die alte Dame lag im Krankenhaus. Reihum in der Familie wurde der Krankenbesuch organisiert. Am Sterbetag der Oma war Kathleen Schönefeld mit dem Krankenbesuch an der Reihe. Als sie in das Krankenzimmer kam war das Bett ihrer Oma nicht mehr darin, eine Krankenschwester wischte gerade das Nachtschränkchen ab. Auf ihre Nachfrage, wo die Oma sei, bekam sie keine Antwort. Ein Arzt informierte sie dann auf dem Flur zwischen Tür und Angel, dass die Großmutter vor fünf Minuten gestorben sei. Das wars. Das, so hat es sich Kathleen Schönefeld vorgenommen, sollen die Menschen, deren Angehörige sie im Sterben begleitet, ganz anders erleben. Wer sich im ambulanten Hospizdienst Regenbogen als einer der 80 ehrenamtlichen Sterbebegleiter zur Verfügung stellt, braucht vor allem Empathie. „Man muss auf den Menschen, den man begleitet zugehen, ihn so annehmen wie er ist, darf ihn nicht werten und bewerten“, sagt Kathleen Schönefeld. Reden sei oft gar nicht so wichtig, so die Erfahrung der Sterbebegleiterin. Die Sterbenden wollten oft jemanden haben, der zuhört, dem sie ihre Lebensgeschichte noch ein weiteres Mal erzählen können, ohne dass sich ein Familienmitglied genervt abwendet. Es seien auch weniger die Fragen nach dem Sinn des Lebens, die Sterbende stellten. Viel wichtiger sei ihnen, ihr Befinden zu erzählen.

Sechs Menschen hat Kathleen Schönefeld mittlerweile im Sterben begleitet. Gelassener habe sie diese ehrenamtliche Tätigkeit werden lassen. Wie gut es ihr selber und ihrer Familie geht hat sie neu schätzen gelernt. „Denjenigen, die ich begleite, geht es viel schlechter als mir. Sie müssen ihr Leben verlassen, und es bleiben Angehörige zurück, die einen Menschen verlieren. Das ist schlimm“, sagt sie.

Nicht nur Sterbenden steht sie in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit bei. Ihre Sorge gilt auch Kindern, die Angehörige durch den Tod verloren haben oder wo der Tod eines Angehörigen bevorsteht. „Schatzsucher“ heißt das Gruppenangebot, das der ambulante Hospizdienst Regenbogen alle zwei Wochen in einem früheren Pfarrheim einer Wassenberger Kirchengemeinde macht. Da sein, hinhören, für Gespräche bereit stehen sind die Aufgaben von Kathleen Schönefeld und der anderen Ehrenamtler, die in drei Gruppen Kinder von sechs bis 18 Jahren begleiten. „Sie sind dankbar für dieses Angebot. Die Kinder erleben in den Gruppenstunden, dass es da Gleichaltrige gibt, die das Gleiche erlebt haben, wie sie, die aber in der Schule darüber nicht sprechen können“, erzählt die Wassenbergerin. Das, was die „Schatzsucher“ bieten, ist kein therapeutisches Angebot. Freilich würden sie professionelle Hilfe ins Gespräch bringen, wenn sie sie für angezeigt hielten. Viel wichtiger ist ihnen aber, trauernden Kindern eine Gelegenheit zum Toben, zu freiem Spiel und thematischen Einheiten zu geben, bei denen sie sich mit dem Thema Tod und Sterben auseinandersetzen können. So wie zu Karneval im vergangenen Jahr. Aus Papptellern sollten die Kinder Masken basteln, hatten die Gruppenbetreuer vorgeschlagen. „Beim Basteln ergab sich auf einmal unter den Kindern das Gespräch darüber, dass sie sich in der Schule immer hinter einer Maske verstecken müssten, über den Tod vom Papa könnten sie dort nicht reden, sie müssten immer fröhlich sein. Bei den

Menschen

Schatzsuchern könnten sie darüber sprechen“, berichtet Kathleen Schönefeld. Solche Erfahrungen sind es, die die 49-Jährige in ihrem Ehrenamt mit großer Zufriedenheit erfüllen.

Doch nicht nur Ehrenamtler wie sie seien wichtig, um einen anderen Umgang mit Sterben, Tod und Trauer in der Gesellschaft zu etablieren, meint Kathleen Schönefeld, Unerlässlich sind auch die Ehrenamtler bei Regenbogen, die sich zwar nicht in der Lage sehen, Sterbebegleitungen vorzunehmen, die aber den Verein bei Verwaltungstätigkeiten oder beim Organisieren von Festen und Veranstaltungen freiwillig unterstützen.

Bei Inklusion auf Chancen schauen

„Auf dem Weg zur Inklusion“ heißt ein Pilotprojekt der Caritas im Bistum Aachen. Die Kita St. Franz Sales aus Jülich ist eine Einrichtung, die sich beteiligt.

Jülich. Inklusion in Kindertagesstätten ist viel mehr als die gemeinsame Betreuung von behinderten und nicht behinderten Kindern. Das wird Sandra Caspers, Leiterin der Kindertagesstätte St. Franz Sales der gemeinnützigen profinos GmbH in Jülich, täglich klar. Vor allem, seit die Erzieherin und ihr Team am Projekt „Auf dem Weg zur Inklusion“ des Caritasverbandes für das Bistum Aachen teilnehmen. Im Mai 2014 begann es, von Sandra Caspers zu Anfang durchaus kritisch beäugt. Aber nach einem Einführungsvortrag war sie sich sicher: Das wäre etwas für die 70 Kinder betreuende Einrichtung, die das Siegel plusKita trägt, weil sie Kinder mit besonderem Förderbedarf betreut.

Neun katholische Kindertageseinrichtungen aus dem Bistum Aachen – von Grefrath bis Blankenheim – machen mit bei dem Projekt, mit dem der Caritasverband für das Bistum Aachen und die Diözesane Arbeitsgemeinschaft Katholische Tageseinrichtungen für Kinder (DiAG KTK) auf aktuelle gesellschaftliche und politische Anforderungen reagieren, denen sich die Kitas gegenüber sehen. Das Ziel des Projektes ist, die Einrichtungen darin zu unterstützen, mit der Vielfalt von Menschen, die ihnen tagtäglich begegnen, noch bewusster und professioneller umzugehen. Am Ende soll im Idealfall eine Sammlung von Best-practice-Beispielen herauskommen, also eine Vorschlagsammlung, wie Einrichtungen bestimmte Fragen der Inklusion lösen. Diese könnte anderen Einrichtungen als Entscheidungshilfe dienen.

Im Laufe des Projektes stieß die Kita auf Probleme, die mit der Vielfalt von Menschen, die die Einrichtung besuchen, zusammenhängen. Unter anderem stellte das Team um Sandra Caspers fest, dass mehrfach bei Kindergartenveranstaltungen wie Ausflügen, die rechtzeitig angekündigt worden waren, die Hälfte der Kinder nicht zur vereinbarten Zeit an der Einrichtung war. In der Elternpost, einer Hauszeitung, waren die Termine mehrfach angekündigt worden. Bei der Analyse, warum die Informationspolitik nicht funktionierte, stellte sich heraus, dass die Benachrichtigungen der Eltern nicht nur in den falschen Sprachen geschrieben waren, sondern auch ein Großteil der Eltern sie nur schwer lesen konnte. „Das muss einem bewusst werden, wenn man alle erreichen möchte“, sagt Sandra Caspers. „Unsere Konsequenz ist nun, dass wir mehr mit den Eltern ins Gespräch kommen.“

Neu einrichten wird die Kita, die einen Erweiterungsbau bekommen hat, nun ein

Menschen

Elterncafé, in dem sich Eltern in der Einrichtung treffen können. Eine frühere Mitarbeiterin der Einrichtung, die zu den ehemaligen Kolleginnen noch engen Kontakt hält, wird sich dort ehrenamtlich engagieren und auch Eltern für Fragen zur Verfügung stehen: beim Ausfüllen von Anträgen, bei Behördengängen.

Positiv bewertet Sandra Caspers auch den Austausch mit anderen katholischen Kindertagesstätten, die sich an dem Projekt beteiligen. „Eine Einrichtung hat zum Beispiel viel mit Bildern gearbeitet, um die Bedeutung von Räumen zu kennzeichnen. An der Bürotür hängt ein Foto vom Inneren des Raumes mit dem Computer. Wir wollen diese Anregung mitnehmen, wenn wir jetzt nach dem Umbau unser Haus neu einrichten“, sagt die Kita-Leiterin.

Das Projekt führe auch dazu, dass das Team den Blickwinkel auf Kinder verändere, sagt Sandra Caspers. Sie erzählt von einem Kind mit gravierenden Entwicklungsverzögerungen, für das es keinen Kindergartenplatz gab. Das Jugendamt fragte unter anderem in der Kita St. Franz Sales an, ob es dort aufgenommen werden könnte. „Wir haben uns gefragt: Können wir das leisten? Wir steckten damals richtig im Umbau. Ferner haben wir in der Einrichtung nur ‚normale‘ Erzieherinnen, keine Kräfte mit sonderpädagogischer Ausbildung. Wir haben uns auch gefragt, ob wir ein solches Kind im Hinblick auf die anderen Kinder aufnehmen können, da es Personal bindet. Wir haben uns dann entschlossen, das Kind zu nehmen, haben auf die Chancen geschaut, haben aber auch gesagt, dass wir Hilfe benötigen. Nun hat das Kind einen Integrationshelfer“, sagt die Leiterin. Durch das Projekt, so Sandra Caspers, habe das Team auf dieses Kind ganz anders geschaut: „Heute sage ich: Das war die beste Entscheidung, dieses Kind hier zu behalten, weil wir einen anderen Blick bekommen und uns das Kind sehr viel zurückgibt.“ Künftig, da ist sich Caspers sicher, werde sich die Einrichtung mit einer solchen Entscheidung leichter tun.

Das Projekt brachte die katholische Kindertagesstätte St. Franz Sales dazu, ihr eigenes Handeln zu hinterfragen. Sandra Caspers und ihr Team würden sich wieder an dem Projekt beteiligen.

Die Wirtschaftsbrille allein hilft nicht

Der wirtschaftliche Druck auf Caritas-Einrichtungen nimmt zu. Sie bekommen beim DiCV Hilfe von Experten wie Herbert Römer.

Aachen. Mit Geld umzugehen hat Herbert Römer ebenso gelernt wie die Bedeutung von fixen und variablen Kosten für einen Betrieb zu beurteilen. Nach einer Banklehre und einem Betriebswirtschaftsstudium arbeitet der 64-Jährige seit 1977 im Team der wirtschaftlichen Einrichtungsberatung beim Caritasverband für das Bistum Aachen. Ob Einrichtungen der Behinderten-, Jugend- oder Altenhilfe, wenn es darum geht, in Zeiten harter Konkurrenz zu bestehen, vertrauen katholische Einrichtungen im Bistum Aachen auf die Beratung von Herbert Römer und seinen Kolleginnen und seinem Kollegen. Auch wenn er darauf achtet, dass Einrichtungen Leistungen so preiswert wie möglich anbieten, ist für Römer eines klar: „Es geht für uns Wirtschaftler bei der Caritas überhaupt nicht, dass wir nur die Wirtschaftsbrille aufhaben.“ Nicht ohne Grund stehen wohl hinter dem Computerbildschirm auf der Fensterbank in Römers Büro im Haus der Caritas ein

Menschen

Schutzengel aus Holz und ein Exemplar des Caritas-Leitbildes.

„Betriebswirtschaftlich denken heißt für mich nicht, wie viele sagen, mit dem geringsten Einsatz den höchsten Erfolg zu erzielen. Der Caritas muss es darauf ankommen, mit dem gegebenen Einsatz den höchsten Erfolg zu erzielen“, sagt Römer. Von gegebenem Einsatz spricht er nicht ohne Grund und verweist auf die Arbeitsvertragsrichtlinien (AVR) des Deutschen Caritasverbandes. Die legen fest, wie zum Beispiel Mitarbeiter in katholischen Pflegeeinrichtungen zu vergütet sind. Auch wenn die Vergütung der Mitarbeiter nach Tarif solche Einrichtungen teurer macht als die privater Anbieter, die unter Umständen keiner Tarifbindung unterliegen, ist Römer vom Erfolg von Caritas-Einrichtungen nach wie vor überzeugt: „Teure und mittelmäßige oder gar schlechte Leistungen bekommen wir nicht verkauft. Da wir teuer sind, müssen wir sehr gute Leistungen verkaufen. Diesen Anspruch müssen wir haben, sonst gehen wir unter“, sagt er.

Römers häufigstes Hilfsmittel im Büro ist nicht die Rechenmaschine, sondern das Telefon. Beraten, die unterschiedlichen Finanzierungssysteme den Einrichtungen nahe bringen und sie über Konsequenzen von Gesetzesänderungen aufzuklären ist viel wichtiger als Zahlenkolonnen in den Rechner zu tippen. „Rechnen können die Einrichtungen alles selbst, wir müssen ihnen nur sagen, wie und was sie rechnen sollen“, sagt Römer.

Denn das System zum Beispiel der Altenheimfinanzierung ist im Laufe der Jahre wesentlich komplizierter geworden. Die Einführung der Pflegeversicherung im Jahre 1995 und die in regelmäßigen Abständen beschlossenen Änderungsgesetze – das fünfte trat zu Jahresbeginn 2015 in Kraft – sowie die Landespflegegesetze, die die Refinanzierung der Investitionsaufwendungen regeln sollen, haben mit Sicherheit nicht zur Vereinfachung des Systems beigetragen. Der bürokratische Aufwand, dem die Einrichtungsträger ausgesetzt sind, hat sich in den vergangenen 20 Jahren vervielfacht. Zusätzlich erschwerten die notorisch klammen Kommunen die Lage von Jugendhilfe- und Altenpflegeeinrichtungen, sind es doch die Kommunen, die, wenn die Vermögen und die Einkommen der Menschen, die in den Einrichtungen gepflegt und betreut werden, nicht mehr ausreichen, bei der Finanzierung der Heimentgelte in die Bresche springen müssen. „Da wird der finanzielle Druck auf unser System größer. Das führt auch in vielen Fällen dazu, dass die Menschen aus finanziellen Gründen erst dann, wenn sie restlos mit der Pflege und Betreuung von Angehörigen überfordert sind, Kontakt zu stationären Einrichtungen aufnehmen. Diese Situation trifft ebenso auf den Bereich der Jugendhilfe zu“, sagt Römer. In vielen Fällen stimmten aus Kostengründen die Jugendämter erst spät, manchmal zu spät, einem Aufenthalt in einer stationären Einrichtung zu.

Dieser enorme Druck lasse den Caritas-Einrichtungen keine andere Alternative als möglichst wirtschaftlich zu arbeiten. Mit der Optimierung der Wirtschaftlichkeit ihrer Einrichtungen beschäftigen sich zurzeit im höchsten Maße die Träger von ambulanten Diensten. Da hier die verschiedenen Leistungsangebote differenziert nach Kostenträgern, wie z. B. Pflegekassen, Krankenkassen, Kommunen und Selbstzahlern abgerechnet werden, kann nur eine optimale Ablauforganisation gewährleisten, dass keine Verluste entstehen. Hierzu gehört auch, die Fahrzeiten auf ein Minimum zu reduzieren.

Nicht einfach gestalten sich unter diesen Vorzeichen Entgeltverhandlungen. Pflegekassen und Kommunen hätten ein Interesse daran, möglichst wenig für die Pflege und Betreuung von alten, behinderten und jungen Menschen auszugeben und wollten die Einrichtungen

Menschen

im Preis drücken. Alle Angestellten des Landschaftsverbandes, der Kommunen und der Pflegekassen würden nach öffentlichen Tarifen bezahlt, so Römer. Da sei es zuweilen hilfreich die Kostenträger darauf hinzuweisen, wenn es um die Refinanzierung von tariflicher Bezahlung der Mitarbeiter im Bereich der Caritas geht.

Rechtliche einschränkende Vorgaben und die Nichtanerkennung von Zuschlägen für eintretende Wagnisse würden es den Einrichtungen immer schwerer machen, notwendige Rücklagen für schlechte Zeiten zu bilden, sagt Römer: Zukünftig werde es für die Einrichtungsträger immer schwieriger werden, im Jahresergebnis eine „schwarze Null“ zu erzielen.

Trotz vieler Herausforderungen, die auf Caritas-Einrichtungen warten, ihren christlichen Hintergrund hält Römer für etwas Wertvolles, den sich die Einrichtungen unbedingt erhalten müssten. „Die katholischen Einrichtungen müssen ihre besondere Identität als ausschlaggebendes Unterscheidungsmerkmal zu den Mitbietern auf dem Sozialmarkt bewahren“, meint Römer. Nicht das Dollarzeichen dürfe ein wirtschaftlicher Einrichtungsberater der Caritas in den Augen haben, sondern das Caritas-Flammenkreuz, meint der Betriebswirt.

Caritas macht Urlaub möglich

Der Fachdienst Gemeindecaritas macht vielfältige Angebote. Ein Beispiel: das Wohnwagenprojekt der Caritas Krefeld.

Krefeld. Eine Urlaubsreise der Krefelder Caritas-Gemeindesozialarbeiterin Ursula Wagner auf einen Campingplatz ins niederländische Groede an der Nordseeküste war die Initialzündung für einen Campingurlaub für mittlerweile 100 bedürftige Krefelder mit kleinem Einkommen. Weil Ursula Wagner den Campingurlaub im Wohnwagen einer Kollegin für sich und ihre Familie als sehr erholsam empfand, kam sie mit ihrer Kollegin Gloria Schloeßer von der Integrationsagentur auf die Idee, eine solche Erholungsgelegenheit auch kinderreichen Familien in der Krefelder Innenstadt und im Neubaugebiet Krefeld-Schicksbaum anzubieten, die sich einen solchen Urlaub sonst nie leisten könnten. Gemeinsam mit der katholischen Kirchengemeinde Heilig Geist erhielt die Caritas für die Region Krefeld Gelder aus dem Pastoral-Fördermittel-Fonds beim Bistum Aachen. 2009 reisten die ersten Familien in einen maximal einwöchigen Urlaub auf den 300 Meter vom Strand entfernten Campingplatz „Strandcamping Groede“ zwischen Breskens und Knokke an der niederländischen Nordseeküste. Mittlerweile haben 100 Familien in dem von der Caritas angeschafften Wohnwagen Campingurlaub machen können.

Maria Grün (Name geändert) hat mit ihrer Familie in Groede schon Campingurlaub gemacht. Mit den 22, 20 und zwölf Jahre alten Kindern könnten sie sich einen solchen Urlaub aus eigenen Mitteln nicht leisten „Campingurlaub kannten wir nicht, wir haben es einfach ausprobiert, und es hat uns sehr gut gefallen“, sagt die 44-Jährige.

Felicitas Baum (Name geändert) war in den jüngsten Herbstferien mit ihrer Familie, zu der fünf Kinder im Alter von einem bis 19 Jahren gehören, zum ersten Mal im Caritas-Wohnwagen auf dem Campingplatz in Groede. Jederzeit würde sie dort gerne wieder

Menschen

hinfahren. Spielen am Strand, Fahrradfahren und Angeln sorgten in der Familie für eine willkommene Abwechslung. Zweieinhalb Stunden dauerte die Fahrt an die niederländische Nordseeküste, die jede Familie ebenso selber organisieren muss wie die Verpflegung und das Urlaubsprogramm. Die Kinder haben beim Kochen und Spülen geholfen. „Geschirrspülen macht dort Spaß“, sagt die 39-Jährige und lacht.

Was Maria Grün an dem Campingurlaub in Groede so gut gefallen hat war, dass sich die Kinder sehr schnell mit dem Platz vertraut gemacht hatten. „Die wussten bald, wo der Spielplatz oder das Trampolin ist. Da hatten wir Eltern auch Zeit für uns, konnten spazieren gehen. Kein Internet, kein Handy, das war erholsam.“

Ursula Wagner sagt, gerade Kindern, die in einer Stadt aufwachsen und dort die Natur nicht so erleben könnten, bringe der Aufenthalt in der Weite der Nordseeküste viel. „In der Stadt sind sie ja doch immer eingeeengt. Hinzu kommen die Probleme, die die Familien hier vor Ort belasten. Dort in Groede können alle einmal abschalten.“ Hilfreich für Familien, vor allem für solche, die noch nie Campingurlaub gemacht hätten, sei die familienfreundliche Atmosphäre auf dem Campingplatz. „Wenn ein Kind einmal nicht zum Wohnwagen zurückfindet kümmern sich die anderen darum. Die meisten Camper dort sprechen Deutsch. Camper sind wie eine große Familie“, sagt Ursula Wagner.

Der Campingurlaub im Caritas-Wohnwagen in Groede ist beliebt. Maximal eine Woche im Jahr in den Ferien kann eine Familie den Wohnwagen buchen. Für Familien ohne schulpflichtige Kinder sind auch Aufenthalte außerhalb der Ferien oder zu verlängerten Wochenenden möglich.

Der Wohnwagen, den die Caritas angeschafft hat, steht fest auf dem Campingplatz. Ein Vorzelt ist vorhanden, zudem zwei Igluzelte für Kinder. Der Wohnwagen ist komplett ausgestattet. Zwei Erwachsene und drei Kinder können dort zeitgleich Urlaub machen. Der Campingplatz verzichtet auf Sondergebühren und die Gästepauschale, die Familien zahlen nur einen geringen Betrag.

Vor Ort in Krefeld kümmert sich eine Caritasmitarbeiterin um die Familien, die sich um den Campingaufenthalt bewerben. Sie besucht die Bewerber zu Hause und führt mit ihnen ein Bewerbungsgespräch. Die darin gewonnenen Informationen wertet ein Team aus und verteilt für jeden Bewerber Punkte, unter anderem für die Anzahl der Kinder, das Einkommen oder Krankheiten in der Familie. Bei mehreren gleichzeitigen Bewerbungen oder Punktgleichheit entscheidet ein Team über die Belegung. Jeder Bewerber bekommt eine Zusage oder eine Absage. „Besonders in den Sommerferien haben wir mehr Bewerber als Plätze“, sagt Ursula Wagner. Sie stellte das erfolgreiche Projekt im Herbst bei einem Fachtag des Fachdienstes Gemeindec Caritas im Bistum Aachen vor. Auch andere Projekte aus allen Bistumsregionen präsentierten dort ihre Arbeit.

In der Gemeindec Caritas der Gemeinschaften der Gemeinden und Pfarreien im Bistum engagieren sich mehr als 25.000 Ehrenamtliche. Die verbandliche Caritas unterstützt sie bei der Wahrnehmung ihrer diakonischen Aufgaben. Gemeindecsozialarbeiterinnen bei den regionalen Caritasverbänden wie Ursula Wagner stehen den ehrenamtlich Engagierten und Hauptamtlichen mit Rat und Tat zur Seite.

Diejenigen Krefelder Familien, die nach Groede fahren, bekommen anhand von Bildern erklärt, was sie dort erwartet, vor allem für Campingneulinge eine wichtige Begleitung. Die

Menschen

Mitarbeiterin der Caritas ist für die Camper immer telefonisch erreichbar, zudem hat die Caritas ehrenamtlich tätige Niederländer vor Ort, die bei Bedarf helfen. Zu Beginn und zum Ende der Saison reisen zudem Caritas-Ehrenamtler aus Krefeld an die niederländische Küste, um den Wohnwagen für die Saison herzurichten beziehungsweise winterfest zu machen.

Wenn Kinder zu Flüchtlingen werden

Der SKM Kempen-Viersen betreibt in Kempen eine Fachstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Kempen. Wie traumatisiert unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge sind, die die Bundespolizei an der deutschen Grenze aufgreift, bekommt Tanja Thelen wöchentlich mit. Die 37-jährige Diplomsozialarbeiterin arbeitet beim SKM Kempen-Viersen, der in Kempen im Auftrag der Stadt Kempen eine sogenannte Fachstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge unterhält. Seit die Bundespolizei ihren Dienstsitz von Kleve nach Kempen verlegte, war nämlich das Jugendamt der Stadt Kempen erster Anlaufpunkt für die Bundespolizisten, wenn sie minderjährige Flüchtlinge an der deutsch-niederländischen Grenze aufgriffen. Da die Zahl der Flüchtlinge rasch stieg, beauftragte die Stadt den SKM damit festzustellen, ob unbegleitete Flüchtlinge minderjährig sind und daher unter die Regelungen des deutschen Jugendschutzgesetzes fallen.

Wenn die Kempener Bundespolizisten in der Nacht zuvor am nahen Grenzübergang Straelen-Autobahn an der A 40 wieder mutmaßlich unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufgegriffen haben, klingelt bei Tanja Thelen oder ihrem Kollegen Christian Rosendahl das Handy. Die Bundespolizei ruft an, bittet einen der SKM-Mitarbeiter der Fachstelle zur Polizeiwache, um bei der Vernehmung der Aufgegriffenen dabei zu sein. „Unser Auftrag dabei ist es, eine Alterseinschätzung der Jugendlichen vorzunehmen“, erläutert Tanja Thelen, denn in der Regel flüchten die Menschen ohne Papiere aus ihrer Heimat.

Natürlich kommen bei diesen Gesprächen bei der Polizei auch die Fluchtgeschichten auf den Tisch. Zu Anfang, räumt Tanja Thelen ein, sei es nicht ganz einfach gewesen, die Berichte der Jugendlichen zu verdauen, die vor allem aus Afghanistan, Syrien und Afrika mit Fernreisebussen aus Paris kamen. In die Hände von Schleppern sind sie zum Teil geraten, für die die Familien der Flüchtlinge viel Geld bezahlt haben oder für die die Flüchtlinge selber hart arbeiten mussten, um ihre Heimat verlassen zu können. „Die Motivation der Flüchtlinge ist immer ähnlich: In der Heimat droht ihnen Gewalt, in Afghanistan zum Beispiel durch die Taliban. Der Familienverband beschließt, den ältesten Jungen zu schicken um zu erkunden, ob es eine Chance gibt, die Familie nach Europa nachzuholen“, sagt Tanja Thelen.

Wenn die Sozialarbeiterin nach Befragen des Flüchtlings und der Beurteilung seines äußeren Erscheinungsbildes zum Ergebnis gekommen ist, dass er minderjährig ist, muss sie die Frage klären, wo er unterkommen kann. Zur Hilfe kommt ihr dabei die gute Zusammenarbeit mit der pädagogischen Ambulanz in Kaarst, die die Minderjährigen so lange aufnimmt, bis ein so genannter Clearingplatz gefunden ist. Das ist der Ort, an dem geklärt wird, wie es mit dem minderjährigen Flüchtling weitergeht, ob er einen Asylantrag stellen kann oder eventuelle Abschiebehindernisse im Wege stehen. In den

Menschen

Facheinrichtungen gibt es ein internes Sprachangebot für die Jugendlichen. Zudem streben diese Einrichtungen den Anschluss der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge an eine Regelschule an. Die Zuständigkeit der Fachstelle in Kempen für einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling endet erst dann, wenn für ihn eine Hilfe zur Erziehung in die Wege geleitet werden kann. Das geschieht in der Regel in einem Zeitraum von vier bis sechs Monaten.

Tanja Thelen kann nicht verhehlen, dass die Arbeit zuweilen auch belastend ist. „Verantwortlich zu sein für die Entscheidung, ob ein Flüchtling minderjährig ist, ist ein gewisser Druck. Zum Glück treffen wir nicht die Entscheidung, ob ein Flüchtling zurück in seine Heimat muss, aber wir entscheiden, ob er in eine Jugendhilfeeinrichtung geht oder ob er wie ein erwachsener Flüchtling behandelt wird und in eine normale Flüchtlingseinrichtung kommt“, sagt Tanja Thelen.

Das Thema der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ist für die Diplomsozialarbeiterin nicht neu. Schon während ihres Studiums am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach hat sich Thelen mit dem Thema beschäftigt und darüber gar ihre Diplomarbeit geschrieben. Auf das Thema aufmerksam geworden war sie, als sie während ihres Studiums ein Praktikum bei der Caritas in Dormagen absolvierte und dort mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu tun hatte. Der Zufall, dass der SKM Kempen-Viersen Ende 2013 die Besetzung der Fachstelle ausgeschrieben hatte, machte es möglich, dass Tanja Thelen nun in dem Themenfeld arbeiten kann, das ihr seit Jahren vertraut ist.

Doch immer wieder wird Tanja Thelen bewusst, dass sie in einem Feld arbeitet, in dem sie schnell an die Grenzen rechtlicher Vorgaben stößt, etwa bei der Erstattung von Fahrkarten für Flüchtlinge. Da sei es erleichternd, einen Verband wie den SKM im Rücken zu haben, der in Einzelfällen Möglichkeiten habe, eine Lösung zu finden.

„Wenn man merkt, dass der Jugendliche hier ankommt und die Chancen nutzt, die ihm die Jugendhilfe bietet, denkt man, das war der richtige Weg. Man hat etwas dazu beigetragen, dass er diesen Weg gehen kann“, sagt Tanja Thelen über ihre Arbeit in der Fachstelle des SKM in Kempen, die ihr ein hohes Maß an Zufriedenheit gibt.

Das Lächeln der Pflege

Diözesancaritasverband und regionale Caritasverbände starteten eine Imagekampagne für die ambulante Pflege. Altenpflegerin Christina Benders fungierte als Model.

Mönchengladbach. Den Beruf der Altenpflegerin auszuüben, konnte sich Christina Benders nach der Schule nie vorstellen. Heute möchte sie mit niemandem mehr tauschen. Knapp drei Jahre arbeitet sie in diesem Beruf, seit eineinhalb Jahren beim Pflorgeteam Süd in Rheydt des Caritasverbandes Region Mönchengladbach e.V.. „Das, was die Menschen einem wiedergeben für die Arbeit, die ich mache, kann man mit keinem Geld der Welt bezahlen. Das ist ein Gefühl der Lebenserfüllung“, sagt die 26-Jährige. Und davon möchte die gut aussehende Altenpflegerin gerne erzählen, stellte sich mit sieben weiteren Kollegen aus Mönchengladbach für die Imagekampagne „Pflege-KRAFT gesucht“ von Diözesancaritasverband (DiCV) und sechs regionalen Caritasverbänden (RCV) im Bistum

Menschen

Aachen zur Verfügung. Christina Benders lächelt heute vom Aufkleber der Imagekampagne herunter, der auf Fahrzeugen der Caritas-Pflegestationen im Bistum klebt, aber auch auf etlichen Privatwagen. Dass der ein oder andere Autofahrer sie wiedererkennt, hat die Pflegekraft schon festgestellt.

Weil das Problem Fachkräftemangel zunehmend auch die Träger aller ambulanten Pflegedienste bedrängt, entschlossen sich der DiCV sowie die RCVen Aachen-Stadt und Aachen-Land, Düren, Heinsberg, Kempen-Viersen, Krefeld und Mönchengladbach, mit der Imagekampagne „Pflege-KRA FT-gesucht“ zu reagieren. Neu war dabei: Die Caritasverbände haben für die Kampagne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Models gewonnen. Diejenigen also, die jeden Tag für die von der ambulanten Pflege der Caritas betreuten Menschen im Bistum Aachen da sind, zeigten Gesicht für die Pflege auf den Werbematerialien der Kampagne (www.ambulante-pflege-caritas.de) wie Aufklebern, Plakaten, Flyern und in einem Imagefilm.

Zunächst wollte Christina Benders nicht bei der Imagekampagne mitmachen, nachdem Georg Bronheim, Leiter des ambulanten Pflegedienstes der Caritas in Mönchengladbach, die Idee in den Pflegeteams vorgestellt hatte. Aber sie ließ sich von einer Kollegin überreden und sah sich mit anderen Pflegefachkräften aus dem Bistum Aachen eines Tages in einem Kölner Fotostudio zu einem Fotoshooting wieder. Dass sie schließlich als Model für den Kampagnen-Aufkleber ausgewählt würde, daran verschwendete Christina Benders keinen Gedanken. „Da waren so viele hübsche Frauen. Da dachte ich mir: Hier ist Ende für mich.“ Doch dann kam Georg Bronheim auf sie zu und verkündete ihr die Entscheidung der Steuerungsgruppe, sie solle als Aufkleber-Model fotografiert werden. „Da habe ich mir kurz überlegt, ob ich das möchte, denn mir war klar: Dann fährst du nicht nur auf Autos in Mönchengladbach herum sondern im gesamten Bistum Aachen“, erzählt die 26-Jährige. Schließlich stimmte sie zu: „Entweder ganz oder gar nicht.“

Bereut hat sie es nicht. Dass sie von dem ein oder anderen erkannt wird, zeigt ihr, dass die Betrachter aufmerksam hinschauen. Ein Pflegeschüler sprach die Altenpflegerin an, die im Pflegeteam Süd in Rheydt als stellvertretende Leitung arbeitet, dass er sie irgendwoher kenne. Als er dann im Büro einen Stapel der Aufkleber liegen sah mit dem Portrait von Christina Benders, die auf den Slogan „Pflege-KRA FT gesucht“ zeigt, wusste er, warum ihm die Caritas-Mitarbeiterin bekannt vorkam. Ein anderes Erlebnis hatte Christina Benders, als sie mit ihrem Privatfahrzeug in Viersen neben einem Wagen der dortigen Pflegestation parkte, auf dem ebenfalls der Kampagnen-Aufkleber prangte. „Da habe ich schon gedacht: Ist ja doch komisch, sich zu sehen. Was der Pfleger, der im Auto saß, gedacht hat, weiß ich nicht, aber es sah so aus, als ob er zu mir herüberschaute und sich fragte: Ist sie das jetzt oder ist sie das nicht?“, berichtet die 26-Jährige.

Wenn sie solche Reaktionen erlebt, denkt sich Christina Benders oft, dass es genau das ist, was sie und die Kollegen, die sich für die Kampagne als Models gemeldet hatten, erreichen wollten: dass über die ambulante Pflege und die Caritas gesprochen wird. In der Öffentlichkeit sei der Job früher mit Popoabwischen abgetan worden. „Jetzt höre ich Reaktionen wie: Respekt, das könnte ich nicht. Erst wenn man mit Menschen ins Gespräch kommt und ihnen erklärt, was wir eigentlich so machen, wird ihnen klar, was das für ein verantwortungsvoller Beruf ist“, sagt die Altenpflegerin. Denn sie sind es, die oft Veränderungen am Patienten als erste wahrnehmen und notwendige Maßnahmen einleiten können, um ihnen zu helfen.

Menschen

Georg Bronheim, der selber auch für die Kampagne Model stand, weil das die Mitarbeiter zur Bedingung für ihr Mittun machten, hält die Kampagne für einen großen Erfolg. Dabei ist dem 43-Jährigen zunächst egal, wie oft die Homepage der Kampagne angeklickt wird oder wie viele neue Pflegekräfte die Stationen gewonnen haben. „Das Entscheidende ist, dass sich das über den Job reden verändert hat. Mitarbeiter haben nun Material in der Hand, mit dem sie etwas machen können“, sagt Bronheim. Es sei klar geworden, dass Pflege kein Jedermannsjob sei, sondern dass man dazu eine gewisse Haltung brauche. „Wenn wir es schaffen, das Thema lebendig zu halten, ist das das Erfolgsrezept der Imagekampagne.“

Auch bei den Pflegekräften untereinander hat sich vieles verändert. Seitdem Christina Benders eine Whatsapp-Gruppe gegründet hatte, um Fotos vom Fotoshooting mit anderen Kollegen auszutauschen, besteht dieser Kontakt fort. Der Zusammenhalt in den Teams und untereinander ist größer geworden. Denn auch diejenigen, die Arbeitszeiten der Kollegen übernommen hätten, die zum Fotoshooting oder zum Filmdreh mussten, hätten die Kampagne unterstützt, sagt Georg Bronheim. Der Caritasverband in Mönchengladbach hat auch den Imagefilm im Mönchengladbacher Stadtfernsehen ausstrahlen und im Kino vorführen lassen.

Christina Benders muss jetzt nicht mehr lange überlegen, ob sie noch einmal als Model für die ambulante Pflege auftreten würde. „Ich würde es gerne noch einmal machen“, sagt sie.

Weltweite Solidarität mit Leben füllen

Der Diözesancaritasverband unterstütze zum Caritassonntag Aktionen von Verbänden und Gemeinden. Zwei Beispiele aus Aachen und der Region Eifel.

Aachen/Monschau. Sie fühlte sich vom Jahresthema 2014 der Caritas „Weit weg ist näher, als du denkst!“ sofort angesprochen: Als Thomas Kley, Fachreferent für Migration beim Caritasverband für das Bistum Aachen, das Thema den Migrationsdiensten im Bistum vorstellte, wusste Ivanka Radocaj sofort etwas damit anzufangen. Als Mitarbeiterin des Migrationsdienstes des Caritasverbandes für die Regionen Aachen-Stadt und Aachen-Land (RCV) ist sie unter anderem für das Projekt Tandem-Café verantwortlich, eine Kooperation von Caritas und Diakonie: Menschen mit und ohne Migrationshintergrund oder zwei Menschen unterschiedlicher Muttersprache treffen sich im Café International des RCV oder privat und sprechen über alltägliche Themen, um die Sprache des jeweils anderen zu lernen. Und als der Deutsche Caritasverband vorschlug, zum Caritassonntag im September 2014 ein so genanntes „Café International“ anzubieten, zeigte Ivanka Radocaj sofort Interesse: Das Jahresthema der Caritas sollte neue Sprachanlässe liefern. Unterstützt von Dagmar Hardt-Zumdick vom DiCV ging sie gemeinsam mit Ralf Bruders, Leiter des Migrationsdienstes des RCV, und Doris Noteborn, Leiterin des integrativen Familienzentrums Schikita der Caritas Lebenswelten in Aachen an die Umsetzung.

Für Doris Noteborn ist das Thema internationale Solidarität, für das die Jahreskampagne stand, nicht fremd. In der Schikita sind 70 Prozent der Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund. Die Kinder hätten sehr aufmerksam auf die Plakatsmotive der Kampagne reagiert, erzählt sie. Vor allem auf dieses, das ein Kind einer Pflegekraft aus Osteuropa zeigt, das alleine zu Hause bleibt, während die Mutter im Westen einer

Menschen

Pflegetätigkeit nachgeht. „Das hat die Kinder beschäftigt“, sagt sie.

Zum Caritas-Sonntag war die Schikita schließlich Treffpunkt für annähernd drei Dutzend Erwachsene aus verschiedenen Nationen, die über die Plakatmotive der Kampagne ins Gespräch kamen, während das Team der Schikita für die Kinderbetreuung sorgte. Ralf Bruders saß, wie er sagt, „an einem männerlastigen Tisch“. Vielleicht die Erklärung dafür, dass dort das Plakatmotiv mit der Heizung, das den Umgang mit Ressourcen hierzulande und die Folgen für die ärmeren Länder thematisierte, stark diskutiert wurde. Bei Ivanka Radocaj meldeten sich etliche Personen, die weitere Postkarten mit den Plakatmotiven haben wollten. Sie werden, da ist sie sicher, über die Jahreskampagne der Caritas hinaus weitere Themen liefern, über die Sprachtandems sprechen können.

Für Inge Theißen, Leiterin des Café International der katholischen Kirchengemeinde in Monschau-Imgenbroich, ist das Jahresthema der Caritas „Weit weg ist näher, als Du denkst!“ ganz nah. Immer montags öffnet das „Café International“ im Pfarrheim in Imgenbroich seine Pforten. Hervorgegangen aus dem Monschauer Arbeitskreis für Asylbewerber ist es seit 1991 Treffpunkt für Flüchtlinge und Einheimische mit dem Ziel, die in der Stadt Monschau lebenden Ausländer und Flüchtlinge zu integrieren. Als der Deutsche Caritasverband zum Caritas-Sonntag aufforderte, Migranten zu einem Café International einzuladen, mussten Inge Theißen und das große Team der Ehrenamtler nicht lange überlegen, mitzumachen. Zumal in einem Jahr, in dem die Zahl der Flüchtlinge in Folge der weltweiten Konflikte stark anstieg.

Dass die Arbeit des von Ehrenamtlern getragenen „Café International“ in Imgenbroich ein wichtiger Beitrag ist zur Integration von Flüchtlingen, davon ist Luise Kube überzeugt. Seit sie im Ruhestand lebt kommt die Aachenerin, die früher beim Regionalen Caritasverband in Aachen in der Flüchtlingsarbeit tätig war, regelmäßig nach Imgenbroich, um das Café International zu unterstützen. Für das Angebot engagieren sich mittlerweile auch Menschen, die früher einst selbst durch das „Café International“ als Flüchtlinge betreut wurden, erzählt sie. Diese Personengruppe sei insofern wichtig, weil sie sowohl die Sprache der Flüchtlinge spreche als auch Deutsch und daher Flüchtlingen unter anderem bei Behördengängen oder bei Stellung von Anträgen helfen könne.

Regelmäßige Angebote wie Deutschkurse in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Südkreis Aachen nehmen die Migranten dankbar an. Deutsch zu lernen sei für die Flüchtlinge wichtig, sagt die Kursusleiterin Vera Rupp-Franksen, weil sie nur mit Sprachkenntnissen die Chance hätten, eine Arbeit zu bekommen. „Egal ob Probleme mit der Sprache oder bei Fragen zu Dokumenten, ich kann zum Café International gehen und bekomme Hilfe“, sagt der 34-jährige Nik Sokoli aus Albanien, der mit seiner Familie nach Deutschland kam. „Das Café International integriert mich sehr schnell in das Leben in Deutschland, weil sich hier ganz besondere Menschen um uns kümmern“, sagt er. „Wir haben hier ein Zuhause gefunden“, sagt Mashi Hamid, der seit 15 Jahren in Deutschland lebt, über das „Café International“. Er flüchtete aus dem Irak, engagiert sich heute als Ehrenamtler für das „Café International“, wenn er zum Beispiel bei Behördengängen für Flüchtlinge aus Syrien dolmetscht wie für den 21-jährigen Ali. Der Student der Zahnmedizin musste seine Heimat verlassen. „Hier haben wir einen Platz gefunden, an dem wir frei atmen können“, sagt er. Die Gefährdungen, denen er in seiner Heimat ausgesetzt war, haben sich tief in sein Gedächtnis eingebrannt. „Die können wir hier beim Café International ein wenig vergessen, weil uns die Menschen hier annehmen, weil sie unsere Freunde sind“, sagt Ali. Was hier gelebt werde sei internationale Solidarität.

Aus den Gremien des Verbandes

Über Satzungsänderung und Flüchtlingsarbeit beraten

Um einige Änderungen in der Satzung des Caritasverbandes für das Bistum Aachen auf den Weg zu bringen, berief der Erste Vorsitzende, Weihbischof Dr. Johannes Bündgens, für den 15. November 2014 eine außerordentliche Vertreterversammlung ein. Nachdem zwischenzeitlich in insgesamt drei Regionalen Caritasverbänden – Aachen, Düren-Jülich und Krefeld – hauptamtliche Vorstände beschlossen worden waren, musste die Vertretung dieser Verbände im Diözesancaritasrat satzungsmäßig neu geregelt werden. Nach positivem Beschluss durch die Vertreterversammlung auf Bistumsebene soll es den Gremien der Verbände vor Ort vorbehalten bleiben zu entscheiden, wer sie im Diözesancaritasrat vertreten soll: Das können ehrenamtlich tätige Vorsitzende des örtlichen Caritasrates sein, das kann auch der hauptamtliche Vorstand sein.

Der Diözesancaritasrat hatte im Berichtsjahr die anstehende Satzungsregelung kontrovers diskutiert. Er kommentierte die Veränderungen mit möglichen Verschiebungen der Gewichte zu Ungunsten der Ehrenamtlichen sehr kritisch und sprach sich deutlich für das Profil des Diözesancaritasverbandes mit stark ehrenamtlicher Prägung aus. Im Diözesancaritasrat und in der DiCV-Vertreterversammlung wurde ergänzend angeregt, die Satzung des Verbandes einer grundlegenden Revision zu unterziehen. Inwieweit mit solch einem Schritt nicht nur Strukturveränderungen in den Gremien verbunden werden, sondern auch in der verbandlichen Caritas selber, ist im Berichtsjahr noch nicht absehbar und erfordert die Beratung im Verband selber.

In zwei weiteren wesentlichen Punkten ist die DiCV-Satzung des Diözesancaritasverbandes 2014 angepasst worden. Finanz- und steuerrechtlich folgt die geänderte Vereinssatzung jetzt den Vorgaben der Abgabenordnung. Für die Mitglieder- und Vertretungsstruktur ist die Neuerung wesentlich, dass die DiAG Eingliederungshilfe, die jüngste Diözesan-Arbeitsgemeinschaft im Bistum Aachen, nun mit eigenem Ticket in der DiCV-Vertreterversammlung und im Diözesancaritasrat vertreten ist. Die Vertreterversammlung widmete sich inhaltlich dem Jahresthema 2014 „Weit weg ist näher, als du denkst!“. Oliver Müller, Leiter von caritas international aus Freiburg, berichtete dazu ganz aktuell, wie sich caritas international und die Caritas bundesweit in der Flüchtlingsarbeit engagieren.

Dem vorausgegangen war im Bistum Aachen die Entscheidung für eine Verstärkung des Einsatzes für Flüchtlinge. Der verbandlichen Caritas geht es um psychosoziale Betreuung und Begleitung, rechtliche Beratung, gesundheitliche Versorgung sowie Hilfe und Unterstützung im Alltag. Dafür sollen die finanziellen Mittel und weitere Personalressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Der Diözesancaritasrat trat im Jahr zweimal zusammen und befasste sich im Frühjahr mit dem Jahresbericht der Geschäftsstelle sowie mit der Caritas-Jahreskampagne 2014 „Weit weg ist näher, als du denkst!“. Die Kampagne hat im Herbst des Jahres zusätzlich den Anlass dafür geboten, das Caritas-Partnerschaftsprojekt mit der Diözese Moshi in Tansania zu beraten. Nach einem Besuch aus dem Bistum Aachen im Vorjahr waren im Mai 2014 die Gäste aus Tansania in Deutschland und haben das große Vorhaben für eine inklusive Schule im Bistum Moshi vorgestellt. Eine Vielzahl von kleineren Projekten sind zwischenzeitlich als partnerschaftliche Initiativen zwischen sehr verschiedenen Akteuren in

Themen – Das beschäftigte den Verband

beiden Bistümern entstanden. In seiner Sitzung am 24. Oktober 2014 hat der Diözesancaritasrat schließlich die Jahresrechnung 2013 beschlossen und ebenfalls den Haushalt 2015 verabschiedet.

Ein Schwerpunkt der DiCV-Vorstandsarbeit war die Frage, wie 2014 zusätzlich an den Verband gehende Kirchensteuermittel verteilt und eingesetzt werden sollten. Ausgleich für erhöhte Kosten und Aufwendungen legten es schließlich nahe, zunächst gemäß Verteilerschlüssel in die vorhandenen Strukturen zu investieren. Ein Teil der zusätzlichen Kirchensteuermittel soll jedoch gezielt auch in die Flüchtlingsarbeit, vor allem in Beratung, psychosoziale Begleitung und Fortbildung, gehen. Im Weiteren befasste sich der Vorstand auch im Berichtsjahr mit den Konsequenzen der Umsetzung der Rahmensatzung in den Regionalen Caritasverbänden. Der Vorstand plant, die Vorstände und Caritasräte bald einzuladen und mit ihnen die Veränderungen seit der Satzungsreform 2010 zu analysieren und die Weiterentwicklung des Verbandes zu beraten.

Infos

Die Mitglieder des DiCV-Vorstands sind Weihbischof Dr. Johannes Bündgens, Erster Vorsitzender, und Diözesancaritasdirektor Burkard Schröders – beide vom Bischof bestimmte Personen. Professor em. Dr. Barbara Krause, Schwester Maria Ursula Schneider SPSF und Felix Pieroth sind durch den Diözesancaritasrat gewählte Mitglieder. Felix Pieroth ist zugleich Zweiter Vorsitzender. Die Amtsperiode des Vorstands endet Anfang des Jahres 2016. Im Herbst 2015 kommt der Diözesancaritasrat zu seiner konstituierenden Sitzung in neuer Amtsperiode von 2015 bis 2019 zusammen.

Aus der Seelsorge

Caritas ist soziale Arbeit der Kirche

Seit 14 Jahren arbeitet Pastoralreferentin Barbara Geis als Seelsorgerin für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Caritas im Bistum Aachen. Einige Beobachtungen und Gedanken zur Caritas hat sie aufgeschrieben.

In den vergangenen Jahren bemerkte ich eine fachliche Spezialisierung der sozialen Arbeit und damit auch der Caritasarbeit. Hilfe für Menschen in Not wurde immer qualifizierter und zuverlässiger. Hilfsangebote wurden durch organisierte Sozialsysteme gewährleistet, und immer mehr übernahmen private und staatliche Anbieter diese Aufgabe. Es entstand ein Markt, der über Angebot, Nachfrage und Finanzen geregelt wurde. Caritas war damit Teil eines gesellschaftlichen Prozesses, indem Dienste, die zuvor von Gemeinden, Nachbarn oder Familie getragen waren, nun von Institutionen übernommen wurden, die die Nöte der Menschen professionell begleiteten.

In Seminaren stellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Caritas immer wieder die Frage: Wodurch unterscheiden wir uns denn eigentlich noch von anderen Anbietern? Vinzenz von Paul, einer der Caritasheiligen, baut eine Brücke: „Wir müssen uns über das Wesen der Caritas im Klaren sein, um sie nicht mit einer allgemeinen sozialen Arbeit zu verwechseln. Caritas ist das Erbarmen Gottes, der sich in der Person Jesu Christi dem Menschen, der arm ist, zuwendet. Wer sich liebend zum Herrn bekennt, wendet sich deshalb wie er in Liebe dem Menschen zu, um ihn aus seinem seelischen und materiellen

Themen – Das beschäftigte den Verband

Elend hinauszuführen.“ Franz Kamphaus drückt es in heutiger Sprache aus: „Wer weiß, dass der Himmel trägt, der ist ganz in seinem Element. Er hat Kopf, Füße, Herz und Hände frei, um sich anderen zuzuwenden, besonders denen, die leer ausgehen.“

Seelsorge greift diesen Gedanken auf und übernimmt die Aufgabe, bei aller Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer wieder Zeit und Raum anzubieten, um zu spüren,

- dass Gott das Tun begleitet und jedes Handeln vollendet. Der Erfolg hängt, bei aller Professionalität, nicht allein vom Caritasmitarbeiter ab. Dies kann in schwierigen Begegnungen entlasten, in dem Vertrauen, dass Gott mit unterwegs ist,
- dass Gott in jedem Menschen anwesend ist, eine Einladung zur Begegnung auf gleicher Augenhöhe,
- dass Gott in Jesus sichtbar wird als einer, der die Sehnsucht der Menschen ernst nimmt und mit ihnen nach Antworten sucht. Dies lädt ein, die Lebensfragen der Menschen, die begleitet werden, wie auch die eigenen, vertrauensvoll anzuschauen,
- dass Jesus Christus achtsam mit den Lebensbrüchen und dem Fragmentarischen im Leben von Menschen umgeht und Versöhnung mit sich selbst und anderen schafft,
- dass er ungerechte Strukturen aufdeckt, sie thematisiert und versucht, neue Wege anzubieten. Eine Ermutigung, sich auf politischer Ebene für ein Leben in Fülle einzusetzen,
- dass er nicht den öffentlichen Diskurs und seine Konsequenzen scheut. Kontroverse Diskussion und andere Meinung dürfen in einem respektvollen Umgang angstfrei miteinander ausgetragen werden.

Es geht darum, Caritas als soziale Arbeit der Kirche zu definieren und als einen Ort, an dem Gott erfahrbar wird. Wenn Caritasmitarbeiterinnen und -mitarbeiter mit der Barmherzigkeit und Zuneigung Gottes rechnen, dann bedeutet das für ihre Arbeit, dass sie in Gottes Fußspuren gehen und ihr Getragen werden von Gott in den caritativen Diensten weitergeben. Damit verändert sich die Motivation ihres sozialen Handelns. In ihrem Tun bekommt die Liebe Gottes zu den Menschen ein Gesicht.

Um diese Erfahrung wachzuhalten, braucht es viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Seelsorge, Menschen, die in den unterschiedlichen Einrichtungen die soziale, pflegerische, beratende und erzieherische Arbeit mit der barmherzigen Liebe Gottes in Zusammenhang bringen, und die es als ihre Aufgabe sehen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Caritas immer wieder Wege zu dieser Quelle zu erschließen.

Aus dem Diözesanen Ethikkomitee

Fallbesprechungen: Sicherheit in ethischen Fragen

Was ist eine ethische Frage? Wer so fragt, ist sehr schnell bei Situationen, in denen es buchstäblich um Leben und Tod geht. Angesichts der Vielfalt der Arbeitsfelder in der Caritas gehören existenzielle Entscheidungsfragen insbesondere solche am Lebensanfang und am Lebensende hinein in das alltägliche Repertoire der medizinischen, pflegerischen und beratenden Praxis in den Einrichtungen und Diensten der Caritas. Eine ethische Frage tritt aber nicht erst auf den Plan, wenn es etwa um Pränataldiagnostik oder Therapieabbruch geht, sondern dann, wenn der Arbeitsalltag an Entscheidungsgrenzen stößt, die für Menschen und deren Lebensqualität und Selbstbestimmung spürbare Folgen haben. Damit sind automatisch Klienten, wie

Themen – Das beschäftigte den Verband

Angehörige, aber auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Ehrenamtliche im Fokus des gerechten Abwägens von Handlungen und Entscheidungen.

Das Diözesane Ethikkomitee ist seit 2012 die Anlauf- und Kontaktstelle für problematische Einzelfragen und generelle Problemstellungen für die Praxis. Ein Beratungsbeispiel des Jahres 2014: Was geschieht mit Menschen in einer Wohneinrichtung für Menschen mit Behinderung, wenn sie altersbedingt nun pflegebedürftig werden? Die notwendig erscheinende Überleitung in die stationäre Pflege widerspricht dem Ziel und Anspruch der Inklusion und führt zu einem schweren Heimatverlust für die Bewohner. Zugleich stehen die Mitarbeiter vor der Aufgabe Pflege, die sie fachlich nicht abdecken können, und damit vor der Gefahr einer Transformation der Einrichtung zu einer Pflegeeinrichtung. Hier sind ethische und organisationale Fragen eng beieinander.

Einrichtungen und Dienste richten auch Anfragen an das Diözesane Ethikkomitee, bei denen sich im Beratungsprozess herausstellt, dass tatsächlich keine ethische Klärung oder Entscheidungssituation ansteht. Das ist dank des organisierten Verfahrens von ethischen Fallbesprechungen kein Problem und wird vor Ort zusammen mit den Betroffenen sozusagen auf den Punkt gebracht. Ob im Hintergrund eine versteckte Beschwerde, ein Leitungsproblem oder eine gefühlte unmoralische Situation schlummert, kann schnell und nüchtern aufgedeckt werden, so dass eine geregelte Bearbeitung möglich wird.

Das Ethikkomitee initiierte 2014 das zweite öffentliche Werkstattgespräch für Leitungsverantwortliche und Interessierte der verbandlichen Caritas. Unter dem Titel „Ethische Fallbesprechung – ein taugliches Instrument für die Praxis?“ wurde am 29. Oktober 2014 zum Instrument der Fallbesprechung gearbeitet und ausgetauscht.

Es zeigt sich, dass etwa ein Jahr nach Einführung der Fallbesprechungen eine höhere Verhaltenssicherheit aus der Mitarbeiterschaft zurück gemeldet wird und alle Beteiligten berichten von den unterschiedlichen Perspektiven, die die Fallbesprechung ermöglicht, zu lernen. Darüber hinaus wurde den angeschlossenen Einrichtungen, die ein Ethikkomitee einrichten oder weiterentwickeln möchten, entsprechende Veranstaltungen und Fortbildungen angeboten, die im Fortbildungsprogramm „Beraten – Bilden – Begleiten“ des Caritasverbandes für das Bistum Aachen das Thema aufgreifen. Damit wird innerbetriebliche Beratung und Qualifizierung ermöglicht, die nicht nur den katholischen Krankenhäusern, sondern auch verstärkt der Alten- und Behindertenhilfe zugute kommen.

Zur Tarifpolitik

Vermittlungsvorschlag ermöglichte Kompromiss

Die Tarifpolitik für die Arbeitsverhältnisse im Bereich der Caritas vollzieht sich im Wesentlichen in der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes (AK). Sie gliedert sich strukturell in eine Bundeskommission (Beschlusskommission auf Bundesebene) und sechs Regionalkommissionen. Die Bundeskommission hat eine umfassende Regelungszuständigkeit, bezogen auf die Vergütungshöhe, die Arbeitszeit und den Erholungsurlaub, allerdings mit der Einschränkung, für diese Bereiche lediglich Mittelwerte und Bandbreiten festzulegen. Die Regionalkommissionen sind ausschließlich dafür zuständig, ausgehend von den durch die Bundeskommission gesetzten Mittelwerten

Themen – Das beschäftigte den Verband

und Bandbreiten die Vergütung, die regelmäßige Arbeitszeit und den Umfang des Erholungsurlaubes abschließend festzulegen.

Die gewählten Mitarbeitervertreter aus dem Bistum Aachen in der Regionalkommission NRW sind Rolf Cleophas und Josef Wählen, die Dienstgeberseite wird in der Regionalkommission NRW durch Dieter Erfurth und Martin Novak vertreten. Die Herren Cleophas und Erfurth sind zugleich auch Mitglied in der Beschlusskommission der AK auf Bundesebene.

Das Berichtsjahr 2014 war das zweite Jahr der aktuellen Amtsperiode der AK, die bis zum 31. Dezember 2016 andauert. Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst, die den „echten“ Verhandlungen in der Arbeitsrechtlichen Kommission der Caritas in der Regel vorausgehen, endeten nach drei „historisch“ kurzen Verhandlungsrunden mit insgesamt zweieinhalb Wochen bereits zum 1. April 2014. Gleichwohl konnte anschließend von einem schnellen Ergebnis in der AK nicht die Rede sein. Vielmehr wurden in den Vergütungsverhandlungen einmal mehr die unterschiedlichen tarifpolitischen Ziele und Strategien der Fraktionen in der AK deutlich: Die Mitarbeiterseite strebte die vollständige und unveränderte Übernahme des TVöD-Abschlusses an und machte sich zur Erreichung dieses Zieles die Ausgangsforderung der Gewerkschaft – Erhöhung der Tabellenentgelte pauschal um 100 Euro (Sockelbetrag) und anschließend linear um 3,5 Prozent – zu eigen. Darüber hinaus forderte die Mitarbeiterseite, die Bandbreiten für die Regionalkommissionen auf „Null“ zu setzen. Denn nur so wäre auch eine „eins-zu-eins-Übernahme“ des TVöD zu gewährleisten.

Die Dienstgeberseite lehnte die Forderungen der Mitarbeitervertreter ab. Der pauschale Sockelbetrag von 100 Euro würde insbesondere zu einer überproportionalen Vergütungserhöhung der Mitarbeiter in den Servicediensten führen, die Wettbewerbsfähigkeit dieser Bereiche damit verschlechtern und das Outsourcing fördern. Die Dienstgeber versuchten außerdem, die aktuelle Vergütungsrunde mit strukturellen Änderungen der Vergütungen in der Pflege zu verknüpfen.

Diese unterschiedlichen Vorstellungen mussten dazu führen, dass eine schnelle Einigung nicht zu erzielen war. Nachdem in der Beschlusskommission (Bundeskommision) Ende Juni die jeweiligen Forderungen der Fraktionen nicht mehrheitsfähig waren, wurde der Vermittlungsausschuss angerufen. In der Sommerpause erarbeite dieser einen Vermittlungsvorschlag, der in einer Sondersitzung der Bundeskommission Ende September 2014 zur Abstimmung kam. Zwar verfehlte dieser Vorschlag auf beiden Seiten wieder die notwendige Mehrheit, er war aber hilfreicher Ausgangspunkt, um letztendlich doch einen Kompromiss zu finden. Schließlich einigte man sich auf folgende Eckpunkte für die AVR-Entwicklung in 2014 und 2015:

- Erhöhung aller Vergütungen (ausgenommen die der Ärzte) um drei Prozent zum 1. Juli 2014
- Erhöhung der Vergütungen um weitere 2,4 Prozent zum 1. März 2015
- Vor der Vergütungserhöhung zum 1. März 2015 wird die Steigerung vom 1. Juli 2014 auf mindestens 90 Euro angehoben
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen zum 1. September 2014 um 60 Euro
- Ab 2015 beträgt der Urlaubsanspruch für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 30 Tage.

Diese Eckpunkte, die eine Laufzeit bis Ende 2016 haben, wurden durch einen redaktionellen Beschluss der Bundeskommission im Oktober bestätigt und am 13.

Themen – Das beschäftigte den Verband

November 2014 durch die Regionalkommission NRW ohne Änderungen übernommen.

Ende gut – alles gut? Um es mit der Mitarbeiterseite zu sagen: „Die Tarifrunde 2014 hat Zeit gebraucht und Kräfte gebunden. Andere Themen sind dadurch ins Hintertreffen geraten“, hieß es in der AK-Info der Mitarbeiterseite vom 23. Oktober 2014.

Die Arbeitsrechtliche Kommission wird auch in Zukunft ihre Handlungsfähigkeit beweisen müssen. Für das Jahr 2015 stehen wichtige Themen an, die die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit verändern werden. Neben der inzwischen öffentlich geführten Debatte über einen flächendeckend geltenden Sozialtarif, der den Lohnwettbewerb – zumindest unter den frei-gemeinnützigen Anbietern – beenden soll, wird vor allem eine Regelung zur Beteiligung der Gewerkschaften an der Kommissionsarbeit erwartet. Für den Bereich der verfassten Kirche haben die Bischöfe bereits Ende 2014 entsprechende Eckpunkte in einer Rahmen- KODA-Ordnung gesetzt. Der Ordnungsgeber für die Arbeitsrechtliche Kommission – die Delegiertenversammlung des Deutschen Caritasverbandes – wird nachziehen, so dass spätestens in der nächsten Amtsperiode der AK die Gewerkschaften mit am Verhandlungstisch sitzen dürften.

Aus der Caritas-Gemeinschaftsstiftung für das Bistum Aachen

Nähe Stiften, Zukunft gestalten

Die Förderzuschüsse aus den Erträgen der Caritas-Gemeinschaftsstiftung kamen 2014 sieben unterschiedlichen sozialen Projekten im Bistum Aachen zu Gute. Die Empfänger erhielten dadurch die Möglichkeit, die geplanten Maßnahmen vor Ort zu verwirklichen bzw. erprobte Konzepte zu festigen. Die Stiftungsgelder dienen vor allem dem Anschlag und Ausbau neuer Ansätze. Seit Gründung der rechtlich selbstständigen Stiftung durch den Caritasverband für das Bistum Aachen e.V. im Jahr 2006 wurden rund 500.000 Euro Fördergelder ausgeschüttet.

Förderprojekte 2014

Einrichtungen, Dienste und Initiativen in den Regionen Aachen-Stadt und Aachen-Land, Heinsberg, Mönchengladbach und Kempen-Viersen wurden mit rund 40.000 Euro bezuschusst:

- Der Caritasverband für die Region Heinsberg e.V. erhält für das Bürgerzentrum Geilenkirchen 3.640 Euro. Der Treffpunkt bietet vielfältige Gesprächs-, Freizeit und Beratungsangebote für Menschen aller Altersgruppen, die von den bisherigen Angeboten in der Region nicht erreicht werden und keinen Ort im öffentlichen Raum haben. Zukünftig werden hier auch die Beratungsangebote der Caritas Heinsberg und anderer Träger integriert.
- Der Caritasverband für das Bistum Aachen e.V. erhält für die Einrichtung einer Akquisestelle im „Netzwerk Soziale Betriebe“ 9.900 Euro. Die Maßnahme soll für den Verbund Aufträge innerhalb der Gewerke- und Dienstleistungsangebote akquirieren und die Kundenzufriedenheit verbessern.
- Die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) St. Mariä Himmelfahrt in Brüggel-Bracht erhält für das Projekt Ausbildungspatenschaften 1.500 Euro. Durch die Maßnahme werden Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf beim Übergang von der Schule in den Beruf betreut. Für das Team der ehrenamtlichen Paten werden regelmäßige Fortbildungen und Austauschmöglichkeiten angeboten.

Themen – Das beschäftigte den Verband

- Der Sozialdienst katholischer Frauen e.V. in Aachen erhält für die Durchführung von Sozialtrainings für Kinder und Jugendliche im Nachbarschafts- und Jugendtreff Robert-Koch-Straße 14.400 Euro. Verschiedene Gruppenangebote ermöglichen Kindern und Jugendlichen aus dem sozialen Brennpunkt persönliche und soziale Kompetenzen zu entwickeln.
- Die Kirchengemeinde St. Sebastian in Würselen erhält für ein Integrationsprojekt 525 Euro. Durch ergänzenden ehrenamtlich angebotenen Sprachunterricht und die Begleitung im Alltag wird die Integration der Asylbewerber an ihrem Wohnort gefördert.
- Der Volksverein Mönchengladbach gGmbH erhält für die Erweiterung seines Angebotes für langzeitarbeitslose Frauen und Männer 10.000 Euro. In den sozialpädagogischen Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen kann mit dem Zuschuss der Stiftung die Anzahl der Arbeits- und Trainingsplätze erhöht werden.

Der Stiftungspreis als Förderinstrument

Bei der Vertreterversammlung des Diözesancaritasverbandes wurde im November vergangenen Jahres der Teresa-Bock-Preis 2015 ausgelobt. Zum zweiten Mal sucht die Stiftung herausragende Projekte und Initiativen – aktuell zum Thema „Die Zukunft im Demografischen Wandel gestalten“. Im Sommer des Berichtsjahres überzeugten sich Stiftungsvertreter beim Gewinnerprojekt des Vorjahres davon, wie das Preisgeld investiert wurde. Durch die 10.000 Euro wurde es möglich, das Haus auszubauen und noch mehr zu öffnen für das Zusammensein von Menschen mit und ohne Behinderung, die dort ihre Freizeit gestalten oder an Bildungsangeboten der Pfadfinderinnenschaft St. Georg teilnehmen können.

Aus den Stiftungsfonds der Caritas-Gemeinschaftsstiftung Hilfen für Menschen in Not vor Ort und weltweit

Die Stiftungsfonds der Caritas sind individuell ausgerichtet auf einen bestimmten Förderzweck bzw. ein spezifisches soziales Thema in der Region. Den ausgewählten Projekten kommen die Erträge des Fonds zu Gute, so wie der Stifter es in der Satzung vorgesehen hat.

- Caritas-Stiftung für die Region Heinsberg: Mit dem anteiligen Betrag von 647,97 Euro unterstützt der Caritasverband für die Region Heinsberg e.V. als Fondsstifter eine Schulwerkstatt in Erkelenz.
- ProCaritas für die Region Kempen-Viersen: Die Kinder- und Jugendarbeit in Breyell wird ebenfalls mit 647,97 Euro gefördert. Der Caritasverband der Region Kempen-Viersen e.V. unterstützt hier Projekte für Kinder aus benachteiligten Familien.

Stiftungsfonds Caritaskinderhilfe Aachen Weit weg ist näher, als du denkst!

Nah dran am Thema der Caritas-Jahreskampagne agierte die Caritas-Kinderhilfe. Seit vielen Jahren hat sie zum Ziel, Projekte für Kinder im Ausland genauso zu unterstützen wie Projekte für Kinder und Familien in Not, die im Bistum Aachen leben. Den Schwerpunkt bildete 2014 ein Schulkindergarten in Monterredondo/Kolumbien und die Mittelakquise für den Familienhilfefonds der regionalen Caritasverbände. Beiden Projekten wurden insgesamt 36.213 Euro zur Verfügung gestellt. Hauptanteil hat dabei das Engagement der Spenderinnen und Spender aus dem Bistum Aachen für diese Projekte. Unter dem Motto „Gemeinsam lernen und leben“ fördert die Caritas-Kinderhilfe im Zusammenhang mit der Partnerschaftsarbeit des Diözesancaritasverbandes die erste inklusive weiterführende Schule in Tansania. Für den ersten Bauabschnitt wurden bereits 15.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Themen – Das beschäftigte den Verband

Verbände, Einrichtungen und Initiativen im Bistum Aachen können unter dem Dach der Caritas-Gemeinschaftsstiftung einen Stiftungsfonds oder eine Treuhandstiftung gründen. Sie erhalten von der Stiftung Beratung und Unterstützung in allen die Gründung, Verwaltung und Entwicklung betreffenden Fragen.

Stiftung intern

Der ehrenamtliche Stiftungsrat

Neues Mitglied im Stiftungsrat ist seit dem Herbst 2014 Frau Dr. Margrethe Schmeer, Bürgermeisterin der Stadt Aachen. Sie wurde in der Sitzung des Diözesancaritasrates am 24. Oktober 2014 gewählt und tritt die Nachfolge von Frau Sabine Verheyen an, die nach langjähriger Mitarbeit im Stiftungsrat zum Ende der Amtsperiode ausschied. Die Sitzungen des Stiftungsrates der Caritas-Gemeinschaftsstiftung finden jeweils im Frühjahr und im Herbst eines Jahres statt. Der Stiftungsrat entscheidet über die Mittelvergabe und alle grundsätzlichen und strategischen Angelegenheiten der Stiftung.

Im Stiftungsrat: Sieben Mitglieder entschieden über die Förderanträge 2014 und bilden den Stiftungsrat: Ihm gehören Weihbischof Dr. Johannes Bündgens, Vorsitzender, Schwester Maria Ursula Schneider SPSF, stellvertretende Vorsitzende, Prof. em. Dr. Barbara Krause; Peter Pappert; Felix Pieroth; Hans-Josef Schmitt sowie Sabine Verheyen (bis zum Herbst 2014) an.

Im Vorstand: Diözesancaritasdirektor Burkard Schröders (Vorsitzender), Ferdinand Plum (Stellvertretender Vorsitzender), Justitiar des Caritasverbandes für das Bistum Aachen und Martin Novak (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied), Bereichsleiter Verwaltung und Zentrale Funktionen im Caritasverband für das Bistum Aachen e.V.

Die kirchliche Aufsicht stellt sicher, dass die Verwaltung der Caritas-Gemeinschaftsstiftung nach Maßgabe kirchlichen und staatlichen Rechts sowie bei Stiftungsfonds und Treuhandstiftungen im Einklang mit dem Stifterwillen und der Stiftungssatzung geschieht. Eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft prüft den Jahresabschluss der Stiftung.

Infos

Fundraising des Caritasverbandes für das Bistum Aachen e.V. und die ihm zugeordneten Stiftungen:

Ute Schramm
Kapitelstraße 3, 52066 Aachen
Telefon: 0241 431-211
E-Mail: uschramm@caritas-ac.de

Caritas-Gemeinschaftsstiftung für das Bistum Aachen:
E-mail: schramm@caritastiftung-aachen.de
www.caritastiftung-aachen.de

Bischöfliche Stiftung „Hilfe für Mutter und Kind“
E-mail: schramm@mutterundkind-stiftung.de
www.mutterundkind-stiftung.de

Aus der Bischöflichen Stiftung „Hilfe für Mutter und Kind“

Rat und Hilfe-Stellen und neue Ansätze gefördert

Der Aachener Bischof Heinrich Mussinghoff hat vor rund 13 Jahren die Stiftung „Hilfe für Mutter und Kind“ zur Absicherung der Hilfen für Frauen und Familien in Not errichtet. Durch Zustiftungen des Diözesancaritasverbandes und private Spenden unterstützt, konzentriert sich die Stiftung vor allem auf die Unterstützung und Weiterentwicklung (familien-) pädagogischer Angebote der Einrichtungen und Dienste im Bistum Aachen.

Über Projektzuschüsse fördert die Stiftung seit 2001 Dienste und Einrichtungen im Bistum Aachen, die Beratung und Unterstützung für schwangere Frauen, Mütter und Väter, Paare und Familien in Notlagen anbieten. Die Stiftung hat sich, ausgehend vom Anlass ihrer Gründung, insbesondere auf die Förderung von Maßnahmen der Rat und Hilfe Beratungsstellen im Bistum Aachen ausgerichtet. Die Beratungsstellen bilden gemeinsam mit vielen anderen Einrichtungen ein Netzwerk von insbesondere präventiven Maßnahmen, sogenannten „Frühen Hilfen“, und der psychosozialen Grundversorgung von Familien in Not.

Förderprojekte 2014

Die 2014 geförderten Projekte unterstützen das breit gefächerte Aufgabenspektrum der Träger und Partner, die sich für die Arbeit mit Müttern und Vätern engagieren. Fünf Projekte im Bistum Aachen erhielten im vergangenen Jahr Stiftungszuschüsse in Höhe von insgesamt 23.814 Euro. Berücksichtigt wurden dabei sowohl Projekte, die im klassischen Rat- und Hilfe Spektrum agieren als auch neue Ansätze.

Ein Förderbeispiel

Mit einem kleinen Zuschuss förderte die Stiftung ein ergänzendes Angebot zu einem bewährten Projekt eines Trägers. Es richtet sich vorrangig an minderjährige und junge Schwangere und Eltern, die an Angeboten der offenen kirchlichen Jugendarbeit teilnehmen, aber bislang nicht von Einrichtungen der Jugendhilfe erreicht werden. Die Idee für das ergänzende Projekt, das „Café Mobi-Juwel“, wurde in Kooperation mit dem Trägerwerk für kirchliche Jugendarbeit konzipiert und vorbereitet. Die Zusammenarbeit zwischen einem Fachverband, dem Sozialdienst katholischer Frauen e.V. in Krefeld, und den langjährigen Aktiven in der Kirchlichen Jugendarbeit bewertet der Stiftungsbeirat als sehr positiv und förderungswürdig. Das Beispiel zeigt die Wirksamkeit von Kooperationen im gleichen Feld, die seitens der Stiftung ausdrücklich gewünscht sind. Die Fachverbände Sozialdienst katholischer Frauen e.V. in den Regionen Düren, Krefeld und Eschweiler erhielten für ihre Projektanträge ebenfalls Zuschüsse in unterschiedlicher Höhe. Bei diesen Trägern wurden die Maßnahmen KugelRunde, Elternschaft Lernen, Café Juwel und das Projekt Familienpatenschaften gefördert. Alle Maßnahmen zielen darauf ab, zum frühestmöglichen Zeitpunkt den Gefahren von Vernachlässigung von Kindern bzw. von Kindeswohlgefährdungen vorzubeugen bzw. über die Auseinandersetzung mit der eigenen Lebensplanung und Thematisierung von Familie und Partnerschaft, bereits im Jugendalter zu sensibilisieren. Familienpatenschaften kommen zudem insbesondere Familien mit Mehrfachbelastungen und Familien mit Migrationshintergrund zu Gute.

Stiftung intern

Als neues Mitglied des Stiftungsbeirates wurde im Juni 2014 Rose-Marie Scheithauer begrüßt, die als Fachberaterin für Kindertagesstätten lange Jahre im

Themen – Das beschäftigte den Verband

Diözesancaritasverband tätig war. Sie folgt im Amt auf Katharina Schwinges, die zum Ende 2013 ausschied. Nach dem Stiftungsbeirat wacht die kirchliche Stiftungsaufsicht darüber, dass die Verwaltung der Stiftung nach Maßgabe des kirchlichen und staatlichen Rechts sowie im Einklang mit der Stiftungssatzung geschieht. Zusätzlich prüft ein unabhängiger externer Wirtschaftsprüfer jährlich den Jahresabschluss der Stiftung.

Förderanträge an die Bischöfliche Stiftung „Hilfe für Mutter und Kind“ können seitens der Projektträger ganzjährig eingereicht werden. Die Bischöfliche Stiftung wirbt zudem um Zustiftungen und Spenden in der allgemeinen Öffentlichkeit, wodurch der Ausbau der Hilfen unterstützt werden kann. Das zur Verfügung stehende Fördervolumen kann so auch in Zeiten geringerer Zinserträge erhalten bleiben.

Orientierungsrahmen für die Stiftungsarbeit

Zusammen mit anderen kirchlichen Stiftungen nahm die Stiftung „Hilfe für Mutter und Kind“ im November 2014 auf Einladung des Aachener Bischofs Heinrich Mussinghoff an einem Treffen von Stiftungsverantwortlichen aus dem Bistum Aachen teil. Bei diesem Austausch ging es insbesondere um die „Grundsätze guten kirchlichen Stiftungshandelns“, an denen sich auch die Bischöfliche Stiftung „Hilfe für Mutter und Kind“ orientiert. Die Richtlinien geben einen Orientierungsrahmen für effektives, uneigennütziges und transparentes Stiftungshandeln und bilden das Fundament für die Arbeit der Stiftungsverantwortlichen als Treuhänder des Stiftungszweckes.

Entscheidungsgremien

Dem Stiftungsbeirat gehören folgende Personen an:

- Weihbischof Dr. Johannes Bündgens, Vorsitzender
- Generalvikar a.D. Manfred von Holtum (vertreten durch: Domkapitular Heiner Schmitz)
- Monika Karim
- Prof. em. Dr. Barbara Krause
- Felix Pieroth
- Rose-Marie Scheithauer
- Sr. Maria Ursula Schneider, SPSF

Die Vorstandsmitglieder der Stiftung sind:

- Burkard Schröders, Vorsitzender
- Ferdinand Plum, Stellvertretender Vorsitzender
- Martin Novak, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Der Vorstand führt die Geschäfte der Stiftung und vertritt sie in der Öffentlichkeit.

Zuschüsse auf einen Blick

SkF Düren, Kugelrunde	1.500,00 Euro
SkF Krefeld, Elternschaft Lernen – ELLEN	3.800,00 Euro
SkF Krefeld, Café Juwel	9.059,00 Euro
SkF Eschweiler, Familienpatenschaften	7.500,00 Euro
Trägerwerk für kirchliche Jugendarbeit, Café Mobi-Juwel	1.955,00 Euro

Aus der Arbeitsgruppe Solidarität

Weit weg ist näher, als du denkst!

Weit weg ist näher, als du denkst! So lautete das Motto der Caritas-Jahreskampagne 2014 „Globale Nachbarn“. Als letzte Kampagne der dreijährigen Initiative für Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt richtete sie den Blick auf internationale Solidarität, also auf Solidarität mit Menschen in anderen, insbesondere ärmeren Ländern der Welt. Ziel der Kampagne war es, auf die weltweiten Verflechtungen hinzuweisen und speziell darauf, welche direkten Auswirkungen die Lebensweise und das Konsumverhalten hierzulande auf Menschen in anderen Teilen der Erde haben.

Bildhaft deutlich wurden die einzelnen Themen durch die Kampagnen-Motive, die über Plakate, Postkarten, Flyer und Blow-ups Verbreitung fanden: beispielsweise der hohe Energieverbrauch, der zu Klimawandel und Naturkatastrophen beiträgt, ein inflationärer Umgang mit möglichst billigen Konsumgütern, die in den Produktionsländern zu Hungerlöhnen hergestellt werden, unsachgemäße Entsorgung von Elektronikmüll, der unter menschenunwürdigen Bedingungen in afrikanischen Ländern ausgeschlachtet wird, und die Beschäftigung von osteuropäischen Haushaltshilfen, die ihre Familien in den Heimatländern zurücklassen müssen.

Mit diesen Inhalten appellierte die Kampagne an jeden Einzelnen, im Kleinen etwas zu verändern, um einen Beitrag zu einer humaneren Globalisierung zu leisten. Damit war „Globale Nachbarn“ mehr als alle anderen eine „Mitmach-Kampagne“. Dieser Idee folgend erarbeitete die DiCV-Geschäftsstelle Umsetzungsideen zum Thema Nachhaltigkeit, die engagierten und motivierten Menschen als Anregungen dienen können, wenn sie nach ihren Möglichkeiten etwas verändern wollen. Mit diesen Nachhaltigkeits-Tipps sowie eigens im DiCV entwickelten Gottesdienstbausteinen für Grundschul- und Jugendgottesdienste wurden bistumsweit auch alle katholischen Grundschulen und weiterführenden Schulen sowie Schulseelsorger angeschrieben.

Der Caritasverband für das Bistum Aachen knüpfte im Kampagnenjahr zudem an bereits bestehende Projekte an, die zur Thematik der Jahreskampagne passen. So wurde beispielsweise der „Stromspar-Check“ erneut auf die Agenda gesetzt. Langzeitarbeitslose werden zu Stromsparhelfern qualifiziert und analysieren in einkommensschwachen Haushalten Energie- und Wasserverbrauch. Auch erfolgte eine erneute Beschäftigung mit der Caritasbox. In der am Eingang des Hauses der Caritas aufgestellten Box werden alte Handys und Druckerpatronen gesammelt und vom Kooperationspartner INTERSEROH Product Cycle GmbH wiederverwertet oder ordnungsgemäß entsorgt. Der Erlös geht an soziale Projekte der Caritas.

Im Vorfeld des Caritas-Sonntags am 21. September 2014 hatte der Deutsche Caritasverband zu bundesweiten Aktionen in Form von internationalen Cafés aufgerufen und gesonderte Materialien bereitgestellt. Auch im Bistum Aachen fanden diese Anregungen Gehör. In den Gemeinschaften der Gemeinden Simmerath und Monschau wurden Gottesdienste gefeiert mit anschließenden Begegnungen bei Produkten aus dem Weltladen Mützenich und kulinarischen Spezialitäten der Initiative Café International aus Monschau-Imgenbroich.

Den Höhepunkt der Aktivitäten zur Jahreskampagne bildete ein Kino-Abend, zu dem der

Themen – Das beschäftigte den Verband

DiCV im November in den Cinetower nach Alsdorf eingeladen hatte. Die Fernsehdokumentation „Die KiK-Story“ und ein Interview mit dem Redakteur des Films, Christoph Lütgert, gaben Einblicke in die Arbeits- und Produktionsbedingungen in der Textil- und Bekleidungsbranche. Weitere Gesprächspartner waren die Studentinnen des Studiengangs Textil- und Bekleidungstechnik der Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach Kathrin Erge, Lilla Liptak und Theresia Weber. Sie sind Mitglied der Studentengruppe „fairquer“, die sich für mehr Nachhaltigkeit in der Textilbranche einsetzt. Anhand von selbst entworfenen Kleidungsstücken, die sie im Vorraum des Kinos ausstellten, zeigten die jungen Designerinnen, wie sich aus alter Kleidung oder Reststoffen schöne neue Teile schneiden lassen. Abgerundet wurde der vielseitige und interessante Abend mit der Komödie „Outsourced – Auf Umwegen zum Glück“.

Mit dem Auslaufen der Solidaritätsinitiative im Dezember 2014 endet auch die Arbeit der geschäftsstellen-internen „AG Solidarität“, die sich mit der Umsetzung der Initiative im Bistumsgebiet befasst hat. Eine neue Arbeitsgruppe ist aber bereits gegründet, um die nächste, von 2015 bis 2017 laufende Initiative zum demografischen Wandel zu begleiten. Doch auch die alte Initiative und insbesondere die Ideen und Anstöße zu „Weit weg ist näher, als du denkst!“ sollen nicht in Vergessenheit geraten. Eine im Laufe der Kampagne im DiCV Aachen neu aufgesetzte „AG Nachhaltigkeit“ steht in den Startlöchern, um zu Themen wie fairem Handel, Energie, Umwelt, Konsum und Verbrauch zu arbeiten.

Zur Pilgerraststätte der Caritas

Willkommenskultur für Pilger der Heiligtumsfahrt

Die Beteiligung der verbandlichen Caritas an der Aachener Heiligtumsfahrt wurde im Jahr 2014 zu einem großen Ereignis der Begegnung, des Glaubens und des verbandlichen Miteinanders. Hier zeigte die Caritas ihr Profil als einladende Gastgeberin für alle Menschen.

Weit mehr als einhundert ehrenamtliche Helferinnen und Helfer aus den regionalen Verbänden und Fachverbänden ermöglichten zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle während der gesamten zehn Tage der Heiligtumsfahrt eine ganztägig geöffnete Pilgerraststätte, die für viele tausend Pilger während der Tage ein Ort der Ruhe und der Begegnung wurde. Die Gliederungen des Verbandes und die engagierten Menschen der Caritas praktizierten so gelebte Gastfreundschaft und eine Willkommenskultur für Pilger, Gäste und Tagesbesucher.

Zur 7. Europäischen Freiwilligenuniversität in Aachen und Rolduc

Wissenschaft trifft Ehrenamt

Die Caritas lebt aus dem Selbstverständnis des sozialen Ehrenamtes und versteht sich als gesellschaftlicher Motor für die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Im September 2014 fand erstmals die 7. Europäische Freiwilligenuniversität in NRW statt, und zwar in Aachen und Rolduc. Ihrem Selbstverständnis entsprechend stärkte die Caritas die Engagementförderung durch diese der europäischen Idee verpflichtete internationale Veranstaltung. In Kooperation der fünf Diözesancaritasverbände in NRW und der Katholischen Hochschule NRW (KatHO) sowie unter konzeptioneller Verantwortung durch

Themen – Das beschäftigte den Verband

den DiCV Aachen und die Abteilung Aachen der KatHO wurde ein Fachforum für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Studierende, engagierte Bürger sowie Mitarbeiter der Caritas geboten.

Die Universität fand auf dem historischen Campus des Klosters Rolduc (NL) und in Aachen statt und war mit mehr als 100 Dauerteilnehmern und 201 Teilnehmern insgesamt ein großer Erfolg und ein Beitrag zur Stärkung und Fortentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements. In neun Vorlesungen und Vorträgen sowie 16 praxisorientierten Workshops, Exkursionen und Seminaren traten Teilnehmer aus zwölf Nationen in den Diskurs ein. Eine große Bandbreite der Themen, die von der Hospizarbeit über Exklusionsmechanismen im Engagement bis zu den Gezi-Park Protesten in der Türkei reichte, zeigte, dass das freiwillige Engagement ein Querschnittsthema aller europäischen Gesellschaften ist. Die Zukunft des Sozialen, des Miteinanders der Generationen und des gerechten Ausgleichs zwischen Nord und Süd im globalen Maßstab ist wesentlich vom gelebten Engagement der Einzelnen und der sozialen Nicht-Regierungsorganisationen abhängig. Es gilt, dieses Engagement zu stärken und durch wissenschaftliche Reflexion und den Austausch über die Praxis als unverzichtbaren Beitrag für ein zukünftiges soziales Europa zu bewerten. Nicht nur im Studienbetrieb der Universität, sondern auch im begleitenden Kulturprogramm, begegneten Menschen generationen- und nationenübergreifend einander und knüpften Kontakte – ein Stück gelebtes Europa. Eine besondere Anerkennung und Würdigung dieser Universität erfolgte durch das Europäische Parlament mit seinem Präsidenten Dr. h.c. Martin Schulz, der die Schirmherrschaft für die 7. Europäische Freiwilligenuniversität übernommen hatte.

Schulz schrieb: „Mit dem Thema für 2014 ‚Bürgerschaftliches Engagement: Verantwortung für Demokratie und Gesellschaftliche Teilhabe‘ haben die Veranstalter eine Programmatik gewählt, die für die humane Gestaltung unserer europäischen Zivilgesellschaft entscheidend ist. Die Wahrnehmung individueller Verantwortung für die Demokratie und die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe aller Menschen wird wesentlich durch freiwilliges Engagement getragen. Die Europäische Freiwilligenuniversität leistet dazu einen wertvollen Beitrag.“

Aktionen der Caritas zur Kommunalwahl 2014

Schöne Worte sind zu wenig

In Nordrhein-Westfalen sind am 25. Mai Kreistage, Stadträte, Gemeinderäte und Bezirksvertretungen neu gewählt worden. Der Diözesancaritasverband (DiCV) Aachen hat die Regionalen Caritasverbände, die caritativen Fachverbände SkF, SKM und IN VIA sowie Träger von Einrichtungen und Diensten dabei unterstützt, vor Ort mit Kandidatinnen und Kandidaten über drängende sozialpolitische Fragen ins Gespräch zu kommen. Überall in Nordrhein-Westfalen kamen Karten für einen sogenannten Kandidaten-Check zum Einsatz. Mit dieser gemeinsamen Aktion von Caritas in NRW waren die beiden Ziele verbunden, sozialpolitische Themen in den Kommunalwahlkampf einzubringen, um gerade Kandidatinnen und Kandidaten, die nicht in der Sozialpolitik zu Hause sind, anzuhalten, sich intensiver mit sozialen Fragen auseinander zu setzen. Im Weiteren sollte erreicht werden, Caritas als sozialpolitischen Akteur bewusst wahrzunehmen und ihre Ziele zu kommunizieren.

Themen – Das beschäftigte den Verband

Vor Ort hatten die Akteure die Möglichkeit, aus insgesamt 40 Themenvorschlägen auszuwählen. Themen konnten am Gesprächspartner orientiert gesetzt werden. Wenn nicht spezifische soziale Anliegen unter den Nägeln brannten, sprach die Caritas die grundsätzlichen Fragen von Subsidiarität im Sozialstaat, von Aufgabe und Rolle der Wohlfahrtsverbände sowie das Selbstverständnis der Caritas als sozialpolitischer Akteur an und hat eigene Lobbyarbeit betrieben.

Die Wirkung solcher Aktivitäten der verbandlichen Caritas zu messen, bleibt schwierig. Jedoch würde etwas fehlen, wenn die Caritas sich zu den unterschiedlichen Wahlen nicht äußern würde und es versäumte, soziale Fragen und Aufgaben aufs Tableau zu heben. Das gehört unmittelbar zum Selbstverständnis der verbandlichen Caritas als Anwalt für Menschen in Not und Menschenwürde sowie als Akteur für eine gerechte Gesellschaft. In Zeiten, in denen die Bundesrepublik Deutschland wirtschaftlich und finanziell gut da steht, ist es für die Caritas ein Gebot der Stunde zu appellieren, aber auch konkrete sozialpolitische Forderungen zu formulieren, damit das Geld im System an „richtiger“ Stelle eingesetzt wird. Da viele Aufgaben der Daseinsvorsorge kommunal geschultert werden müssen, braucht es nach wie vor dringend Entlastung bzw. Unterstützung der Kommunen. Es braucht aber auch den Schritt der Kommunen, dass diese den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, so auch der Caritas, ihre Einsatzfelder lassen und auf Solidarität und Subsidiarität zu Gunsten des Gemeinwohls setzen.

Die Wahl im Frühjahr 2014 hat auch in der verbandlichen Caritas im Bistum Aachen selber viele Akteure wieder zusammen gebracht. Sozialpolitische sowie fachliche Expertisen aus der Spitzenverbandlichen Arbeit und der Beratung vor Ort wurden bei den Aktivitäten zur Kommunalwahl 2014 positiv eingebracht. Sie zeigten, dass die Caritas im Bistum Aachen und in Nordrhein-Westfalen ein großes Netzwerk ist.

Zur Grundordnung des kirchlichen Dienstes

Korporative Mitglieder wenden Grundordnung an

Die Vollversammlung des Verbandes der Diözesen Deutschlands hatte im Juni 2011 eine Änderung des Artikels 2 der Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse (GrO) beschlossen. Die Novellierung wurde mit Wirkung zum 1. September 2011 mit Veröffentlichung im kirchlichen Anzeiger im Bistum Aachen umgesetzt.

Die Neuregelung wurde notwendig, weil der Delegationsgerichtshof der apostolischen Signatur in seinem Urteil vom 31. März 2010 entschieden hatte, dass die sonstigen kirchlichen Rechtsträger, die nicht der bischöflichen Gesetzgebungsgewalt unterliegen, ein Wahlrecht haben, ob sie die GrO übernehmen oder nicht. Mit der daraufhin erfolgten Änderung des Artikels 2 Absatz 2 GrO wurden diese Rechtsträger verpflichtet, bis spätestens zum 31. Dezember 2013 die GrO verbindlich durch Aufnahme in ihr Statut zu übernehmen.

Die GrO ist Kirchengesetz. In ihr sind die Grundprinzipien des kirchlichen Dienstes, die Begründung von Arbeitsverhältnissen, die Loyalitätsobliegenheiten der Mitarbeiter sowie die Koalitionsfreiheit und die Beteiligung der Mitarbeiter an der Gestaltung von Arbeitsbedingungen festgelegt.

Träger, die sich gegen die Übernahme der Grundordnung entschieden haben, nehmen seit Ablauf dieser Frist im arbeitsrechtlichen Bereich nicht mehr am verfassungsrechtlich garantierten Selbstbestimmungsrecht der Kirche teil. Das heißt, individuelle Arbeitsrechtsbeziehungen und kollektives Arbeitsrecht richten sich nach den staatlichen Regelungen. Es gilt nicht mehr Mitarbeitervertretungs- sondern Betriebsverfassungsrecht. Auch die in Artikel 3 bis 5 GrO festgelegten Loyalitätsregelungen sind für Mitarbeiter dieser Träger nicht anwendbar. Die Arbeitsbedingungen werden individuell oder im Wege eines Tarifvertrages ausgehandelt.

Vereinsrechtlich sehen die Satzungen der regionalen Caritasverbände im Bistum Aachen eine Anwendung der Grundordnung für korporative Mitglieder vor.

Im Bistum Aachen wurde eine Koordinierungsgruppe eingesetzt, die den Prozess der Entscheidungsfindung sonstiger kirchlicher Rechtsträger zur Übernahme der Grundordnung begleitete, koordinierte und erfasste. Für den Bereich der verbandlichen Caritas war Diözesancaritasdirektor Burkard Schröders Mitglied der Koordinierungsgruppe.

Eine Abfrage der sonstigen kirchlichen Rechtsträger ergab, dass im Bereich der verbandlichen Caritas der weit überwiegende Teil der korporativen Mitglieder die GrO anwendet und diese in ihren Statuten übernommen hat. Lediglich drei korporative (Voll-)Mitglieder haben die Grundordnung nicht übernommen.

Nicht erfasst sind hiervon die ehemaligen korporativen Gastmitglieder. Diese Mitgliedschaftsform war in den Satzungen der regionalen Caritasverbände für solche Organisationen vorgesehen, die bestrebt waren, im Sinne katholischer Caritas tätig zu sein, aber die Voraussetzungen für eine (Voll-) Mitgliedschaft nicht erfüllten. Für die

Themen – Geschäftsführung

korporativen Gastmitglieder, die in den Verbänden weder stimm- noch aktiv oder passiv wahlberechtigt waren, bestand keine satzungsrechtliche Verpflichtung zur Anwendung der GrO. Mit der im Jahre 2010 beschlossenen Neufassung der Rahmensatzung für regionale Caritasverbände und deren bis zum Jahr 2013 erfolgten Umsetzung in die einzelnen Satzungen, ist diese Art der Mitgliedschaft entfallen und die bestehenden Gastmitgliedschaften endeten. Die ehemaligen Gastmitglieder können unter bestimmten Voraussetzungen weiterhin auf Basis einer Kooperationsvereinbarung den jeweiligen regionalen Caritasverbänden und dem Diözesancaritasverband zugeordnet sein.

Aus der Arbeitsrechtlichen Schlichtungsstelle

In vier Streitfällen gütliche Einigung erreicht

Der Caritasverband für das Bistum Aachen e. V. unterhält in seiner Geschäftsstelle die Arbeitsrechtliche Schlichtungsstelle zur außergerichtlichen Klärung und Einigung individualarbeitsrechtlicher Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitarbeitern und Dienstgebern (gemäß § 22 AVR – Arbeitsvertragsrichtlinien des Deutschen Caritasverbandes).

Geschlichtet werden Streitfälle, die sich bei der Anwendung der AVR oder aus dem jeweiligen Dienstverhältnis ergeben. Die Schlichtungsstelle verhandelt und beschließt in der Besetzung mit einem Volljuristen als unabhängigem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Ein Beisitzer stammt jeweils aus dem Kreis der Dienstgeber sowie aus dem Bereich der Dienstnehmer. Derzeit sind durch den Vorstand des Caritasverbandes sechs Vorsitzende sowie acht Beisitzer für die Mitarbeiter- und sieben für die Dienstgeberseite berufen.

Die Geschäftsführung der Schlichtungsstelle ist dem Justitiariat des Verbandes zugeordnet. Die Schlichtungsversuche erfolgen in der Regel in mündlichen Verhandlungen, dabei wird den Beteiligten nach Beratung ein Schlichtungsvorschlag zur Annahme unterbreitet.

Im Jahr 2014 waren 21 Verfahren bei der Schlichtungsstelle anhängig. Eine gütliche Einigung konnte in vier Streitfällen erreicht werden. Gescheitert sind drei Schlichtungsversuche. In fünf Fällen erfolgte eine Antragsrücknahme aufgrund einer Einigung vor Durchführung der mündlichen Schlichtungsverhandlung, und neun Verfahren sind zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht abgeschlossen.

Zu den Zukunftsfragen des Verbandes

Caritas eröffnet Zukunftsdialog

Wenn auch vielerorts Einhundertjahrfeiern von Verbänden, Fachverbänden, Stiftungen und Gesellschaften, die unter dem Dach der Caritas sind, anstehen oder schon passé sind, stellt sich zunehmend die schwierige Frage nach der Zukunft. Die Zukunftsfrage ist im Einzelfall die Frage nach dem wirtschaftlichen Überleben eines Verbandes angesichts des Wettbewerbs, die Frage nach der Zukunft angesichts fehlender Ehrenamtlicher in den Organen des Verbandes und schwindender Mitgliederzahlen, die Zukunftsfrage der Gewinnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und die Zukunftsfrage nach dem Selbstverständnis eines katholischen Verbandes im Zusammenhang eines säkularen Selbstverständnisses unserer Gesellschaft. Der Deutsche Caritasverband hat im Jahr 2014 einen Zukunftsdialog „Caritas 2020“ eröffnet und in sechs Zukunftsforen sowie weiteren begleitenden Austauschforen viele hundert Verantwortliche aus der deutschen Caritas in einen gemeinsamen Diskurs über die Zukunft des Verbandes und der Verbände gebracht. Viele Verantwortliche aus den Verbänden im Bistum Aachen beteiligten sich daran. Die Frage und Herausforderungen im nationalen Vergleich sind deckungsgleich zu denen im Bistum Aachen. Herausgearbeitet wurden:

- Kirchliches Arbeitsrecht in der gesellschaftlichen Plausibilitätskrise
- Fachkräftemangel und Arbeitsflexibilität angesichts von veränderten Familienbedarfen
- Bürgergesellschaft und neue Beteiligungserwartungen im Sozialraum
- Innerverbandliche Spannungsfelder (Markt und Konkurrenzen, sowie Trägerinteressen im Gegensatz zur Anwaltschaftlichkeit)
- Innerkirchliche Spannungsfelder aufgrund der veränderten Lebensrealität und kirchlicher Bindung der Klienten und Mitarbeiter

Diese Herausforderungen werden innerverbandlich diskutiert und müssen in den nächsten Jahren bearbeitet werden, um Caritas für das Jahr 2020 und danach neu zu profilieren. Eine maßgebliche Orientierung für die Zukunft wurde mit der Schrift der deutschen Bischofskonferenz: „Das katholische Profil caritativer Dienste und Einrichtungen in der pluralen Gesellschaft“ vom 28. April 2014 gegeben. Dieser „überdiözesane Ordnungsrahmen zur Orientierung für die Verbände und Einrichtungen“ wurde innerverbandlich in den Konferenzen und Gremien diskutiert. Die plurale Gesellschaft und die fortschreitende Entchristlichung werden erstmals als Problem der Caritas und des christlichen Profils in einer säkularisierten Gesellschaft auf den Punkt gebracht.

Aus der Verbandskoordination – Regionale Caritasverbände

Verbandsbewusstsein und Kooperation stärken

Mit dem Jahr 2014 haben alle sieben Regionalen Caritasverbände die 2011 von der diözesanen Vertreterversammlung verabschiedete Rahmensatzung formal umgesetzt. Diese beschreibt im § 2 das Zusammenwirken der katholischen Akteure vor Ort und die koordinierte Interessenvertretung als konstitutive Instrumente der verbandlichen Caritas im Bistum Aachen. Die Bemühungen der korporativen Mitglieder, der Fachverbände und Regionalen Caritasverbände, ein gemeinsames Verbandsbewusstsein zu entwickeln und die Kooperation und Vernetzung weiter auszubauen, wurden und werden durch die Verbandsarbeit des Diözesancaritasverbandes gefördert und unterstützt: Ureigene Verbandsaufgaben wie die Mitgliedschaftsverwaltung, die Caritasberichterstattung zur Begleitung der Bischöflichen Visitationen und das Sammlungs- und Kollektenwesen

Themen – Theologische Grundlagen und Verbandsarbeit

werden im engen Kontakt zu den beteiligten Akteuren koordiniert und arbeitsteilig umgesetzt. In enger Anbindung an die Facharbeit auf regionaler und diözesaner Ebene werden träger- und verbandsübergreifende Beratungen zu aktuellen sozialpolitischen Themen und Entwicklungen durch die Verbandsarbeit unterstützt. Gemeinsame strategische Planungen und eine abgestimmte Positionierung und Interessenvertretung der katholischen Akteure sind das Ziel. Mit dem Anliegen, die Regionalen Caritasverbände in ihrer Kommunikation und Kooperation zu unterstützen und dies dem gesamten Verband dienlich und nützlich zu machen, wurden in 2014 vielfältige Themen bearbeitet. Beispielhaft sind fünf Schwerpunkte aus dem Themenfeld Verbandskoordination / Regionale Caritasverbände:

Fachkräftegewinnung in der ambulanten Pflege

Die Geschäftsführerkonferenz als gemeinsame Konferenz der Geschäftsführer bzw. Sprecher der hauptamtlichen Vorstände der Regionalen Caritasverbände und der Leitungskonferenz des Diözesancaritasverbandes haben sich in 2014 einem Anliegen besonders angenommen: der Sorge um ihre Mitarbeitenden in der ambulanten Pflege. Um die ambulanten Pflgeteams in den Regionalen Caritasverbänden zu verstärken und so für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden sowie für eine Verbesserung der Pflegebedingungen für die pflegebedürftigen Menschen in ihrem Zuhause beizutragen, haben die Regionalen Caritasverbände in einem gemeinsamen Projekt eine Imagekampagne zur Fachkräftegewinnung in der ambulanten Pflege geplant und umgesetzt. Die verfolgten Ziele, eine höhere Anerkennung der Pflegeberufe in der Öffentlichkeit zu bewirken und die Attraktivität der Caritas als Arbeitgeber zu steigern, sollten der Pflege allgemein und insbesondere bei Caritas zu Gute kommen. Die Zusammenarbeit in einer Projektstruktur unter Gesamtkoordination des Diözesancaritasverbandes hat sich bewährt. Unabhängig vom Projekt bietet der Diözesancaritasverband weiterhin kostenfrei eine auch im Jahr 2014 stark frequentierte Online-Stellenbörse für offene Stellen in den Einrichtungen und Diensten der verbandlichen Caritas im Bistum Aachen an und wirkt so dem Fachkräftemangel entgegen.

Gemeinsam für kommunale Altenhilfepolitik

Die neuen gesetzlichen Regelungen auf Bundes- und Landesebene, die in 2014 beschlossen wurden, bringen für die kommunale Altenhilfepolitik große Herausforderungen mit sich. Für die katholischen Altenhilfeträger und die Regionalen Caritasverbände ist es angezeigt, sich gemeinsam aufzustellen und abzustimmen. Sie können sich den kommunalen Entscheidungsträgern als Einrichtungsträger und verlässliche Dienstleister anbieten und Planungsverantwortung übernehmen. Um diese Form der Kooperation zu beflügeln und eine Abstimmung zu initiieren, hat der Diözesancaritasverband 2014 auf Anregung der Diözesan- Arbeitsgemeinschaft Alter und Pflege das Vernetzungsprojekt „Gemeinsam für die kommunale Altenhilfepolitik“ aufgelegt. Das Projekt wird in Zusammenarbeit der Verbandsarbeit und der Facharbeit im Diözesancaritasverband durchgeführt. Das laufende Interessenbekundungsverfahren sieht als notwendige Bedingung die Mitwirkung der Regionalen Caritasverbände vor.

Frühe Hilfen – Politisches Lobbying befördern

Der DiCV Aachen ist seit vielen Jahren unterstützend zu dem großen Engagement insbesondere der Fachverbände im Feld der Frühen Hilfen fachberatend und

Themen – Theologische Grundlagen und Verbandsarbeit

spitzenverbandlich tätig. Sowohl die Facharbeit als auch die Verbandsarbeit sind interessiert, das politische Lobbying zur Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen an den Praxiserfahrungen der Träger und den kommunalen Erfordernissen auszurichten. So wurde in 2014 das dritte Fachgespräch Frühe Hilfen mit dem Thema „Prävention als trägerübergreifende kommunale Planungsaufgabe“ organisiert. Örtliche Verbands- und Einrichtungsvertreter der Gesundheits- und Familienhilfe diskutierten mit Vertretern aus Politik und Wissenschaft die Rolle der Freien Träger in kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen und stellten gesetzliche Erfordernisse heraus. Das gemeinsame Lobbying von Diözesancaritasverband und verbandlichen regionalen Akteuren soll fortgesetzt werden. Ziel ist es, bundes- und landespolitisch zu förderlichen Rahmenbedingungen für die örtlichen Entwicklungen beizutragen und die örtliche Interessenvertretung für die präventiven Hilfen für Familien zu unterstützen.

Interessengemeinschaft für die Kurberatung

Mit der fortschreitenden Schließung von traditionellen Kurberatungs- und Vermittlungsstellen der Caritas ist in den drei Regionen Kempen-Viersen, Krefeld und Mönchengladbach eine Beratungslücke entstanden. Auf Initiative der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Müttergenesung im Bistum Aachen hat sich eine Interessengemeinschaft von Fachverbänden, katholischen Frauenverbänden und Regionalen Caritasverbänden im Nordbistum gebildet, die Perspektiven sucht, diesem familienunterstützenden gesundheitsfördernden Dienst aus der Müttergenesungsarbeit im Nordbistum Aachen eine Zukunft zu geben. Aktuell suchen der Diözesancaritasverband und die beteiligten Akteure nach einer Lösung im Trägerverbund und in enger Anbindung an die Dienste der Träger vor Ort. Auf Landes- und Bundesebene hat sich das Vorhaben, eine gesetzliche und politische Verankerung des Dienstes durchzusetzen, konkretisiert. Nächste Schritte des Lobbying sind vereinbart.

Kooperation hat Erfolg – Beispiel Caritasreisen

Drei Regionale Caritasverbände im Bistum Aachen haben vor zwei Jahren den Versuch gestartet, mit einem gemeinsamen Katalog von eintägigen bis mehrtägigen Caritasreisen zum einen dieses traditionelle Arbeitsfeld wirtschaftlich auf sichere Füße zu stellen, zum anderen die Angebotspalette attraktiver zu gestalten. Beides ist gelungen. Unter der koordinierenden Unterstützung des Diözesancaritasverbandes wurden die Verfahrensabläufe arbeitsteilig weiter entwickelt. Inhaltlich wurde das Reiseportfolio um eine Flugreise nach Korsika mit nachgehendem Erzählcafé erweitert. Für 2015 sind eine Optimierung der Zusammenarbeit und eine Erweiterung um eine spirituelle Reise nach Rom vereinbart.

Gemeinsam aktiv im Sozialraum

„Ein alter Hut neu aufgesetzt?!“ – Gemeinwesenarbeit, lebensraumorientierte bzw. gemeindeorientierte Sozialarbeit, Quartiersentwicklung, Sozialraumorientierung – sie waren und sind in aller Munde, wenn es um gesellschaftliche Solidarität, Teilhabechancen für alle, Bürgerbeteiligung und caritatives Engagement geht. Und damit darf politisch nicht bezweckt werden, sozialpolitische Verantwortung auf die Bürger vor Ort, auf die Freie Wohlfahrtspflege und auf die Kommunen abzuwälzen. Vielmehr müssen die aktiven Quartiere und Sozialräume den Staat, die Politik und auch die Wirtschaft in die Pflicht

nehmen. Die Bürger, die Initiativen, Organisationen, Verbände und Kommunen benötigen Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen, ihr Quartier, ihren Sozialraum bzw. ihren Stadtteil selbst in die Hand zu nehmen und bedarfsgerecht zu gestalten. So kann auch dem demografischen Wandel und der Zukunftsherausforderung Pflege aktiv begegnet werden. Sozialraumorientierte Arbeit ist schon seit Jahren ein Schwerpunkt der verbandlichen Caritas im Bistum Aachen. Die regionalen Caritasverbände z.B. engagieren sich in Projekten der Gemeindecaritas. Altenhilfeträger öffnen – befördert durch die NRW-Quartierpolitik – zunehmend ihre Einrichtungen. Und auch Inklusions- und Vernetzungsprojekte aus der Eingliederungshilfe und der Jugend- und Familienhilfe leisten seit langem einen Beitrag zur Quartiersentwicklung. Um die unterschiedlichen Ansätze und Erprobungsmodelle des sozialraumorientierten Arbeitens zusammen laufen zu lassen und Praxiserfahrungen für spitzenverbandliche Interessenvertretung und politisches Lobbying zu nutzen, haben drei Regionale Caritasverbände und der Diözesancaritasverband im Bistum Aachen im Jahr 2014 entschieden, sich am dreijährigen Projekt des Deutschen Caritasverbandes „Gemeinsam aktiv im Sozialraum“ zu beteiligen. Unter der fachberaterischen Begleitung von Herrn Professor Dr. Stefan Bestmann, Europäisches Institut für Sozialforschung Berlin, wird das vielfältige Engagement im Sozialraum im Hinblick auf die fünf handlungsleitenden Prinzipien der Sozialraumorientierung reflektiert:

- Interesse und Wille der Menschen als Ausgangspunkt
- Eigeninitiative und Selbsthilfe als starke Motoren
- Ressourceneinsatz aller Akteure vor Ort als Lösungsansatz
- zielgruppenübergreifender Fokus
- bereichsübergreifende Kooperation und Vernetzung

Forderungen für notwendige Rahmenbedingungen auf den vier Bedingungs- und Handlungsebenen, Finanzierungsebene, Organisations- und Steuerungsebene werden abgeleitet. Die Regionalen Caritasverbände Düren-Jülich, Eifel und Krefeld sind bundesweit gemeinsam mit 17 anderen Diözesan-Projektstandorten in der Zeit von 2014 bis 2016 unterwegs. Unterschiedliche Projektansätze wie Caritas und Pastoral, Caritas als Motor für sozialräumliches Engagement und zur Quartiersgestaltung bzw. Caritas als sozialräumlicher Kooperationspartner im kommunalen Wirksamkeitsdialog lassen interessante Erfahrungswerte erwarten. Die im Diözesancaritasverband Aachen angesiedelte diözesane Projektleitung will fachliche Erkenntnisse und strukturelle Erfordernisse in die Lobbyarbeit der Caritas und der Freien Wohlfahrtspflege auf Landes- und Bundesebene einspeisen. Politische Forderungen für notwendige Rahmenbedingungen zur Quartiersentwicklung bzw. Sozialraumorientierung können so aus der Praxis heraus befördert werden.

Zur Arbeit von SkF, SKM und IN VIA

Ein Ausdruck gelebter Solidarität

In der Kirche darf es keine Verkündigung ohne die Armen und Ausgegrenzten geben. Das sagte der Osnabrücker Generalvikar Theo Paul im November 2014 bei der gemeinsamen Plenumsveranstaltung des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF), des Sozialdienstes Katholischer Männer (SKM) und von IN VIA – Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit im Bistum Aachen. Zum Thema „Armut – den Menschen ins Zentrum rücken“ ging Paul insbesondere auf die Skandale der Armut, des Hungers, der Obdachlosigkeit, der Arbeitslosigkeit und der Verfolgung ein. Er plädierte im Sinne von

Themen – Theologische Grundlagen und Verbandsarbeit

Papst Franziskus für ein solidarisches Handeln und für eine authentische Option für die Armen und für eine authentische Kirche im Geiste von Evangelii Gaudium. Generalvikar Paul sagte, das Engagement von SkF, SKM und IN VIA sei Ausdruck gelebter Solidarität und konkreten Handelns. Bei der Plenumsveranstaltung feierten der gemeinsame Vorstand und die Diözesanarbeitsgemeinschaft (DiAG) SkF, SKM und IN VIA im Bistum Aachen das 30-jährige Bestehen. Der Vorstand nimmt in dieser Form bundesweit eine Vorrangstellung ein. Bei der Veranstaltung sammelte der Vorstand Ideen zur Zukunftsausrichtung der Fachverbände und ihrer politischen Lobbyarbeit. Sie sollen ein Raster für die weiter zu bearbeitenden Themen bilden.

Der gemeinsame Vorstand der DiAG SkF, SKM und IN VIA im Bistum Aachen berät und beschließt Positionen der Fachverbände in verbandspolitischen, träger- und aufgabenbezogenen Fragestellungen der Fachverbände. Er befasst sich insbesondere mit der weiteren strategischen Ausrichtung der Fachverbände im Bistum Aachen. Unter anderem diskutierte er das Betreuungsgesetz (BtG), seine unzureichende Finanzierung wurde thematisiert. Er unterstützte die von der Diözese Aachen initiierte Kampagne – koordinierte Lobbyarbeit auf Orts-, Diözesan-, Landes- und Bundesebene – und hier die Gespräche mit den Bundestags- und Landtagsabgeordneten Ende September / Anfang Oktober. Zudem beriet der Vorstand über das Arbeitsfeld Ehrenamtskoordination, dem er hohe Priorität einräumte und das er als zukunftsweisend ansieht. Die Begleitgruppe zur Finanzierung der Fachverbände aus Kirchensteuermitteln, die mit Mitgliedern des Vorstandes der DiAG SkF, SKM und IN VIA im Bistum Aachen besetzt ist, hat sich mit der Umsetzung und der Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik befasst. Sie war 2012 vom Diözesancaritasrat beschlossen worden. Die Gruppe unterbreitete erste Vorschläge zur Weiterentwicklung und Verbesserung. Sie hält insbesondere eine stärkere Flexibilisierung des Finanzierungssystems für die Fachverbände für erforderlich.

Die Vorstände und Geschäftsführungen der DiAG SkF im Bistum Aachen beschäftigten sich bei ihren Sitzungen mit einer Nachbereitung des SkF-Verbandstages im Juni 2013 und ersten Reformüberlegungen zur DiAG. Zudem befassten sie sich mit dem SkF-Fachtag im Juni 2013 zum Thema „Demografischer Wandel insbesondere unter frauenspezifischen Gesichtspunkten“ und den Themen „Frühe Hilfen als kommunale Planungs- und Kooperationsaufgabe – Erwartungen an ein Landesausführungsgesetz zum Bundeskinderschutzgesetz (BKisSchG)“ und „BtG“. Zum Jahresende bildete die Flüchtlingsarbeit im Bistum Aachen einen besonderen Schwerpunkt, vor allem die Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die auch in den Einrichtungen der Sozialdienste katholischer Frauen Aufnahme finden. Thema waren auch die Entwicklungen im Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e.V. und hier die Verbandsentwicklung und Gespräche zur Weiterentwicklung der Kommunikations- und Gremienstruktur im SkF-Gesamtverein e.V. insbesondere bei der SkF-Bundes-Delegiertenversammlung im Juni 2014 in Paderborn. Bei dieser Versammlung wurde auch ein einstimmiger Beschluss zur Novellierung des Prostitutionsgesetzes gefasst. So fordert der SkF eine grundlegende Änderung im Prostitutionsgesetz, um Frauen in der Prostitution mehr Schutz, Selbstbestimmung und Möglichkeiten zum Ausstieg zuzusichern. Zum Thema gab es auch die Veranstaltung „Menschenhandel unter uns - soll man Prostitution verbieten?“ am 30. April 2014 in der Bischöflichen Akademie Aachen mit Beteiligung der SkF-Bundesebene.

Die Mitglieder der DiAG SKM/SKFM im Bistum Aachen befassten sich bei ihren Sitzungen insbesondere mit dem Thema der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Das Interesse

Themen – Theologische Grundlagen und Verbandsarbeit

galt besonders einer Fachstelle des SKM in Kempen und einem Projekt in Aachen, das sich mit ehrenamtlich tätigen Flüchtlingspaten um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge kümmert, die an der Grenze zur Volljährigkeit sind. Auch dem BtG und der von der DiAG mitinitiierten Lobbyarbeit auf den verschiedenen Ebenen galt die Aufmerksamkeit der DiAG. Ein weiterer Schwerpunkt war die inhaltliche Vorbereitung zur SKM-Bundes-Vertreterversammlung im Mai 2014 in Ludwigshafen. Inhaltlich ging es um Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement, Männerarbeit und Armut. Die Vertreterversammlung verabschiedete einstimmig ein Papier zur Armut, das nun im Bistum umgesetzt wird.

Bei den Sitzungen der Mitglieder der DiAG IN VIA – Katholische Mädchensozialarbeit im Bistum Aachen ging es zum einen um die assistierte Ausbildung, eine Initiative der Bundesagentur für Arbeit und des IN VIA Bundesverbandes, zum anderen um die Fortbildung „Auf dem Weg sein als IN VIA Vorstand“. Ferner standen Fragen zur Monetarisierung des sozialen Ehrenamtes sowie die Überlegungen der Begleitgruppe zur Finanzierung der Fachverbände aus Kirchensteuermitteln zur Förderung der Ehrenamtskoordination auf der Tagesordnung. Die IN VIA -Bundes-Mitgliederversammlung beschloss im November 2014 in Paderborn die Kampagne „Zur Situation von Frauen ohne Aufenthaltspapiere – Mittendrin. Ohne Rechte“. Der Kampagnen-Schwerpunkt wird bei den IN VIA Vereinen in NRW liegen.

Die GeschäftsführerInnenkonferenzen von SkF/IN VIA und SKM im Bistum Aachen befassten sich unter anderem mit der Finanzierung der Fachverbände aus Kirchensteuermitteln, der Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes und dem Thema Flüchtlinge im Bistum Aachen. Sie berieten ferner über das BtG und dessen zukünftige diözesane Arbeitsstruktur sowie die Weiterführung der koordinierten BtG-Lobbyarbeit auf allen Ebenen. Die Konferenzen, die einen kollegialen Austausch zum Ziel haben, befassten sich auch mit den Fragen des Datenschutzes und des Wiedereingliederungsmanagements.

Im Bistum Aachen gibt es zwei Bahnhofsmissionen. Die eine ist – gemeinsam mit der Diakonie – in Trägerschaft von IN VIA Aachen e.V., die andere in Trägerschaft von IN VIA Düren e.V.. Beide Einrichtungen werden stark durch in Not befindliche Menschen in Anspruch genommen. Die Bahnhofsmission Aachen zählte 15.723 Hilfesuchende, die Bahnhofsmission in Düren 2.947 Hilfesuchende. Diese Einrichtungen sind Dienste mit einem besonderen Profil. Hier arbeiten überwiegend ehrenamtliche MitarbeiterInnen, die Reisehilfen und Umsteige Hilfen organisieren, (Krisen-)Gespräche führen und Hilfesuchende an die entsprechenden Fachstellen vermitteln. Der Anteil der MigrantenInnen hat weiter erheblich zugenommen und stellt die Bahnhofsmissionen vor besondere Herausforderungen und einen intensiven Vernetzungsbedarf.

Bei der Heiligtumsfahrt 2014 im Bistum Aachen wirkten mit großem Engagement die Fachverbände mit. Vor allem waren sie in die Vorbereitung und Umsetzung des Caritas-Pilgerweges am 28. Juni 2014 eingebunden sowie in die Betreuung der Caritas-Pilgerraststätte vom 22. bis 29. Juni 2014. Zahlreiche ehrenamtliche und hauptberufliche MitarbeiterInnen aus vier SkF-Vereinen, zwei SKM-Vereinen, und einem IN VIA -Verein machten mit.

Die DCV-Jahreskampagne 2014 „Weit weg ist näher, als du denkst!“ wurde in allen Diözesanarbeitsgemeinschaften vorgestellt und fand eine hohe Zustimmung und Beachtung. Eine intensive Auseinandersetzung erfolgte ebenfalls in den

Themen – Theologische Grundlagen und Verbandsarbeit

Diözesanarbeitsgemeinschaften mit dem Apostolischen Schreiben von Papst Franziskus Evangelii Gaudium und dessen zentralen Aussagen und Wegmarkierungen auch im Hinblick auf die Armut- und Flüchtlingsfragen.

Die Europäische Freiwilligenuniversität in Aachen/Rolduc im September fand gute Beachtung. Die Broschüre „Das katholische Profil caritativer Dienste und Einrichtungen in der pluralen Gesellschaft“ wurde positiv bei den Fachverbänden aufgenommen, wobei weitere „Anpassungsschritte“ für erforderlich gehalten werden.

In 2015 wird es darum gehen, träger- und aufgabenbezogene Kooperation und Vernetzung vor Ort zu intensivieren. Eine stärkere Gewichtung der ehrenamtlichen Strukturen muss diskutiert und das neue Modell zur Finanzierung der Fachverbände aus Kirchensteuermitteln in der Begleitgruppe weiterentwickelt werden.

Infos

Der Schwerpunkt der Arbeit der Koordination Fachverbände im DiCV Aachen liegt in der Information, Beratung, Begleitung, Unterstützung, Bildung von Beteiligungsstrukturen und Vernetzung.

Im Bistum Aachen gibt es zehn Vereine des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF), zehn Vereine der Sozialdienste Katholischer Männer im Bistum Aachen (SKM) und drei Vereine von IN VIA – Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit. Die Koordination Fachverbände ist zudem zuständig für die Geschäftsführung der diözesanen Gremien der Fachverbände und hier insbesondere des Vorstands der Diözesanarbeitsgemeinschaft (DiAG) SkF, SKM und IN VIA im Bistum Aachen sowie der jeweiligen Diözesanarbeitsgemeinschaften von SkF, SKM und IN VIA im Bistum Aachen.

Zu den Aufgaben zählt auch die Zusammenarbeit und Kooperation mit dem Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e.V. in Dortmund und den Zentralen von SKM – Katholischer Verband für soziale Dienste in Deutschland – Bundesverband e.V., Düsseldorf und von IN VIA – Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit Deutschland e.V., Freiburg.

Zum Institut für Beratung und Supervision (IBS)

Sozialdienst in Ostbelgien beraten

Die Modernisierung und Neustrukturierung von Schulpsychologischen und Gesundheitszentren sowie der kinder- und jugendunterstützenden Sozialdienste in Ostbelgien – diesen Organisationsentwicklungsprozess hat das IBS in den vergangenen beiden Jahren erfolgreich beraten. Das Institut war angefragt, diesen Organisationsentwicklungsprozess unter starker Beteiligung der jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gestalten und die Projektverantwortlichen prozesshaft zu begleiten. Die für einen solchen Prozess notwendigen fachlichen und personellen Ressourcen sind auf Grund des Weiterbildungs-Know-how im Institut vorhanden. Gleichzeitig bot dieser Auftrag ein qualifiziertes Lernfeld: Die gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse aus einem komplexen Beratungsprozess lassen sich gut für ähnliche Prozesse in den Feldern der Caritas übertragen und nutzen.

Themen – Theologische Grundlagen und Verbandsarbeit

Darüber hinaus hat das IBS im Berichtszeitraum Weiterbildungen in Systemischer Beratung und Social Groupwork durchgeführt. Diese Weiterbildungen sind von den relevanten Fachgesellschaften „Systemische Gesellschaft“ und der „Gesellschaft für Social Groupwork“ anerkannt.

Gleichzeitig begann die Planung und Werbung für einen zweiten Kursus „Arbeitsweltbezogene Beratung: Systemische Supervision und Coaching“, der im Februar 2015 starten wird.

Info

Das Institut für Beratung und Supervision (IBS) ist ein Kompetenz- und Ressourcennetzwerk, das seit fast 30 Jahren intensiv qualifizierte Fort- und Weiterbildungen mit den Schwerpunkten „Beratung-Supervision-Organisation“ durchführt, die allesamt systemisch orientiert sind. Das eigentliche „Kernstück“ des Institutes ist der Dozenten- und Trainerpool, der kompetent und fachlich fundiert die Fortbildungsarbeit des Caritasverbandes zusätzlich unterstützt.

Weitere Informationen sind erhältlich in der Geschäftsstelle des IBS, Kapitelstr.3, 52066 Aachen, Tel.0241 431-217, oder auf der Homepage www.ibs-networld.de

Zum Fortbildungsprogramm Beraten - Bilden - Begleiten 2014

Erstmals Seminar für ehrenamtliche Familienpaten

Sein Fortbildungsprogramm 2014 „Beraten – Bilden – Begleiten“ hat der Caritasverband für das Bistum Aachen um ein neues Kapitel „Ehrenamt“ erweitert. Erstmals wendete sich ein Fortbildungsangebot an ehrenamtliche Familienpaten. Sie waren zum moderierten Gespräch unter fachlicher Leitung eingeladen worden. In Kooperation mit dem Kinderschutzbund Aachen trafen sich zum Thema „Starke Großeltern – starke Kinder“ 15 Teilnehmer. Diese Kurse werden, wie auch die Angebote zur Prävention von sexuellem Missbrauch an Minderjährigen, für die Teilnehmer kostenfrei angeboten.

Für die Träger der Caritas und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter völlig überraschend wurde zum 31. Oktober 2014 die Förderung von beruflicher Fortbildung durch Bildungsschecks eingestellt. Auf Grund der hohen Nachfrage von Betrieben und Beschäftigten sei der Etat erschöpft, so die Auskunft der Beratungsstellen. Die Auswirkungen dieser kurzfristigen Maßnahme auf die Fortbildungsanbieter und Nutzer sowie die Auswirkungen auf einen verschärften Fachkräftemangel mangels beruflicher Bildungsförderung ist noch nicht abschließend untersucht.

Gesichert zu sagen ist dagegen, dass berufliche Belastungen in sozialen Berufen und besonders auch für Fachkräfte in der Jugendhilfe eine Gefährdung darstellen und durch Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen verändert werden können. Mit der Idee, einen Beitrag zu leisten, die Belastungen für Fachkräfte zu reduzieren, bot der Verband Fortbildungen zur Resilienz im Beruf, Prävention und Burnout-Schutz an. Ein Angebot, das nicht leicht zu platzieren ist, weil das Problem zwar real ist, aber tabuisiert wird. Auch für das Jahr 2015 plant der Caritasverband für das Bistum Aachen, ergänzend zum betrieblichen Gesundheitsmanagement in den Einrichtungen der sozialen Arbeit Ressourcen aktivierende und gesundheitsfördernde Angebote der beruflichen Fort- und

Weiterbildung, weil davon auszugehen ist, dass betriebliche Gesundheitsförderung und fachliche Weiterentwicklung ein Gewinn für Dienstgeber- und Dienstnehmer sind.

Insbesondere an Mitarbeiter in Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe richtete sich die Tagesveranstaltung „Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert“. Die Verbote von vier neonazistischen „Kameradschaften“ im Jahr 2012 seien sicherlich auch in der Aachener Region wichtige Schritte und Signale gewesen, sagte der Referent Dr. Thomas Pfeiffer. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bleibt eine Daueraufgabe auch für die verbandliche Caritas mit ihren gesellschaftlichen Zielen der Inklusion und Toleranz. Der Verband plant daher, diese Fortbildung auch 2015 wieder anzubieten.

Neben dem Portfolio der Fortbildung, das sich den Schwerpunkten Kommunikation und Menschenführung widmete, griff das Fortbildungsprogramm „Beraten – Bilden – Begleiten“ erstmals auch sehr technische Aspekte des Datenschutzes auf. Denn in der Beratungsarbeit stehen die gesetzlichen Anforderungen schnell im Spannungsfeld zu Aspekten der Schweigepflicht und des Klientenschutzes, die in der Verwaltung gemäß gesetzlicher Vorgaben zu berücksichtigen sind.

Zur Auslandshilfe, Katastrophenhilfe und zu Europa

Eingebunden in ein weltweites Netzwerk

Caritas ist ein weltweites Netzwerk – diese Idee verwirklicht sich in der Auslands- und Katastrophenhilfe des Caritasverbandes für das Bistum Aachen. In langfristig angelegten Partnerschaften wird die Arbeit der Caritas in Sarajevo (Bosnien und Herzegowina), in Novosibirsk (Russland) und in Moshi (Tansania) finanziell und ideell unterstützt.

Die Caritas in Sarajevo profitierte in 2014 nicht nur von der Auslandshilfe des Caritasverbandes für das Bistum Aachen, sondern war leider auch auf Katastrophenhilfe angewiesen: Im Frühsommer hatten die schwersten Regenfälle der vergangenen 100 Jahre zu einem Hochwasser von katastrophalem Ausmaß geführt. Zehntausende Menschen mussten evakuiert werden, viele der Betroffenen verloren ihr Hab und Gut. Caritas international und die Caritas vor Ort halfen mit Lebensmitteln, Trinkwasser, Kleidung, Hygieneartikeln, Windeln und Babynahrung. Nach einem Spendenaufruf von Generalvikar Manfred von Holtum und Diözesancaritasdirektor Burkard Schröders zeigten sich viele Menschen und Institutionen im Bistum Aachen solidarisch und spendeten mehr als 16.200 Euro an Caritas international. Auch die Bosnienaktion des Arbeitskreises Bosnienhilfe im Bistum Aachen, die zu St. Martin zum zwölften Mal durchgeführt wurde, half, die Folgen der Naturkatastrophe zu lindern: Im Kanton Posavina hatte das Hochwasser Ackerland und Viehbestand, die die wichtigste Einnahmequelle vieler Familien bilden, völlig zerstört. Die Spenden aus der Bosnienaktion helfen der Caritas in Sarajevo nun, die am schlimmsten betroffenen Familien bei der Anschaffung von Nutztieren zu unterstützen, damit sie sich wieder eine Existenzgrundlage aufbauen können. Zudem kommen die Spenden aus der Bosnienaktion auch wieder pflegebedürftigen Menschen zugute. Da es in Bosnien und Herzegowina keine Pflegeversicherung gibt, bleiben viele Alte und Pflegebedürftige ohne medizinische Hilfe. Deshalb finanziert die Caritas in Sarajevo seit 2008 mit den Spenden aus dem Bistum Aachen die Hauskrankenpflege für bedürftige Menschen in der Region Derventa.

Themen – Theologische Grundlagen und Verbandsarbeit

Ein wichtiges Ereignis in der Partnerschaft mit der Diözese Moshi war der Besuch von Bischof Isaac Amani in Aachen. Im März 2013 hatte eine Gruppe der Aachener Caritas unter Leitung von Weihbischof Dr. Johannes Bündgens die Diözese Moshi besucht, um die vom Caritasverband für das Bistum Aachen unterstützten Projekte zu besichtigen. Am 13. Mai 2014 nun war Bischof Amani zu Besuch im Aachener Haus der Caritas und wurde dort von Weihbischof Dr. Bündgens empfangen. Anlass für den Besuch des Bischofs war der Baubeginn der inklusiven Sekundarschule St. Pamachius in Moshi. Hier sollen ab Sommer 2015 behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam unterrichtet werden. Vorbild für die St. Pamachius-School ist die Primarschule St. Francis in Moshi. Mit der Sekundarschule St. Pamachius soll für die behinderten Schüler, die die Primarschule verlassen, eine Lebensperspektive jenseits eines Daseins als Bettler geschaffen werden. Der inklusive Ansatz des Projekts reicht weit über die St. Pamachius-School hinaus: „Es geht um viel mehr als um eine Schule. Wir wollen eine Veränderung der Kultur anstoßen“, sagte Bischof Amani bei seinem Besuch in Aachen. Auf diese Weise soll der Ausgrenzung behinderter Menschen in der tansanischen Gesellschaft entgegengewirkt werden. Der Bau der inklusiven Sekundarschule wird finanziell durch den Caritasverband für das Bistum Aachen, den Caritasverband für die Diözese Trier, das Kindermissionswerk „Die Sternsinger“ und den rheinlandpfälzischen Verein „Nachbarn in Not“ unterstützt. Der Caritasverband für das Bistum Aachen hat vor Weihnachten zu Spenden für die St. Pamachius-School aufgerufen.

Das Arbeitsfeld Europa war wesentlich geprägt durch das Europa-Forum 2014 der Caritas in NRW. Unter dem Titel „Soziales unternehmen – Caritas und Innovation!“ hatten die Diözesancaritasverbände für den 6. und 7. November in die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Brüssel eingeladen. Ziel des Europa-Forums war, die Initiative für soziales Unternehmertum der Europäischen Kommission aufzugreifen und kritisch zu reflektieren. Mit ihrer Initiative beabsichtigt die Kommission einen verbesserten Zugang von sozialen Unternehmen zu Finanzmitteln, mehr Sichtbarkeit für das soziale Unternehmertum, eine Verbesserung seines rechtlichen Umfelds und eine Erhöhung der Innovationskraft sozialer Unternehmen. Bei allen positiven Absichten, so ein zentrales Ergebnis des Europa-Forums, droht mit der Initiative der Europäischen Kommission eine Ausrichtung sozialen Unternehmertums an wirtschaftlichen Interessen. So wird die Initiative durch den Europäischen Fonds für soziales Unternehmertum flankiert, durch den Sozialunternehmen verbesserten Zugang zu privatem Kapital erhalten sollen. Hierbei handelt es sich um Risikokapitalfonds, mit denen Gewinnabsichten verfolgt werden. Da der weit überwiegende Teil sozialer Dienstleistungen in Deutschland staatlich refinanziert ist, würden Sozialunternehmer Gewinne vor allem aus dem Abschöpfen von Sozialversicherungsbeiträgen oder Steuern erzielen können. Dies läuft den Prinzipien des Sozialstaats und der Gemeinnützigkeit in höchstem Maße zuwider. Deshalb gilt es, das Thema soziales Unternehmertum und soziale Innovationen weiter kritisch zu begleiten und für das deutsche Modell eines starken Sozialstaats zu werben. Das Europa-Forum 2014 der Caritas in NRW war mit 80 Teilnehmern gut besucht und wurde von diesen durchweg sehr positiv bewertet.

Die Euregionale Ökumenische Konferenz, die seit vielen Jahren von evangelischer und katholischer Kirche in Belgien, Deutschland und den Niederlanden ausgerichtet wird, widmete sich 2014 der Frage „Die Zukunft der Kirche – die Kirche der Zukunft in der Euregio?“. Bei aller Unterschiedlichkeit der Kirchen in der Euregio eint diese das Problem rückläufiger Mitgliederzahlen. Dieses Problem stellt die Kirchen vor drängende Fragen

nach ihrer Zukunft: Hält der Mitgliederschwund an? Haben die Kirchen mit ihren Werten der Gesellschaft etwas zu sagen? Haben sie eine Relevanz für das Leben der Einzelnen? Und wie muss sich Kirche wandeln, um mit immer weniger Mitteln dennoch Lebensbegleiter der Menschen bleiben zu können? Diese und weitere Fragen wurden in Vorträgen, Arbeitsgruppen und einer abschließenden Podiumsdiskussion von 60 Teilnehmern aus Belgien, Deutschland und den Niederlanden engagiert bearbeitet.

Zum Fachdienst Gemeindec Caritas

Ein Netz der Nächstenliebe

Seit 45 Jahren leistet der Fachdienst Gemeindec Caritas im Bistum Aachen einen besonderen Beitrag zur Gestaltung der Diakonie der Kirche. Beim Fachtag „Gemeindec Caritas – ein starkes Stück Caritas!“ am 21. November 2014 verdeutlichte Prof. Anselm Böhmer die Sozialräumliche Arbeit im transformierten Wohlfahrtsstaat.

Dr. Barbara Krause trat ein für ein heilsames Gemeinwesen: „Der Caritasverband braucht, wenn er nicht zu einem austauschbaren Wohlfahrtsverband werden will, die Verankerung im realen Volk Gottes auf dem Weg. Eine – durch Ausstattung und Zielbestimmung – dazu befähigte Gemeindec Caritas kann hier das nötige Scharnier bilden.“

Die derzeit rund 45 sozialraumorientierten Projekte der Gemeindec Caritas in Trägerschaft der regionalen Caritasverbände im Bistum Aachen arbeiten mit den aktuellen Zeichen der Zeit, stellen sich der Lebensrealität der Menschen und schaffen Abhilfe dort, wo die Not groß ist. Die prägendsten Inhalte der Arbeit vor Ort 2014 waren: individuelle Hilfe und Befähigung der Menschen in Not, die Begleitung der ehrenamtlich Engagierten und die Unterstützung der Pfarreien und GdG zu diakonischem Handeln. Eine neue Herausforderung ist dabei der anhaltende Zustrom von Flüchtlingen, für die unmittelbare Hilfe organisiert werden muss. Die Pfarrcaritas, das Netz der Nächstenliebe und der Barmherzigkeit, ist dabei immer noch ein zentrales Handlungsfeld. Die Aufgabe der Gemeindec Sozialarbeit ist es hier, Ehrenamtliche wie Hauptberufliche in der Pfarre bei der Ausübung des christlichen Grunddienstes Caritas zu unterstützen.

Das Werkstattgespräch, initiiert vom gemeinsamen Forum Diakonische Pastoral von Generalvikariat, Diözesanrat der Katholiken und Diözesancaritasverband zum Thema „Evangelii Gaudium: Rückenwind für eine diakonische Kirche!“ gab die Gelegenheit, den Text von Papst Franziskus unter der Perspektive der diakonischen Pastoral zu erschließen und zu diskutieren. Mehr als 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfuhren Stärkung für das eigene diakonische Handeln und auch eine kritische Reflexion auf die eigenen Möglichkeiten und Prägungen. Das gemeinsame Wirken und Gestalten der Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen vor Ort ist unerlässlich, denn sie tragen mit ihrem Einsatz, mit ihrer Kreativität, Verlässlichkeit und Eigeninitiative zum Fortschritt und Zusammenhalt in Caritas und Kirche bei.

„Bunt, vielseitig, mobil, fit und selbstbestimmt“ so ist das Altersbild der Generation 60 plus. Ein wesentliches Anliegen des Fachbereiches Offene Soziale Altenarbeit ist es, die zufriedene und selbstbestimmte Lebensqualität im Alter positiv zu befördern und für gute Rahmenbedingungen in den Sozialräumen zu sorgen. Der Fachdienst fördert und unterstützt den Austausch zwischen den Generationen, macht lebens- und

Themen – Theologische Grundlagen und Verbandsarbeit

altersphasenspezifische Angebote und sorgt dafür, dass auch die dritte Lebensphase selbstbewusst und nach den je eigenen Wünschen und Vorstellungen, Fähigkeiten und Bedürfnissen gestaltet werden kann. Die Mitarbeitenden der offenen sozialen Altenarbeit in den Seniorenbegegnungsstätten, Seniorenangeboten, Seniorenferien oder Mehrgenerationenhäusern im Bistum Aachen begleiten, beraten, und organisieren verschiedene „Formate“. Sie vermitteln Alltagshilfen, bieten Informationen, Bildungsangebote, Kommunikations- und Begegnungsräume, arbeiten gemeinsam mit ehrenamtlichen Helfergruppen, bieten Hilfen für pflegende Angehörige, sowie Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements in vielen interessanten Bereichen des Alltags.

Im besonderen Themenfokus 2014 standen das Thema Quartier und die Quartiersentwicklungsprojekte, z.B. Aufbau von Nachbarschaftshilfen, Kümmerer-Netzwerken und Wohnquartieren. Der Fachtag in Kooperation mit dem Katholischen Altenwerk im Bistum Aachen mit dem Titel „Wie ich alt werden möchte“ erreichte mehr als 120 Personen und unterstrich die Bedeutung dieser Frage für die Planung und Gestaltung eines selbst bestimmten Lebens als alter Mensch.

Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt

Das gesellschaftliche Leben steht unter großem Veränderungsdruck. Das Zusammenleben der Generationen und Kulturen verändert sich sehr. In dieser Zeit des Wandels und unter den Bedingungen der Globalisierung wird immer deutlicher: Was einmal selbstverständliche Aufgabe in den Organisationen und im Staat gewesen ist, geht mehr und mehr in die Verantwortung von Bürgerinnen und Bürgern über oder soll darin übergehen. Das ist problematisch.

„Kein Geld für Zeit!“ So lautet daher das abwehrende Prinzip für das bürgerschaftliche Engagement aus der Perspektive der Caritas und der freien Wohlfahrtspflege: Die freie Wohlfahrtspflege und somit auch die Caritas in NRW treten ein für eine klare und eindeutige nicht monetarisierte Verwendung der Begriffe Ehrenamt, Freiwilliges Engagement und Bürgerschaftliches Engagement, um einerseits die Besonderheit und Qualität dieses Engagements herauszustellen und andererseits nicht in den Verdacht zu geraten, untertarifliche abhängige Beschäftigung mit dem Titel Ehrenamt, Freiwilliges Engagement, Bürgerschaftliches Engagement zu beschönigen. Die Unentgeltlichkeit des Engagements bedeutet eine eigene Qualität. Bürgerschaftlich Engagierte selbst betonen, dass es für sie sehr wichtig sei, selbstbestimmt ihre Fähigkeiten und ihre Zeit in ein Engagement einzubringen. Sie bewahren sich damit einen Eigensinn, der nicht in Abhängigkeit von Geldgebern und deren Zielvorstellungen steht und nicht auf finanzielle Vorteile ausgerichtet ist.

Auch für Klienten und Nutzer des Engagements ist es von hoher Bedeutung, dass sich jemand ihrer Anliegen annimmt, ohne dafür bezahlt zu werden. Ein Engagement, das nicht vom Geld bestimmt wird, ist im doppelten Sinne des Wortes unbezahlbar, heißt es im Positionspapier der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zum Thema Monetarisierung von Dezember 2014.

In den Diensten, Einrichtungen und Organisationen der Caritas geht es beim Ehrenamt nicht darum, Lücken staatlicher Versorgung zu schließen. Es geht darum, selbstorganisiert

Themen – Theologische Grundlagen und Verbandsarbeit

und selbstbewusst Konzepte mit den Menschen vor Ort in ihrem Lebensumfeld zu entwickeln, die sie zur selbstbestimmten Teilhabe brauchen.

Info

Die Ehrenamtskoordination entwickelt und begleitet die Ehrenamtsstruktur in den Einrichtungen und Diensten und bietet mit Aktionen und Angeboten willkommene Abwechslung im Alltag der Klienten und Bewohner. Im Bistum Aachen sichern die Freiwilligenzentren in Aachen, Mönchengladbach, Heinsberg, Jülich, Krefeld, Willich und Viersen die Beratung, Information, Vermittlung und Initiierung von Engagementangelegenheiten in Stadt, Land und Pfarrei.

Caritas ringt um die Gestaltung des Gemeinwesens

Von der Lust und der Last des Lobbying

„Facharbeit und Sozialpolitik“ heißt der Bereich in der Geschäftsstelle des Diözesan-Caritasverbandes (DiCV) Aachen, in dem die Beratung und Vertretung aller Handlungsfelder von der Schwangerschaftsberatung bis zur hospizlichen Begleitung zusammengefasst sind. „Facharbeit“ steht dabei für die Fach- und Sachkompetenz, die es braucht, um KiTas für kleine Kinder zu öffnen, einer überschuldeten Familie mit einer Privatinsolvenz einen neuen Anfang zu ermöglichen oder einer dementiell erkrankten alten Dame durch sensible Ansprache ein gutes Maß an Lebensqualität zu erhalten. Doch solches engagiertes und fachlich gutes Handeln ist nur möglich in dem Maße, wie die Sozialpolitik einen vernünftigen Ordnungsrahmen setzt und das nötige Geld für diese sozialen Aufgaben zur Verfügung stellt. Darum wird es immer wichtiger, mit den politischen Entscheidungsträgern über die Voraussetzungen für die soziale Arbeit in unserem Land zu sprechen und zu versuchen, die notwendigen Regelungen und Refinanzierungen in die Gesetz- und Verordnungsgebungsverfahren einfließen zu lassen. Politiker wiederum handeln – zum Glück – nicht im luftleeren Raum, sondern rückgekoppelt an die Wähler, und so ist es in bestimmten Fragen notwendig, auch die Öffentlichkeit für soziale Fragen zu sensibilisieren, um dann in der Politik die notwendige Gesprächsbereitschaft zu erzeugen.

Immer häufiger versucht die Politik vorzugeben, wie sie die sozialen Herausforderungen in unserem Land bewältigt wissen will, allerdings werden die dafür dann notwendigen Mittel nur sparsam zur Verfügung gestellt. Kurz: Politische Mitwirkung von der immer schon geübten Beteiligung an Anhörungsverfahren über den regelmäßigen Austausch mit Parlamentariern, aber auch mit Ministerialbeamten bis hin zu Kampagnen, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, nehmen einen wachsenden Raum in der Arbeit des DiCV ein. Er ist dabei nicht alleine unterwegs. In Zusammenarbeit mit den anderen Caritasverbänden in NRW und allen Wohlfahrtsverbänden in der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege kann die Caritas auf breite Bündnisse bauen, was einerseits mehr Durchschlagskraft verschafft, dem Verband aber andererseits natürlich sehr aufwendige Abstimmungsprozesse und manchen Kompromiss abverlangt.

KiBiZ, Inklusion und Frühe Hilfen

Aktiv für die Belange der Kinder

Eines der großen Gesetzesvorhaben der Landesregierung in 2014 betraf die Novellierung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiZ). Nach den großen Anstrengungen der vergangenen Jahre, um die KiTas für kleine Kinder unter drei Jahren auszubauen, galt es nun, eine erste Bilanz zu ziehen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen für all' die Aufgaben, die den KiTas mittlerweile in Bildung, Betreuung und Erziehung zugeschrieben werden, zu schaffen. Gemeinsam mit dem KTK, dem Verband katholischer Kindertageseinrichtungen, und den nordrhein-westfälischen Bistümern wurde um die Ausstattung, die Refinanzierung, und um die Qualifikation der Mitarbeiterinnen gerungen. Das Grundproblem, dass nämlich die Finanzierung mit den tariflichen Löhnen nicht mithält, konnte nicht gelöst werden – eine 1,5 prozentige jährliche Steigerung fängt die Kostensteigerungen nicht ab, und die Bistümer sowie die der Caritas angeschlossenen freien Träger müssen Jahr für Jahr

zusätzlich zum Trägeranteil mehr Geld für den Unterhalt der KiTas zur Verfügung stellen. Inhaltlich konnten manche Anregungen und Wünsche aus der Praxis umgesetzt werden: So wird etwa die Sprachförderung von einem statischen Prüfsystem auf eine alltagsorientierte Unterstützung der Kinder umgestellt, und KiTas, die mit besonders vielen Kindern mit großem Förderbedarf arbeiten, erhalten Sondermittel für diese Arbeit.

Besonders in Atem gehalten wurden die Kolleginnen durch eine Verschlechterung der Refinanzierung von KiTas, die bisher integrative Gruppen von Kindern mit und ohne Behinderung unterhielten: Weil nun nicht mehr Einrichtungen, sondern einzelne Kinder mit Pauschalen gefördert werden, fällt die Möglichkeit zur festen Anstellung von Therapeutinnen in diesen Gruppen weg. Der Aufwand steigt, feste Arbeitsplätze im therapeutischen Bereich entfallen, aber der Landschaftsverband Rheinland spart Geld. Durch intensive Verhandlungen konnten wenigstens die Übergangsfrist verlängert sowie die Rahmenbedingungen, unter denen Leistungen von niedergelassenen Therapeuten in der KiTa erbracht werden können, verbessert werden. Auf gutem Wege ist die Caritas im Bistum Aachen in der weiteren Umsetzung des Kinderschutzgesetzes. Es gilt, in den Kommunen die vom Gesetz vorgesehenen – und geförderten – Netzwerke auf- bzw. auszubauen. Dabei sind die Glied- und Fachverbände der Caritas gerade im Bistum Aachen weit vorangekommen, weil der Verband von Anfang an in einem Bundesprojekt von 2011 bis 2013 stark engagiert war. Dies gilt es weiter auf der kommunalen Ebene umzusetzen. Und bei einem Fachtag am 17. September wurden mit Hilfe von Fachleuten sowie unter Beteiligung des Jugend- und Schulministeriums weitere Strategien zur Umsetzung von Kinderschutz-Konzepten geplant.

Zur Situation der Familien

Staat fordert anstatt zu fördern

„Familie“ gilt weiterhin als eines der größten Armutsrisiken in unserem Land. Und es wird aufgrund vielfacher Belastungsfaktoren immer riskanter, Familie leben zu wollen. Deshalb formuliert die Caritas die dringende Anforderung an die Politik, die Lebensbedingungen für Familien zu verbessern. Im vergangenen Jahr war die Jahreskampagne der Caritas diesem Thema gewidmet, und „100 Tage“ (und ein paar mehr) nach Amtsantritt der neuen Bundesregierung fragte der DiCV in einer Dialogveranstaltung nach, was von den guten Absichten übrig geblieben sei. Ein prominent besetztes Podium mit dem Sozialrichter Dr. Jürgen Borchert, dem ehemaligen Referatsleiter im Bundesfamilienministerium Frank Bertsch und dem Grünen-Bundestagsabgeordneten Markus Kurth zog am 11. April 2014 Bilanz und kam zu einem ernüchternden Ergebnis: Viele Familien erlebten, dass der Sozialstaat ständig weitere Leistungen etwa in der Kindererziehung und –versorgung von ihnen fordere anstatt sie zu fördern und zu unterstützen, der Sozialstaat enge ihre Spielräume weiter ein. Deshalb sei die Caritas dringend zu ermutigen, die Interessen von insbesondere benachteiligten Familien klar zu formulieren und effektiv zu Gehör zu bringen. Insbesondere finden arme Familien deutlich schwerer den Zugang zu den von ihnen dringend benötigten Hilfesystemen. Umso wichtiger, dass die Dienste und Einrichtungen der Familienhilfe etwas von den Überlebensstrategien armer Familien verstehen und ihre Unterstützung diesen Familien passgenau anbieten können. Dem diente eine Klausurtagung mit den Leitern der Erziehungsberatungsstellen im Sommer. Gleichzeitig wirkte der Diözesancaritasverband beim Handlungskonzept der

Landesregierung „gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ insbesondere im Bereich der Familienarmut mit.

Herausforderung der Zukunft: demografischer Wandel

Caritas will Anregungen für den Sozialstaat geben

Viele Veränderungen der sozialpolitischen Rahmenbedingungen werden mit den Auswirkungen des demografischen Wandels bzw. der alternden Gesellschaft begründet – teils zu Recht, weil immer mehr Menschen immer älter werden und damit das Krankheits- und Pflegerisiko steigt. Teilweise werden jedoch mit Hinweis auf die sich verschiebenden Relationen von Beitragszahlern zu Beitragsempfängern, auf fehlende Fachkräfte u.ä. andere politische Ziele verfolgt: Etwa das Zurückdrängen sozialstaatlicher Verantwortung zugunsten privater Vorsorge und markt-basierter Hilfe. Der Caritasverband hat, um in dieser Diskussion fundierte Argumente einsetzen zu können, im vergangenen Jahr eine neue Stelle mit dem Schwerpunkt „Sozialwissenschaftliche Grundlagen“ geschaffen. Im ersten Schritt hat der Verband im DiCV bei allen Fachkollegen Einschätzungen abgefragt, welche Fragestellungen sie im Kontext mit dem demografischen Wandel erkennen. Die Resultate werden um Fakten zum demografischen Wandel im Bistum Aachen sowie um Analysen zur Auswirkung der alternden und schrumpfenden Gesellschaft auf den Sozialstaat ergänzt. Auf dieser Grundlage will der Verband rechtzeitig Anregungen zur Handlungsfähigkeit des Sozialstaates in die Politik einspeisen können. Zugleich interessiert ihn, wie er sich den veränderten Anforderungen in der Gesellschaft des langen Lebens in einem neuen Mix von subsidiärer Eigenverantwortung, bürgerschaftlicher Mitverantwortung in der Zivil- und der Kirchengemeinde und staatlich gewährleisteter Daseinsvorsorge stellen kann. Der Caritasverband für das Bistum Aachen wird seine sozial-politische Verantwortung weiterhin in dreifacher Weise wahrnehmen: Er wird die berechtigten Forderungen nach ordnungspolitischer Vernunft und finanzpolitischer Gerechtigkeit an den Gesetzgeber transportieren. Er wird aber auch mit guten Ideen, Modellen und Lösungsvorschlägen Politik zu gestalten versuchen. Und er wird bei den Bürgerinnen und Bürgern das Bewusstsein wach halten, dass eine solidarische Gesellschaft auf das Engagement möglichst vieler baut und dafür niemanden im Stich lässt.

Zur Situation von jugendlichen Flüchtlingen

Perspektiven eröffnen für Flüchtlinge

Jugendliche, die auf der Flucht sind, stranden wegen der Grenznähe insbesondere in Aachen und Umgebung sowie am Niederrhein. Ein klares Eintreten für die Unterstützung dieser Jugendlichen nach den Regeln des Jugendhilferechts, das Angebot der schnellen und kompetenten Hilfe durch Einrichtungen der Caritas und die Zusammenarbeit mit den Grenzschutzbehörden und Jugendämtern waren die wichtigen ersten Schritte. Nun geht es weiterhin darum, diesen Jugendlichen Schulbildung zu ermöglichen und eine Perspektive zu schaffen, wie ihr bisher so gefährdetes Leben stabilisiert werden kann.

Caritas spricht mit bei den Klimazielen

Energiesparen – Zahlen die Armen die Zeche?

Auf ein ganz anderes (und gemäß dem Jahresthema „Weit weg ist näher, als du denkst!“) dennoch aktuelles politisches Thema stieß der Caritasverband für das Bistum Aachen zunächst im Zusammenhang mit der Förderung der Arbeit für Menschen mit Vermittlungshindernissen. Mit mehreren Mitgliedern der Diözesanarbeitsgemeinschaft „Integration durch Arbeit“ hatte sich der DiCV erfolgreich beim Landesprojekt zum Stromspar-Check beteiligt und war auf diese Weise auch an der AG 6 – Private Haushalte – zur Umsetzung des Klimaschutz-Planes NRW beteiligt. Über diese Verbindung wiederum lud man den Verband ein, sich am umfassenden gesellschaftlichen Diskurs zur Akzeptanz einer Kohlendioxid-Reduktionsstrategie zu beteiligen. Auf diese Weise gelang es der Caritas, in den entsprechenden Dokumenten darauf aufmerksam zu machen, dass arme Bürgerinnen und Bürger in NRW einerseits in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe benachteiligt sind, wenn aufgrund der Klima-Ziele die Energiepreise überproportional steigen. Andererseits sind sie auch diejenigen, die von Klima-Veränderungen besonders betroffen sind, weil sie die wenigsten Möglichkeiten haben, diesen Phänomenen auszuweichen bzw. sich vorbeugend zu schützen.

Zur palliativen und hospizlichen Begleitung

Altenheime wollen ein Sterben in Würde

Politikberatung anderer Art hat der DiCV in der palliativen und hospizlichen Begleitung in der stationären Altenhilfe betrieben. Seit einigen Jahren bietet der Verband Altenheimen an, in etwa zweijährigen Organisationsentwicklungen ihre Begleitung und Betreuung sterbender Menschen zu qualifizieren. Der DiCV hat dabei personelle, organisatorische und haltungsbezogene Voraussetzungen ermittelt. Im vergangenen Jahr hat er diese Voraussetzungen und vor allem die Frage, wie diese nachhaltig gesichert werden können, in einem Forschungsprojekt mit dem IFF, wissenschaftlich untersuchen lassen. Im Beirat für dieses Projekt ist das Seniorenministerium vertreten, und eine von dort als Leitfaden vorgesehene Handreichung zur palliativen und hospizlichen Versorgung in der stationären Altenhilfe konnte deutlich von den Erkenntnissen der Caritas profitieren.

Altenpflege- und Wohn- und Teilhabegesetz

Hart mit der Politik gerungen

Große politische Auseinandersetzungen gab es um ein zentrales Gesetzesvorhaben der Landesregierung – die Neufassung des Altenpflege- und des Wohn- und Teilhabegesetzes, wobei das Wohn- und Teilhabegesetz neben der Altenhilfe auch die Behindertenhilfe betrifft.

Die Landesregierung hatte es sich zum Ziel gesetzt, angesichts der dramatischen Alterung der Bevölkerung NRW in den nächsten 15 Jahren die Versorgung pflegebedürftiger Menschen deutlich stärker in die angestammten Wohnquartiere zu verlagern und die stationäre Unterbringung eher als Ausnahme-Lösung in Krisenfällen umzugestalten. Dazu verfolgt sie einerseits das politische Ziel einer Schaffung alters- und pflegefreundlicher

Quartiere und andererseits will sie den weiteren quantitativen Ausbau stationärer Einrichtungen eindämmen. Zudem muss sie ein Urteil des Bundessozialgerichts umsetzen, das eine pauschale Finanzierung von Instandhaltungsinvestitionen in stationären Einrichtungen nicht mehr zulässt. Der daraus resultierende Gesetzentwurf verlangt von den Trägern der Altenhilfe nicht nur ein massives Umsteuern im konzeptionellen, sondern auch im finanziellen Bereich – er stellt zum wiederholten Male bestehende Fördergrundsätze auf den Kopf. Die politische Arbeit des Caritasverbandes in enger Zusammenarbeit mit der Freien Wohlfahrtspflege musste hier auf mehreren Ebenen ansetzen: Zunächst einmal ist man sich mit der Landesregierung in der politischen Beurteilung der Lage überwiegend einig: Es ist richtig, dass die erwartete große Zahl an unterstützungs- und pflegebedürftigen Menschen in den kommenden Jahren nach einer Vielfalt an neuen Konzepten verlangt, vom weiteren Ausbau der häuslichen Betreuung und Pflege über familienähnliche Zusammenlebensformen bis zur starken Förderung teilstationärer Einrichtungen. Abweichend zur politischen Ebene geht die Caritas aber davon aus, dass stationäre Einrichtungen von einem Teil der Bevölkerung geschätzt werden und für bestimmte Lebensschicksale auch die am besten geeignete Lösung darstellen.

Schon im vergangenen Jahr hatte der Verband deshalb begonnen, in zähem kleinteiligem Ringen mit dem Ministerium Details des Ordnungsrahmens, der Refinanzierung, der Ausstattung usw. im Sinne der pflegebedürftigen Menschen, ihrer Angehörigen und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verbessern. Gleichzeitig galt es im Schulterschluss der LAG mit den Fachleuten und Vorsitzenden der Landtagsfraktionen in mehreren Runden über die zentralen politischen Streitpunkte zu diskutieren – etwa über die fehlende konzeptionelle und finanzielle Unterstützung für die Quartiersgestaltung, die rückwirkende Verschlechterung der Investitionskosten für die stationären Einrichtungen, die Realitätsferne vieler Umbauvorschriften. Solche Probleme standen auch im Vordergrund etlicher Gespräche mit einzelnen Landtagsabgeordneten aus dem Bistum Aachen, die der Verband gemeinsam mit den Vorstandsmitgliedern der DiAG Alter und Pflege führte, um auf diese Weise stets auch den Praktikern mit ihren Argumenten Raum geben zu können.

Das Gesetz trägt – wie sollte es anders sein – dennoch die Handschrift der regierenden Parteien und wurde am Ende sogar im Konsens aller Fraktionen verabschiedet; etliche kleinere Veränderungen konnte die Freie Wohlfahrtspflege durchsetzen. Vor allem aber ist es gelungen, den Politikern klar zu machen, dass mit der Verabschiedung des Gesetzes die Aufgaben nicht etwa gelöst sind, sondern das Land in der Frage der Altenhilfe weiterhin, wie es ein Fraktionsvorsitzender formulierte „auf Sicht fährt“, also ohne die Sicherheit, alles im Griff zu haben. Die Politik hat die Verbände am Ende eingeladen, mit unserer kritischen, mit vielen Beispielen und hoher Fachkompetenz vorgetragenen Argumentation nicht nachzulassen und die Entwicklungen in den nächsten Jahren zu dokumentieren. Die Regierung hat zugesichert, bei einer ernsthaften Evaluation gemeinsam mit den Trägern zu beobachten, ob eine Lösung im gewünschten Sinne gelingt, und gegebenenfalls Konsequenzen zu ziehen. Noch nie, so erinnerte sich ein langjähriger Regierungspolitiker, habe ein Gesetz im sozialen Bereich derart umfassende und ernsthafte Auseinandersetzungen durchlaufen. Allerdings ist auch, wenn die Analysen des Verbandes hinsichtlich der Auswirkungen des demografischen Wandels zutreffen, eine große Herausforderung zu schultern.

Kranke und psychisch kranke Behinderte

Caritas-Experten suchen Dialog mit dem Land

Zur Gesundheitspolitik gehört neben den großen Linien des Ringens um die Krankenhaus-Versorgung der Zukunft – im vergangenen Jahr wurde der neue Krankenhaus-Plan des Landes NRW verabschiedet – zum Beispiel die Beteiligung an der Landesgesundheitskonferenz und der Einsatz für die dort in den Vordergrund gerückten Themen. Aktuell hatte sich die Konferenz der Situation von Menschen mit Behinderung im Krankenhaus angenommen, und dieses Thema griffen die fünf Caritasverbände in NRW bei einem Fachtag am 26. November auf. Im Beisein des Behindertenbeauftragten der Landesregierung sowie des Präsidenten der Krankenhaus-Gesellschaft NRW stellten die Experten der Caritas die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen vor. Die Caritas beschrieb auch die Nöte der Pflegenden und Ärzte, die zunehmend zwischen dem besonderen Schutz- und Hilfebedarf dieser Gruppe und dem Effizienz-Druck hinund hergerissenen sind, sowie sinnvolle Maßnahmen für eine personorientierte medizinische Behandlung von Menschen mit Behinderung.

Menschen mit Behinderung sollen, so will es die Politik und so wollen es die Betroffenen zunehmend auch selbst, möglichst inmitten der Gesellschaft leben. In diesem Sinne unternehmen die Träger der Behindertenhilfe viele Anstrengungen, große Therapie- und Wohneinrichtungen für Menschen etwa mit psychischer Behinderung aufzulösen und den Menschen ein gemeinde-integriertes Wohn- und Betreuungsangebot zu machen. Weil auch hier die ordnungspolitischen Regelungen des Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG), die Finanzierungsrichtlinien der Eingliederungshilfe und die Erfordernisse der Praxis immer wieder in Konflikt geraten, gab es einen Ortstermin mit dem für das WTG zuständigen Abteilungsleiter des Ministeriums im Haus Madeleine in Krefeld, einer neuen und zukunftsweisenden Einrichtung für Menschen mit umfassenden Betreuungsbedarf (EULA) der St. Augustinus-Behindertenhilfe. Vor Ort wurden sowohl leistungsrechtliche Differenzen mit den Pflegekassen als auch Probleme in der Fachkraft-Anerkennung dargelegt und Wege der Klärung erörtert. Auch hier gilt: Ist der Kontakt mit den Mitarbeitern der Ministerien und Landschaftsverbände einmal angebahnt, lassen sich sowohl praktische Fragen der Auslegung und Umsetzung als auch Bedarfe der gesetzlichen Weiterentwicklung erfolgreich ansprechen.

Verwaltung und Service aus einer Hand

Dienstleister für Einrichtungen und Verbände

In der Geschäftsstelle des Diözesancaritasverbandes nimmt der Bereich Verwaltung und Zentrale Funktionen zentrale Verwaltungsaufgaben wahr und unterstützt als interner Dienstleister die Geschäftsführung sowie andere Stellen im Hause. Im Bereich sind das Haushaltswesen/ Controlling, das Personal- und Rechnungswesen, die Zentralen Dienste/ EDV sowie die Wirtschaftliche Einrichtungsberatung angesiedelt. Als Service für den Verband werden den angeschlossenen Einrichtungen und Verbänden vielfältige Dienst- und Beratungsleistungen angeboten:

- Weiterleitung von öffentlichen Mitteln sowie von Kirchensteuermitteln an Gliederungen und Fachverbände
- Durchführung von Verwendungsnachweisprüfungen für Mittel, die Mitgliedseinrichtungen vom Land Nordrhein-Westfalen bzw. aus Bundes- und kommunalen Mitteln erhalten haben
- Unterstützung in betriebswirtschaftlichen Fragestellungen, insbesondere bei der Erstellung von Entgeltkalkulationen für Einrichtungen der Alten-, Jugend- und Eingliederungshilfe
- Vorbereitung und Durchführung von Entgeltverhandlungen für die vorgenannten Einrichtungen
- Beratung bei der Finanzierung von Baumaßnahmen und Investitionsgütern unter Berücksichtigung der einschlägigen Gesetze
- Beratung bei arbeitsrechtlichen und personalwirtschaftlichen Fragestellungen
- Durchführung der Lohn- und Finanzbuchhaltung einschließlich unterstützender Beratungen
- Dienstleistungen im Bereich der EDV, insb. im Zusammenhang mit der Lohn- und Finanzbuchhaltung.

Aus dem Haushaltswesen

Bistum hob Kirchensteuerzuschuss deutlich an

Aufgrund der Finanzprobleme des Bistums Aachen in den Jahren 2003/2004 wurden die Zuschüsse aus Kirchensteuermitteln an die verbandliche Caritas über mehrere Jahre zunächst erheblich gekürzt und dann auf niedrigerem Niveau „konsolidiert“. Der „reale“ Zuschussrückgang betrug unter Berücksichtigung der Kostensteigerungen in den vergangenen zehn Jahren rund 45 Prozent. Nachdem sich die Finanzsituation des Bistums Aachen wieder deutlich entspannt hat, konnte im Berichtsjahr nach Verhandlungen mit dem Bischöflichen Generalvikariat sowie durch die Beratungen im diözesanen Kirchensteuerrat erreicht werden, dass der Kirchensteuerzuschuss an den Diözesancaritasverband wieder deutlich angehoben wurden. Er hat nun fast wieder das nominale Niveau vor den Jahren der Zuschusskürzungen erreicht.

Allerdings war dieser Schritt dringend erforderlich, um die caritativen Hilfeangebote der Verbände weiterhin sicherzustellen. Immerhin hat sich in der jüngeren Vergangenheit die Finanzsituation mehrerer Regionaler Caritas- und Fachverbände aufgrund der Schere zwischen Kosten- und Erlösentwicklung zum Teil stark zugespitzt.

Vorstand und Diözesancaritasrat hatten beschlossen, die zusätzlich aus dem Haushalt

Themen – Verwaltung und Zentrale Funktionen

Das Bistum hob Kirchensteuerzuschuss deutlich an erhaltenen Kirchensteuermittel nach den durch die Organe festgelegten Systematiken auf die Regionalen Caritasverbände, die Fachverbände SkF, SKM und IN VIA und den Diözesancaritasverband aufzuteilen. Dabei verzichtete der Diözesancaritasverband zugunsten der anderen Mittelempfänger auf einen Teil der ihm zuzurechnenden Mittel. Im Berichtsjahr stellten die zusätzlichen ungeplanten Mittel für einige Verbände die „erlösende Finanzspritze“ dar.

Hinsichtlich der Lotteriemittel, die der Diözesancaritasverband als einer der Empfänger der Freien Wohlfahrtspflege vom Land NRW erhält, hatte das Land eine „Verstetigung“ der Zuschüsse beschlossen. Während in früheren Jahren der Zuschuss aus Lotteriemitteln, den der Diözesancaritasverband zur Wahrnehmung seiner spitzenverbandlichen Aufgaben erhält, von den jeweiligen Lotterierlösen – das heißt vom Spielaufkommen – abhing und zum Teil erheblich schwankte, war im Berichtsjahr der im Voraus durch Bescheid zugewiesene Zuschussbetrag verbindlich und damit planbar. Ob das Zuschussniveau für einen längeren Zeitraum erhalten bleiben kann, wird jedoch vermutlich von der Entwicklung der Spielerlöse abhängen.

Neben diesen „großen Linien“ war die Arbeit des Haushaltswesen auch im Berichtsjahr von zahlreichen Haushaltsgesprächen mit den Personalfachverbänden, der Mitarbeit in der vom Vorstand eingerichteten „Begleitgruppe zur Finanzierung der Fachverbände aus Kirchensteuermitteln“ sowie durch die Verwendungsnachweisprüfungen der Investitionskosten der ambulanten Pflegedienste und der Bundesstiftungsmittel in der Schwangerschaftsberatung geprägt.

Aus dem Personal- und Rechnungswesen

Viele Beratungen zu Geringfügig Beschäftigten

Die Zahl der in der Lohnbuchhaltung betreuten bzw. monatlich abgerechneten Personalfälle bewegte sich in 2014 wieder auf dem relativ hohen Niveau des Vorjahres von rund 9.000 Abrechnungsfällen. Während in den vergangenen Jahren ein stetiger Zuwachs der Abrechnungsfälle aufgrund regelmäßig gestiegener Mitarbeiterzahlen in den Mitgliedseinrichtungen zu verzeichnen war, wurde dieser langfristige Wachstumstrend im Berichtsjahr gestoppt. Ursächlich sind vor allem zwei Gründe: Zum einen findet im Mitgliedsbereich eine „Konzentration“ statt, bei der kleinere Träger ihre Einrichtungen an größere – zum Teil überregionale – Verbände übertragen, die wiederum ihre Verwaltung im Personal- und Rechnungswesen eigenständig oder mithilfe anderer Dienstleister organisieren. Zum anderen hat eine Veränderung im Arbeitsrecht für die Anstellung von nebenberuflich geringfügig Beschäftigten (GfB) dazu geführt, dass viele dieser Arbeitsverhältnisse in Frage gestellt oder gar beendet wurden.

Die Beratung der Mitgliedseinrichtungen zum korrekten Umgang mit den GfB-Arbeitsverhältnissen stellte auch einen der inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit des Personalwesens im Berichtsjahr dar. Zum 31. Dezember 2013 war die in den Arbeitsvertragsrichtlinien des Deutschen Caritasverbandes (AVR) bestehende Möglichkeit einer pauschalen Vergütung der geringfügig Beschäftigten – unter Beachtung einer Lohnuntergrenze – ausgelaufen. Das bedeutet, dass nunmehr alle GfB-Kräfte, soweit nicht schon geschehen, entsprechend ihrer Tätigkeit in die regulären Vergütungsgruppen der

Themen – Verwaltung und Zentrale Funktionen

AVR einzugruppieren und nach den allgemeinen AVR-Tabellen zu entlohnen sind. Davon abweichende pauschale Stundenvergütungen, die bislang möglich waren, sind seit 1. Januar 2014 nicht mehr zulässig.

Viele Träger, die in der Vergangenheit die Möglichkeiten der Pauschalvergütung vor allem in den Arbeitsfeldern Offene Ganztagschulen oder ambulante Pflege, aber auch in anderen Bereichen genutzt haben, mussten nun ihre GfB-Arbeitsverträge umstellen. Damit verbunden war nicht nur ein erheblicher Verwaltungsaufwand, der durch das Personalwesen des Diözesancaritasverbandes durch entsprechende Beratung unterstützt wurde, sondern zum Teil auch eine erhebliche Verteuerung der Stundenvergütungen.

Einige Träger waren sogar gezwungen, ganze Arbeitsfelder aufzugeben, da die Erlöse die gestiegenen Personalkosten nicht mehr decken.

Ein weiteres wichtiges Thema im Personal- und Rechnungswesen vor allem zu Beginn des Berichtsjahres war die Einführung des Einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraumes (Single European Payment Area – SE PA) zum 1. Februar 2014. Dank der guten und intensiven Vorarbeiten im Vorjahr gelang die Umstellung der Konto-Informationen auf die neuen Standards jedoch reibungslos, so dass keine Korrekturen und kaum Nacharbeiten erforderlich waren.

Die Umsetzung der „Tarifbeschlüsse“ der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes (AK) für die Vergütung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in 2014 und 2015 bestimmte die Arbeit des Personalwesens insbesondere zum Jahresende. Die Regionalkommission NRW der AK hatte am 11. November 2014 die 1:1-Übernahme der Eckpunkte der Bundeskommission vom 30. September 2014 beschlossen, wonach u.a. die Gehälter rückwirkend zum 1. Juli 2014 um drei Prozent sowie zum 1. März 2015 um weitere 2,4 Prozent steigen. Vor der Erhöhung zum 1. März 2015 wird die Steigerung vom 1. Juli 2014 auf mindestens 90 Euro erhöht. Trotz der späten Beschlussfassung durch die Regionalkommission Mitte November konnten die für 2014 relevanten Gehaltserhöhungen noch vor dem Jahreswechsel durch die Lohnbuchhaltung umgesetzt und im Dezember aus- bzw. nachgezahlt werden.

Die Beiträge zur Kirchlichen Zusatzversorgungskasse des Verbandes des Diözesen Deutschlands (KZVK) als wichtige Personalnebenkosten stellten in den vergangenen Jahren ein Thema dar, das insbesondere hinsichtlich des Sanierungsgeldes rechtlich und politisch kontrovers beurteilt und deswegen häufig im Personalwesen des Diözesancaritasverbandes angefragt wurde. Das Sanierungsgeld wurde im Jahre 2002 eingeführt, um die Finanzierungslücke, die durch die Systemumstellung von der so genannten Gesamtversorgung auf die Kapitaldeckung entstanden war, zu schließen. Mehrere Träger hatten jedoch die Erhebung des Sanierungsgeldes als rechtswidrig erachtet und es gerichtlich Überprüfung lassen.

Am 31. Juli 2014 hatte das Oberlandesgericht Köln in mehreren Fällen geurteilt und die Erhebung des Sanierungsgeldes – im Unterschied zu früheren Urteilen des OLG Hamm – als rechtmäßig bewertet. Die Zulässigkeit bzw. Rechtmäßigkeit des Sanierungsgeldes, das weiterhin von der KZVK erhoben wird, wird erst durch ein Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht endgültig geklärt werden.

Etwas aus dem Blick geraten war in der Debatte um das Sanierungsgeld die

Themen – Verwaltung und Zentrale Funktionen

wirtschaftliche Gesamtsituation der KZVK. Die demographische Entwicklung, die für die Zukunft immer längere Rentenzahlungen erwarten lässt, sowie das seit Jahren andauernde Zinstief am Kapitalmarkt erforderten eine Neujustierung der KZVK, um die Finanzierung der Versorgungsleistungen dauerhaft sicherstellen zu können. Der Verwaltungsrat der KZVK hatte daher am 11. November 2014 entschieden, dass die Beitragssätze ab 1. Januar 2016 alle zwei Jahre um 0,5 Prozent von derzeit 4,8 Prozent bis auf 7,1 Prozent im Jahre 2024 erhöht werden sollen. In einer Veranstaltung im Haus der Caritas am 2. Dezember 2014 hat Willy Wolfertz, Abteilungsleiter Öffentlichkeitsarbeit der KZVK, die Struktur, die Funktionsweise und die Finanzierung der KZVK sowie die beschlossenen Beitragserhöhungen vorgestellt.

Für die internen Abläufe in der DiCV-Geschäftsstelle wurden in 2014 unter Beteiligung bzw. Vorarbeit der Fachreferenten für das Personal- und Rechnungswesen einige bedeutsame Richtlinien und Regelwerke aufgestellt: Der Vorstand hat in Umsetzung der „Richtlinien zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung“, die vom Verband der Diözesen Deutschlands erlassen wurden, eine Anlagerichtlinie für die Finanzanlagen des Diözesancaritasverbandes beschlossen, die vor allem für die damit befassten Mitarbeiter in der (Vermögens-)Verwaltung maßgeblich sind. Weiter hat der Vorstand eine Richtlinie für Beschaffungen im Diözesancaritasverband und eine „Richtlinie zum Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken“ (Antikorruptionsrichtlinie) in Kraft gesetzt.

Mit der Mitarbeitervertretung wurde eine Dienstvereinbarung zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement geschlossen, die langzeit- bzw. häufig erkrankten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit und den Erhalt ihrer Gesundheit und Arbeitsfähigkeit erleichtern soll.

Aus der EDV und den Zentralen Diensten

Verband schon die Umwelt

Die Unterstützung des Personal- und Rechnungswesens durch die regelmäßige Wartung der Finanz- und Lohnbuchhaltungs-Software und die Begleitung bei der Einführung neuer Programme stellte auch im Berichtsjahr eine wesentliche Aufgabe der EDV dar. Aufgrund der Rechenzentrumsfunktionen, die der DiCV in diesen Bereichen wahrnimmt, sind neben den rund 80 internen EDV-Nutzern weitere rund 350 externe User an die EDV des Diözesancaritasverbandes angebunden und werden durch diese entsprechend betreut. Da ein Großteil dieser EDV-Nutzer im Personal- und Rechnungswesen tätig und auf eine „Echtzeitverarbeitung“ angewiesen ist, spielt die Sicherstellung der Verfügbarkeit eine große Rolle. Im Berichtsjahr fand nach Beschluss der Geschäftsführung eine (erneute) Überprüfung der EDV-Strukturen und -Prozesse in der Geschäftsstelle durch einen externen Dienstleister statt, durch die der Datenschutz und die Datensicherheit gewährleistet und im Bedarfsfall optimiert werden sollen.

Darüber hinaus wurde für die angeschlossenen Caritas- und Fachverbände im November des Jahres eine Veranstaltung zum Thema „Sichere E-Mails: Methoden zur E-Mail-Verschlüsselung“ angeboten.

Im Zuge von Ersatzinvestitionen wurden alle Drucker in der Geschäftsstelle des Diözesancaritasverbandes durch neue Gel-Drucker ausgetauscht, die im Vergleich zur

bisher eingesetzten Lasertechnologie einen deutlich geringeren Stromverbrauch aufweisen und keine Schadstoffe freisetzen. Die ausgemusterten Drucker wurden zur Wiederverwertung an eine Projektwerkstatt abgegeben. Ebenso wurde damit begonnen, alle Deckenbeleuchtungen in der Geschäftsstelle gegen moderne Leuchtkörper mit sparsameren Leuchtmitteln auszutauschen. Beide Maßnahmen stellen einen bewussten Beitrag zur Ressourcenschonung dar („go green“).

Die Erneuerung des Mobiliars in fast der Hälfte aller Büros in der Geschäftsstelle sowie in der Kantine kann ebenfalls unter das Stichwort sparsamer Ressourceneinsatz gestellt werden, da die hochwertige fast neue Einrichtung von zwei ortsansässigen Unternehmen gespendet wurde.

Aus der Wirtschaftlichen Einrichtungsberatung

Zu geringe Zuschüsse und Entgelte bereiten Sorge

Folgende Entwicklungen prägten die Arbeit der Wirtschaftlichen Einrichtungsberatung:

Sozialgesetzbuch (SGB) V – Häusliche Pflege

Bereits in 2012 hatte die Freie Wohlfahrtspflege gegen einen Schiedsspruch, der sich auf die Entgelterhöhungen der Jahre 2011 und 2012 bezog, Klage beim Sozialgericht Düsseldorf erhoben. Dieses Verfahren konnte auch im Jahr 2014 noch nicht abgeschlossen werden.

Da sich die Krankenkassen und die Freie Wohlfahrtspflege nicht auf höhere Entgelte einigen konnten, hatte im September 2013 die von den Vertragspartnern – die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege einerseits und der Zusammenschluss der Krankenkassen andererseits – benannte Schiedsperson für den Zeitraum 1. Oktober 2013 bis 31. Dezember 2014 die entsprechenden Vergütungen festgesetzt. Nunmehr sind wiederum die Vergütungsverhandlungen für den Zeitraum nach dem 31. Dezember 2014 gescheitert, so dass erneut ein Schiedsstellenverfahren eingeleitet werden muss.

Sozialgesetzbuch (SGB) XI – Ambulante Pflege

Am 25. August 2014 hat der Grundsatzausschuss für ambulante Pflege, in dem die Leistungsanbieter und die Kostenträger vertreten sind, mit der Wiederaufnahme von Rahmenvertragsverhandlungen begonnen. Diese Verhandlungen werden naturgemäß vom 1. Pflegestärkungsgesetz, das zum 1. Januar 2015 in Kraft tritt, beeinflusst.

Die vom Gesetzgeber geplante Festlegung, nach der die Empfänger ambulanter Pflegeleistungen die Wahl haben müssen zwischen einer zeitabhängigen und einer pauschalen (zeitunabhängigen) Vergütung der Pflegeleistungen, hat der Gesetzgeber wieder zurückgenommen. Künftig dürfen Vergütungen entweder, wie bereits vor 2013, abhängig vom Zeitaufwand oder unabhängig vom Zeitaufwand als fester Pauschalpreis angeboten werden. Hätte es der Gesetzgeber in seiner im Jahr 2013 vorgenommenen Novellierung bei der damaligen Regelung belassen, wären monatelange, kontroverse Verhandlungen nicht notwendig gewesen. Denn die Leistungsanbieter, also die Träger der

Themen – Verwaltung und Zentrale Funktionen

Pflegedienste, haben die Variante der Leistungserbringung unabhängig vom Zeitaufwand von jeher favorisiert. Allerdings stehen noch wichtige Beratungspunkte, wie die Bindung der örtlichen Träger der Sozialhilfe als Vertragsparteien und die Abstimmung eines einheitlich verbundenen Kalkulationsschemas auf der Agenda künftiger Rahmenvertragsverhandlungen.

Verfahren vor der Schiedsstelle geführt

Nachdem es bei Vergütungsverhandlungen zwischen den Pflegekassen und dem Träger eines ambulanten Dienstes aus dem Mitgliedsbereich des Diözesancaritasverbandes zu keiner Einigung gekommen ist, hat der Träger des ambulanten Dienstes dem Diözesancaritasverband die Vollmacht erteilt, das Verfahren vor der Schiedsstelle SGB XI zu führen.

Da die Entgelte des ambulanten Dienstes seit neun Jahren nicht mehr angepasst und somit tarifliche Steigerungen und Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht berücksichtigt worden waren, hatte der Träger des ambulanten Dienstes einen hohen Nachholbedarf geltend gemacht, dem aber die Pflegekassen in der Entgeltverhandlung nicht entsprochen hatten.

Basierend auf der Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes hat die Schiedsstelle schließlich die Forderungen des Trägers als rechtens anerkannt und folglich einer hohen Steigerungsrate der Entgelte zugestimmt.

Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen

Im Oktober 2014 hat der Landtag zusammen mit dem Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) das Alten- und Pflegegesetz und deren Durchführungsverordnungen beschlossen.

Vorausgegangen war eine länger als ein Jahr andauernde kontroverse Diskussion zwischen dem zuständigen Landesministerium (MGEPA) und der Leistungsanbieterseite, allen voran die Freie Wohlfahrtspflege, über die vom Land geplanten Einschränkungen bei der Refinanzierung der Investitionskosten stationärer Einrichtungen.

Letztendlich hat das Land NRW den Argumenten der Verbände, die die Einrichtungsträger im Bereich der stationären Pflege vertreten, nicht entsprochen sondern entschieden, dass künftig bei der Refinanzierung der Investitionskosten von Altenheimen Pauschalen keine Rolle mehr spielen. Stattdessen müssen die Einrichtungsträger mit hohem bürokratischem Aufwand ihre tatsächlichen Kosten nachweisen, die eine bestimmte Höhe nicht überschreiten dürfen und somit gedeckelt werden.

Ergebnis wird sein, dass den Einrichtungsträgern künftig erheblich weniger Mittel zur Verfügung stehen werden, um ihren Verpflichtungen bei Investitionsaufwendungen gerecht zu werden.

Dem Gesetz entsprechend soll die Umstellung im Jahr 2015 erfolgen, so dass deren Regelungen zum 1. Januar 2016 flächendeckend zur Anwendung kommen.

Themen – Verwaltung und Zentrale Funktionen

Die geforderte Umstellung können die Einrichtungsträger nur mit hohem personellen Einsatz bewerkstelligen. Die Mitarbeiter des Caritasverbandes werden hier beratend zur Seite stehen.

Sozialgesetzbuch (SGB) VIII – Kinder- und Jugendhilfe

Das Jahr 2014 kann in der Kinder- und Jugendhilfe als „rahmenvertragslose Zeit“ bezeichnet werden. Da vor Ort trotz fehlenden Rahmenvertrags in der Regel auskömmliche Entgelte verhandelt wurden, bestand kein direkter Druck, die ausgesetzten Verhandlungen von Seiten der Freien Wohlfahrtspflege wieder aufzunehmen.

Zum Ende des Jahres wird allerdings zwischen den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege ausgelotet, wann der richtige Zeitpunkt ist, auf die kommunalen Spitzenverbände zuzugehen, um den Gesprächsfaden wieder aufzunehmen. Dies ist deshalb notwendig, um der Aufforderung des Gesetzgebers im § 78 f SGB VIII nachzukommen, Rahmenverträge für die Übernahme von Leistungsentgelten in der Jugendhilfe abzuschließen.

DiAG Alter und Pflege und ihre Mitglieder über zeugen Politiker

Neue Wege bei der Interessenvertretung

Ein großes Gesetzespaket, das den Landtag im Herbst passiert hat, hat die Diözesanarbeitsgemeinschaft (DiAG) Alter und Pflege im Bistum Aachen im vergangenen Jahr beschäftigt. Das kurz GEPA genannte Werk umfasst das Altenpflegesowie das Wohn- und Teilhabegesetz. Die DiAG Alter und Pflege, ein Zusammenschluss aller der Caritas angeschlossenen Einrichtungen der Altenhilfe im Bistum Aachen, unterstützte die politische Arbeit der Caritas NRW und der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege durch zwei Gesprächsrunden mit Politikern des Landtagsausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Bei diesen Gesprächen gelang es der DiAG dank der großen Mithilfe von Mitgliedseinrichtungen den Politikern zu belegen, dass die Durchführungsverordnung des Altenpflegegesetzes bezüglich der Regelung der Investitionskosten der vollstationären Pflegeeinrichtungen nicht umsetzbar war. Anhand praktischer Beispiele erklärten die Mitglieder, warum das nicht funktionieren könne. Auch wenn in diesen Gesprächsrunden nicht alles Wünschenswerte erreicht werden konnte, so wurden dennoch wichtige Teilerfolge erzielt. Die Mitwirkung der DiAG Alter und Pflege im Verlaufe der Diskussion zu diesem Gesetzesvorhaben war in dieser Form beispielhaft.

Die zunehmende Kommunalisierung der Altenhilfe beschäftigte die DiAG zum wiederholten Mal. Das Altenpflegegesetz stärkt die Kommunen in ihrer Rolle, die Quartiere demografiefest zu gestalten. Zwangsläufig wird es erforderlich sein, dass sich die Träger der Altenhilfe in den jeweiligen Regionen des Bistums für die Altenhilfepolitik abstimmen. Die DiAG Alter und Pflege erreichte in Gesprächen mit dem Diözesancaritasverband, dass modellhaft für drei Regionen im Bistum ein Projekt aufgelegt wird, um ein solches Abstimmungsverfahren zwischen allen Trägern unter Beteiligung der Regionalen Caritasverbände zu entwickeln. Die DiAG Alter und Pflege als Initiator wird bei der Umsetzung des Projektes weiterhin beteiligt sein.

Vielfältige Angebote machte die DiAG Alter und Pflege im vergangenen Jahr für ihre Mitglieder. Sie organisierte zwei Fachtage zum bundesweiten Projekt „Effizienzsteigerung der Pflegedokumentation“, einen Fachtag zu den Begutachtungsrichtlinien Pflegebedürftigkeit und den Qualitätsprüfungsrichtlinien der Medizinischen Dienste und ließ Experten für kommunale Altenhilfepolitik bei der Mitgliederversammlung sprechen. Die zweitägige Klausurtagung hatte die thematischen Schwerpunkte „Ambulantisierung der Pflege in Einrichtungen der Altenhilfe“ und „Seelsorge in der Altenhilfe“. Der große Informationsbedarf darüber, wie Pflegeleistungen in bestehenden und neuen Pflegeeinrichtungen ambulantisiert werden könnten, führte dazu, dass ein zweitägiges Seminar folgte. Die Pflegeversicherung fördert zunehmend mehr Leistungen für die ambulante Versorgung pflegebedürftiger Versicherter. Folgerichtig prüfen Träger von klassischen vollstationären Einrichtungen, ob unter bestimmten Voraussetzungen die Pflege als ambulante Leistung erbracht werden kann. Was die weitere Entwicklung der Seelsorge für alle Einrichtungen der Altenhilfe angeht zeichnete sich ab, dass im laufenden Jahr weitere Gespräche notwendig werden. Dabei wird es um die Frage gehen, wie ehrenamtliche Seelsorgebegleiter gewonnen und geschult werden können und wo und wie sie strukturell einzubinden sind. Ziel sollte es sein, die seelsorgliche Begleitung der Bewohner, der Gäste und der Patienten in den unterschiedlichen Einrichtungsformen auszubauen und weiterzuentwickeln.

Aus der DiAG Eingliederungshilfe

Inklusion kann nur Stück für Stück gelingen

In Einrichtungen und Diensten der Eingliederungshilfe ist es Normalität, dass Menschen mit und ohne Behinderung miteinander reden, miteinander lachen und weinen, selbstverständlich jeden Tag miteinander sind. Ist das Inklusion? Ja. Oder ist die Gruppe derer, die Inklusion lebt, zu klein? Wie kann die ganze Gesellschaft eingebunden werden? Nur nach und nach und Stück für Stück. Das versuchen die 26 Träger der Einrichtungen und Dienste der Eingliederungshilfe im Bistum Aachen täglich. Sie haben sich in der Diözesanarbeitsgemeinschaft (DiAG) Eingliederungshilfe zusammengeschlossen. In ihren mehr als 200 Diensten und Einrichtungen beraten, betreuen und begleiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rund 7.000 Klientinnen und Klienten. Die Bewohner, Klienten und Mitarbeiter leben in den Gemeinden Inklusion vor und bringen sich in das Gemeindeleben ein. Sie bringen sich ein in Vereine, Gottesdienste und Nachbarschaft. So ist Inklusion zu erreichen, Stück für Stück, durch Begegnung, Kennenlernen und Verstehen, und dadurch, dass in allen Lebensbereichen Berührungsängste und Unsicherheiten zwischen Menschen mit und ohne Behinderung überwunden werden.

Im Jahr 2014 hat auch die DiAG Eingliederungshilfe ihr Engagement für die Inklusion fortgesetzt. Insbesondere in Gesprächen mit Kollegen, Politik und Gesellschaft und darüber hinaus durch die Teilnahme an den Workshops des Deutschen Caritasverbandes zu den Themen „Pflege neu denken“ und „Bundesteilhabegesetz“ hat sich der Vorstand im Bistum in die Diskussion eingebracht. Dort haben Vorstandsmitglieder in den Arbeitsgruppen aktiv mitgearbeitet und die Interessen von Trägern und Menschen mit Behinderung vertreten und bestehende und angedachte Systeme auf die Möglichkeiten zur Erfüllung der Bedarfe der Menschen mit Behinderung überprüft. Die Errungenschaften der Eingliederungshilfe können auch in anderen Bereichen Eingang finden, zumindest aber als Standard dienen, hinter dem nicht zurückgeblieben werden darf. Die Vorstandsmitglieder vertreten dabei sowohl die Interessen der Gemeindepsychiatrie als auch die Interessen der Menschen mit geistiger Behinderung. Die Ideen und Forderungen der Diözesanen Arbeitsgemeinschaft werden in den beiden Arbeitskreisen „Wohnen“ und „Tagesstruktur und Arbeit“ kontinuierlich weiterentwickelt.

Zur Mitgliederversammlung der DiAG zum Bundesteilhabegesetz war Dr. Elisabeth Fix aus dem Berliner Büro der Caritas nach Aachen gekommen. Dr. Fix erläuterte die neuesten Entwicklungen der Arbeitsgruppe auf Bundesebene, der auch Caritas-Präsident Neher angehört. Die Träger gaben ihre Einschätzungen und Anforderungen mit auf den Weg für weitere Gespräche mit der Politik. Mit Leistungen aus diesem Gesetz soll der Nachteil, den Menschen mit Behinderung durch ihr Handicap haben, ausgeglichen werden. Bisher sind die Leistungen für Menschen mit Behinderung in der „Sozialhilfe“ geregelt. Alle Akteure der Sozialpolitik sind sich einig, dass dies die falsche Art ist, Leistungen für Menschen mit Behinderung zu regeln. Die Neuregelung steht jedoch noch aus. Die DiAG Eingliederungshilfe stellt fest: Den Menschen steht ein Nachteilsausgleich zu, damit sie gleichberechtigt am Leben in der Gesellschaft teilhaben können. Sie dürfen nicht Bittsteller sein. Die Leistungsgewährung soll unabhängig von ihrem Einkommen und Vermögen erfolgen. Dies ist solange notwendig, bis die Gesellschaft so gestaltet ist, dass alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können.

Zum Vorstand der DiAG Eingliederungshilfe gehören die Vorsitzende Karen Pilatzki (St. Augustinus Behindertenhilfe, Krefeld), Jürgen Amberg (Alexianer Aachen), Marc Inderfurth (Caritas-Lebenswelten, Aachen), sowie Prof. Dr. Andreas Wittrahm und Bettina Offergeld (DiCV Aachen).

Aus der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Einrichtungen der Erziehungshilfe

Gesundheit der Mitarbeiter mehr beachten

Die Anstrengungen zu einer frühzeitigen, umfassenden und breiten Förderung und Bildung aller jungen Menschen müssen dringend intensiviert werden. Das sagte Dr. Ulrich Bürger vom Kommunalverband für Jugend und Soziales aus Baden Württemberg am 27. Mai 2014 bei der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Einrichtungen der Erziehungshilfe (AGkE) im Bistum Aachen im Haus der Caritas. Bürger sprach dort zum Thema „Kinder und Jugendhilfe im demografischen Wandel“. Unter dem Aspekt „Kinder und Jugendliche – ein zunehmend knappes Gut“ stellte er grundlegende Betrachtungen zu den langfristig zu erwartenden Veränderungen im Bevölkerungsaufbau für Nordrhein-Westfalen an aus dem Blickwinkel der Handlungsbedarfe für junge Menschen und deren Familien. Förderung und Bildung aller jungen Menschen sei notwendig, so Bürger weiter, um morgen nicht – zumindest teilweise – vor unzureichend gebildeten, integrierten und damit ohne reelle Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe ausgestatteten jungen Menschen zu stehen. Das eben begonnene Jahrzehnt biete jetzt noch die einmalige Chance für zukunftssichernde Investitionen in die nachwachsenden Generationen. Ein nüchterner Blick auf die Auswirkungen des demografischen Wandels zeige aber auch, dass er innerhalb der Gesellschaft verstärkt Interessenskonflikte mit sich bringen werde, in denen die Frage nach der Verteilung finanzieller Ressourcen eine zentrale Rolle spielen werde. Den Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familie müsse dabei jedoch ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden, forderte Bürger, da sie als rückläufige Bevölkerungsgruppen an Gewicht und damit an Einfluss verlören, gleichzeitig aber in ihrer Funktion für die Zukunftssicherung des Gemeinwesens und der Gesellschaft eine bislang in diesem Maße noch nie da gewesene Bedeutung erlangten. Bürger ermutigte die Teilnehmer der Mitgliederversammlung, immer wieder auf die Politik zuzugehen und im Sinne der Kinder und Jugendlichen „Aufklärungsarbeit“ zu leisten.

„Gesundheit ist eine sensible Qualität“. Das war eine der Erkenntnisse des Fachforums „Hauptsache gesund: Engagement erhalten – Grenzen erkennen“ im November 2014 im Landhotel Kallbach in der Eifel. Der Vorstand der AGkE hatte zu dieser Thematik eingeladen, weil sich auch in den Mitgliedseinrichtungen immer deutlicher zeigt, dass die Anforderungen an pädagogische Mitarbeitende steigt, weil die Arbeitsverdichtung zunimmt, Ressourcen weniger und Finanzen knapper werden. Dass Gesundheit in sozialen Einrichtungen kein individuelles Thema ist und der Erhalt der psychischen Gesundheit von Beschäftigten zur Selbstverständlichkeit einer jeden Unternehmenskultur werden muss, waren weitere Erkenntnisse des Tages. Da die besten Lösungen partnerschaftlich gefunden würden, obliege es Arbeitgebern wie Arbeitnehmern gleichermaßen, ihrer Verantwortung für den Erhalt ihrer psychischen Gesundheit nachzukommen, hieß es. Das Thema betreffe immer die gesamte Einrichtung. Zunehmender Arbeitsdruck mache immer mehr Menschen krank. Das führe zu weiteren Belastungen bei noch gesunden Mitarbeitern. Gerade die Gesunden müssten in den Blick genommen werden und Anerkennung erfahren, damit sie gesund bleiben könnten.

Themen – Diözesanarbeitsgemeinschaften

Beim Fachforum blieb es aber nicht nur bei der Theorie. Den Teilnehmern wurden praktische Achtsamkeitsübungen vorgestellt, die sie auch ausprobierten. Sie sollen helfen, dass Mitarbeiter besser wahrnehmen, wann sie an Grenzen stoßen und wie sie gegensteuern können. Denn gesunde Mitarbeitende müssen ihre Grenzen kennen und erkennen.

2015 wird es in der AGkE um die Themen Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung, Inklusion und Offener Ganzttag gehen. Das besondere Augenmerk wird den begleiteten und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gelten, die in vielen Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfe Unterstützung und zum Teil eine neue Heimat finden.

Die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Einrichtungen der Erziehungshilfe (AGkE) im Bistum Aachen ist das Sprachrohr der katholischen Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen mit dem Auftrag der Vernetzung und Profilentwicklung. Sie ist eine Gemeinschaft, die sich an christlichen Werten orientiert und dabei Individualität und fachliche Vielfalt fördert.

Sie unterstützt die Qualitätsentwicklung in den verschiedenen Angebotsformen und positioniert sich zu relevanten jugendpolitischen Themen in der Öffentlichkeit. Sie fördert die Zusammenarbeit der verschiedenen Hilfesysteme und initiiert gemeinsame Projekte. Die fachliche Weiterentwicklung der in der Jugendhilfe tätigen Mitarbeitenden und die Identifizierung aktueller Trends gehören wesentlich zu der Aufgabenstellung der AGkE Aachen.

Aus der DiAG Integration durch Arbeit

Arbeit bedeutet soziale Teilhabe

Der Name ist Programm: Integration durch Arbeit als zentrales Element sozialer Teilhabe beschreibt die intensiven Bemühungen der Diözesanarbeitsgemeinschaft Integration durch Arbeit (DiAG IDA) auch im Berichtsjahr 2014 genau. Die zentrale Forderung an die Politik lautet: ein Umdenken bei der Förderung langzeitarbeitsloser Menschen muss endlich realisiert werden. Anstatt Langzeitarbeitslose über die Grundsicherung zu finanzieren sollte mit diesen Geldern Arbeit für Langzeitarbeitslose gefördert werden (Passiv Aktiv Transfer). Der Vorstand der DiAG IDA setzt sich vor allem für einen dauerhaften, öffentlich geförderten Arbeitsmarkt als zentrales Hilfsinstrument ein.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist nur vordergründig sehr positiv. Wie in den Vorjahren hat sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen konstant auf einem hohen Niveau verfestigt. Atypische Beschäftigungsverhältnisse wie Minijobs, Teilzeitarbeit und Leiharbeit sind weit verbreitet. Im Bistum Aachen sind von 790.000 Beschäftigten 190.000 in atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Diese Zahl liegt mit 24 Prozent über dem Landesdurchschnitt. Mehr als 35.000 Menschen im Bistum müssen ergänzend Grundsicherung beziehen. Ungleichheit, Armut und soziale Ausgrenzung verfestigen sich bei den betroffenen Menschen. Umso bedeutsamer ist es, den Menschen wieder eine Perspektive, Beschäftigung zu existenzsichernden Löhnen zu bieten.

Themen – Diözesanarbeitsgemeinschaften

Der Trend massiver Mittelkürzungen auf Bundesebene bei Förderangeboten für Langzeitarbeitslose setzt sich kontinuierlich fort. Dies erschwert die Arbeit der Dienste und Einrichtungen.

Akquisestelle „Soziale Betriebe“

Hier kommt den „Sozialen Betrieben“ der DiAG IDA eine zentrale Rolle zu. „Soziale Betriebe“ zu gründen heißt, Menschen eine sinnvolle Beschäftigung zu bieten, am Auftragsmarkt zu agieren. Das stellt die Unternehmen vor große Herausforderungen. Sie müssen „markttauglich“ Dienstleistungen und Gewerke anbieten und beschäftigen Menschen, die nirgendwo Arbeit finden, aber arbeiten wollen. Sie haben meist vielfältige, multiple Problemlagen und brauchen Begleitung und Unterstützung.

Um die „Sozialen Betriebe“ der DiAG IDA nachhaltig zu stützen, ihre Auftragslage zu verbessern, war ein neues Projekt im Berichtsjahr 2014 die Schaffung einer zentralen Akquisestelle für die im Netzwerk „Soziale Betriebe“ zusammengeschlossenen Mitgliedseinrichtungen. Mit der Besetzung der Stelle wurden folgende Ziele vorgegeben:

- Kundengewinnung für die Sozialen Betriebe
- Qualitätssicherung
- Erhöhung der Kundenzufriedenheit
- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Sozialen Betrieben.

Nach der Schaffung geeigneter Kommunikations- und Organisationsstrukturen zur Regelung der Zusammenarbeit zwischen Akquisestelle und Sozialen Betrieben sind zahlreiche Anfragen eingegangen und zusätzliche Aufträge für die Sozialen Betriebe beschafft worden. Durch diese Unterstützung wurden einzelne Handwerksabteilungen in ihrer Existenz erhalten und sogar neue Stellen geschaffen. Damit wurde die Unsicherheit im Hinblick auf die schwierige Personalplanung in Folge der wegfallenden Fördermaßnahmen spürbar entschärft. Neben der Akquise wurden Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Steigerung der Kundenzufriedenheit angestoßen. Zentrale Bedeutung kam der Aufgabe zu, die Bekanntheit des Leistungsspektrums der „Sozialen Betriebe“ durch intensive Gespräche mit vielen Trägern und Einrichtungen im Bistum Aachen wesentlich zu verbessern.

Die Akquisestelle wurde aus Eigenmitteln der Sozialen Betriebe und im Wesentlichen aus Mitteln des Solidaritätsfonds des Bistums Aachen und der Caritasgemeinschaftsstiftung im Bistum Aachen gefördert. Erfreulich ist, dass die Akquisestelle auch im Jahr 2015 fortgeführt werden kann und weiter aktiv die Arbeit der „Sozialen Betriebe“ unterstützt.

Stromsparcheck

In 2014 setzten Träger der DiAG IDA in Aachen und Krefeld das Modellprojekt „NRW bekämpft Energiearmut“ erfolgreich fort. Für einen Zeitraum von drei Jahren fördert das Landesministerium für Klima, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz an fünf Standorten in NRW die Einrichtung eines Stromsparcheck und den Austausch von ineffizienten Kühlgeräten in Haushalten mit geringem Einkommen. Die Einsparungen für diese Haushalte liegen zwischen 120 und 180 Euro pro Jahr. Auch Kommunen sparen dadurch durchschnittlich 120 Euro Kosten pro Jahr und beratenen Haushalt.

DiAG IDA im Bistum Aachen

In der DiAG IDA im Bistum Aachen sind 21 arbeitsmarktpolitische Akteure zusammengeschlossen. Diese Träger, Einrichtungen und Dienste betreiben Werkstätten, Projekte und Maßnahmen mit dem Ziel, langzeitarbeitslose Menschen sowie Jugendliche für eine Perspektive in Ausbildung und Beruf zu qualifizieren. Die im Jahr 2005 gegründete Arbeitsgemeinschaft fördert und koordiniert die Arbeit der angeschlossenen Dienste und Einrichtungen im Bistum Aachen, damit eine optimale Hilfe und Beratung für arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen geleistet werden kann. Nicht zuletzt fungiert die DiAG IDA als gemeinsame Interessenvertretung der Mitglieder.

Neuer Vorstand gewählt

Bei der Herbsttagung im November wurden Gerold König vom Rheinischer Verein und Hans Ohlenforst vom Caritasverband für die Region Heinsberg wiedergewählt. Neu im Vorstand ist Wilfried Reiners vom Volksverein Mönchengladbach. Er trat die Nachfolge von Tamara Elias von IN VIA Krefeld an, die nicht wieder für den Vorstand der Diözesanarbeitsgemeinschaft kandidierte.

Aus der DiAG Krankenhäuser

Das Ringen um gutes Leben im Sterben

Welche Bedürfnisse haben todkranke und sterbende Menschen? Ist der „gute Tod“ auch in der Hochleistungsmedizin möglich? Was brauchen Angehörige in dieser letzten Lebensphase? Ist die aktive Sterbehilfe überhaupt notwendig? Welche Ethik verbirgt sich konkret hinter dem belgischen Sterbehilfekonzepkt? Dürfen wir als Christen in den Sterbeprozess eingreifen?

Gesellschaftspolitisch aktueller konnte das Thema des Forums bei der Mitgliederversammlung der Diözesanarbeitsgemeinschaft der Krankenhäuser (DiAG Krankenhäuser) im Oktober 2014 nicht sein. Der Bundestag wird im Frühjahr einen Gesetzentwurf zur aktiven Sterbehilfe beraten. Umfragen belegen, dass mehr als zwei Drittel der Bevölkerung einer solchen Lösung der Leiden am Lebensende zustimmen würden.

Müssen sich katholische Krankenhäuser mit diesen Fragen befassen oder gibt nicht der Glaube eine eindeutige Antwort? Das Leben ist ein Geschenk Gottes und darf nicht eigenständig beendet werden. Und dennoch: Christlich geprägte Krankenhäuser sind auch Spiegelbild der Gesellschaft, und alle Fragen menschlichen Seins werden auch dort gestellt. Mitarbeiter in katholischen Krankenhäusern dürfen die Menschen mit ihren Fragen nicht allein lassen.

In einer sehr ernsthaft geführten Diskussion erörterten Podiumsgäste und Publikum die oben genannten Fragestellungen. Prof. Dr. Uwe Janssens, Chefarzt der Klinik für Innere Medizin und Internistische Intensivmedizin am St.-Antonius-Hospital in Eschweiler legte dar, dass auch in der Hochleistungsmedizin ein guter Tod möglich sei. Dies erfordere aber ein Umdenken in der Hochleistungsmedizin. Wenn kein Behandlungserfolg mehr zu

Themen – Diözesanarbeitsgemeinschaften

erzielen sei, müsse es zur Therapieänderung kommen, und Sterben und Tod würden somit Bestandteil einer guten Behandlungsqualität.

Dr. Ursula Wetzels vom Foyer Horizont, einer Palliativeinrichtung im belgischen Moresnet, berichtete aus ihrer Praxis. Wenn Patienten nach der „Spritze“ verlangten, sei dies immer ein Hilferuf, dass sie so nicht mehr weiterleben wollten. Wenn aber palliativpflegerische Maßnahmen einsetzten, kehre die Bitte nach Sterbehilfe in den allermeisten Fällen nicht wieder.

Weihbischof Dr. Johannes Bündgens, Erster Vorsitzender des Caritasverbandes für das Bistum Aachen, führte aus: Selbsttötung sei immer ein persönliches Drama. Zum Selbstverständnis der Kirchen gehöre es aber, dass sie Leben schützen und begleiten wollten. Seelsorgerlicher Beistand der Kirchen gehöre dazu.

Ein Jahr nach Verabschiedung der neuen Arbeitsordnung am 2. Dezember 2013 hatte der DiAG-Vorstand für den 28. Oktober 2014 zur Mitgliederversammlung der Diözesanarbeitsgemeinschaft der katholischen Krankenhäuser im Bistum Aachen eingeladen. Elmar Wagenbach ließ die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft Revue passieren: Positionierungen zum Haushaltsentwurf des Landes 2015, zur 2. Änderung des nordrhein-westfälischen Krankenhausgestaltungsgesetzes (KHGG), zum Investitionsprogramm 2014, eine Positionierung zur Aufnahme der medizinischen Leitlinien zur Antibiotikatherapie im Krankenhausplan NRW, Evaluation der Modellstudiengänge in der Pflege sind hier beispielhaft genannt.

Elmar Wagenbach nahm im Auftrag des katholischen Büros an der öffentlichen Anhörung im Gesundheitsausschuss des Landtages zur 2. Änderung des KHGG teil und vertrat dort die Anliegen der katholischen Krankenhäuser.

Beim Expertenhearing zur Präventionsordnung gegen sexualisierte Gewalt gegenüber Erwachsenen im Krankenhaus am 13. März 2014 in Köln war der Vorstand gut vertreten. Ziel des Hearings war, die fachliche Expertise aus den unterschiedlichen Bereichen der Krankenhäuser darzulegen und diese Erfahrungen in die Konzeption eines Schulungskonzeptes einfließen zu lassen.

Im Zusammenhang mit der 22. Entschließung der Landesgesundheitskonferenz 2013 „Von der Integration zur Inklusion: Gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderung verbessern“ gab es am 26. November 2014 in Essen einen Fachtag zum Thema „Menschen mit Behinderung im Krankenhaus“. Anhand von Best-Practice-Beispielen stellten Einrichtungen Hilfsmittel vor, die die Kommunikation, die Orientierung und den Informationsfluss bei Aufnahme und Entlassung erleichtern. Auch wenn noch nicht alle Anforderungen der Behindertenkonvention der Vereinten Nationen optimal umgesetzt werden können, zeigten die Beispiele auf, welche Schritte schon möglich sind und gegangen werden.

Diözesanarbeitsgemeinschaft katholische Tageseinrichtungen für Kinder

Kritik an Revision des Kinderbildungsgesetzes

Vor allem die Inklusion in Kindertagesstätten und die Revision des Kinderbildungsgesetzes (Kibiz) haben die diözesane Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Tageseinrichtungen für Kinder (DiAG KTK) im Bistum Aachen im vergangenen Jahr beschäftigt. Was die Kibiz-Revision angeht beklagte der DiAG-Vorstand in einem Schreiben an alle Landtagsabgeordneten vor allem, dass die Neufassung des Gesetzes den Bildungsauftrag der Kitas ausweitet und neue Anforderungen festschreibt, ohne dass dafür entsprechende Personal- und Zeitressourcen zur Verfügung gestellt werden. Die DiAG kritisierte ferner, dass der Gesetzgeber für die beabsichtigte Fokussierung auf die Bedarfe der Eltern und Flexibilisierung von Angeboten keine entsprechenden Ressourcen zur Verfügung stellt. Diese würden jedoch dringend benötigt, wenn die Bedürfnisse und Interessen insbesondere der jüngsten Kinder nach Stabilität und Regelmäßigkeit gleichrangig betont werden, so die DiAG. Schließlich merkte sie an, dass seit der Einführung des Kibiz und der Umstellung auf eine pauschalierte Bezuschussung der Kindertagesbetreuung das wirtschaftliche Risiko beim Träger der Einrichtungen liegt. Zur Sicherung der Betriebsführung sei eine auskömmliche Finanzierung und angemessene Ressourcenausstattung sowie Planungssicherheit unabdingbar. Die zusätzliche Förderung ausgewählter Einrichtungen durch die Landeszuschüsse KITA plus und zusätzliche Sprachförderung sowie die Einführung der Verfügungspauschale für alle Einrichtungen sollen die Personalsituation in den Kindertageseinrichtungen verbessern, beheben nach Ansicht der DiAG aber nicht das Grundproblem der abnehmenden Finanzierungssicherheit. Um für ihre Positionen einzutreten, beteiligten sich die Vorstandsmitglieder der DiAG auch an örtlichen, von Parteien organisierten Diskussionsrunden. Da das Gesetz aus Sicht der DiAG viele Aspekte nicht zufriedenstellend regelt, werde die politische Diskussion weitergehen müssen.

Dem Thema Inklusion widmete sich die DiAG vor allem unter fachlicher Perspektive und griff eine Projekt-Idee der Fachberatung des Diözesancaritasverbandes auf. Daraus entstand das Projekt „Auf dem Weg zur Inklusion“: Seit Mai 2014 begleitet es neun Kindertageseinrichtungen von acht unterschiedlichen Trägern auf ihrem individuellen Weg zu einer inklusiven Kindertageseinrichtung. Die Laufzeit des Projektes beträgt ein Jahr, so dass dieses Thema auch weiterhin einen Arbeitsschwerpunkt darstellen wird. Insbesondere die Dokumentation des Projektes, die Veröffentlichung der Ergebnisse und die Sicherung der Nachhaltigkeit werden 2015 in den Mittelpunkt der Arbeit der DiAG rücken.

Im Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder (KTK) sind 301 von insgesamt 340 katholischen Tageseinrichtungen für Kinder im Bistum Aachen organisiert. Die DiAG KTK im Bistum Aachen besteht seit 1996 und bietet ihren Mitgliedern ein Forum der unmittelbaren Beteiligung am fachpolitischen Diskurs. Sie fördert die Weiterentwicklung der Einrichtungen durch geeignete Maßnahmen und Arbeitshilfen, vertritt die Belange der Einrichtungen gegenüber kirchlichen, staatlichen und verbandlichen Stellen und bündelt Ressourcen und Kapazitäten auf Bistumsebene. Vorsitzender der DiAG KTK ist Pfarrer Hans-Otto von Danwitz, stellvertretende Vorsitzende ist Rita Baumbach, Leiterin der Kita St. Hubertus in Aachen. Die Geschäftsführung wird vom Caritasverband für das Bistum Aachen e.V. gestellt und von Susanne Antunes ausgeübt.

Bilanz zum 31. Dezember 2013

AKTIVA	2013 EUR	2012 TEUR	PASSIVA	2013 EUR	2012 TEUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			A. EIGENANTEIL		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.865,00	3	I. Vereinskaptal	1.130.572,76	1.114
II. Sachanlagen (insb. Grundstücke mit Bauten, Einrichtungsgegenstände etc.)	2.231.526,93	2.339	II. Rücklagen	3.474.605,68	3.470
III. Finanzanlagen	149.090,65	164	III. Bilanzgewinn	511.823,35	21
	<u>2.385.482,58</u>	<u>2.506</u>		<u>5.117.001,79</u>	<u>4.605</u>
B. UMLAUFVERMÖGEN	4.916.688,06	4.114	B SONDERPOSTEN		
			AUS ZUWEISUNGEN		
			FINANZIERUNG DES		
			ANLAGEVERMÖGENS	343.199,00	380
			C. RÜCKSTELLUNGEN	1.040.152,59	1.018
			D. VERBINDLICHKEITEN	648.268,25	532
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	19.971,93	76	E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	164.520,94	161
	<u>7.322.142,57</u>	<u>6.696</u>		<u>7.322.142,57</u>	<u>6.696</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

EUR	01.01.-31.12.13 EUR	01.01.-31.12.12 EUR
1. Zuschüsse, Mitgliedsbeiträge und Teilnehmergebühren	15.109.668,01	14.466.293,50
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.889.250,36	1.864.341,31
3. Materialaufwand	-150.467,22	-157.433,67
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-4.312.995,82	-3.997.989,60
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorgung und für Unterstützung	-1.067.126,58	-938.555,44
	<hr/>	<hr/>
	-5.380.122,40	-4.936.545,04
5. Abschreibungen	-146.466,92	-144.107,53
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen, insb. Haushaltszuschüsse und caritative Aufwendungen	-10.838.220,83	-11.112.004,36
7. Erträge aus Beteiligung	1.000,00	0,00
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	34.836,81	44.605,40
9. Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-1.319,93	0,00
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5.535,53	-2.127,07
	<hr/>	<hr/>
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	512.622,35	23.022,54
12. Sonstige Steuern	-799,00	-1.438,91
	<hr/>	<hr/>
13. Jahresüberschuss	511.823,35	21.583,63
14. Entnahmen aus Rücklagen	16.505,00	16.505,00
15. Einstellung in das Eigenkapital	-16.505,00	-16.505,00
	<hr/>	<hr/>
16. Bilanzgewinn	511.823,35	21.583,63
	<hr/>	<hr/>

Der Caritasverband für das Bistum Aachen

Der Caritasverband für das Bistum Aachen arbeitet im Auftrag des Bischofs von Aachen und ist zudem Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege. Im Hinblick auf die Caritas im Bistum, das sich von Krefeld bis Blankenheim in der Eifel, und von Aachen bis hinter Düren erstreckt, hat er vor allem anregende, beratende, koordinierende und fortbildende Funktion.

Neben dem Diözesancaritasverband gibt es sieben regionale Caritasverbände mit ca. 10.000 persönlichen Mitgliedern.

Die Caritas im Bistum Aachen in Zahlen

- In der Diözese gibt es rund 1.000 katholische Verbände und Einrichtungen im caritativen Bereich. Vom Kindergarten über Beratungsstellen für suchtkranke, pflegebedürftige oder behinderte Menschen, alte und kranke Menschen, von der Erziehungsberatungsstelle bis zum Krankenhaus gibt es zu allen Belangen und Nöten unserer Zeit ein entsprechendes Angebot der verbandlichen Caritas.
- In der verbandlichen Caritas im Bistum Aachen sind rund 31.000 Personen teil- bzw. vollzeitbeschäftigt.
- Die Zahl der ehrenamtlich und freiwillig engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bistum liegt bei über 5.000.
- Etwa 50.000 Menschen nutzen täglich die Dienste und Angebote der verbandlichen Caritas.

Fachverbände

Im Bistum Aachen gibt es sieben Fachverbände der Caritas:

- Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) mit zehn Ortsvereinen
- Sozialdienst katholischer Männer (SKM) mit zehn Ortsvereinen
- zwölf Betreuungsvereine bei SkF und SKM
- IN VIA / katholische Mädchensozialarbeit mit drei Vereinen
- Malteser Hilfsdienst (MHD) mit 22 Dienststellen
- Raphaelswerk mit einer Beratungsstelle
- Kreuzbund mit 34 Gruppen
- Vinzenzkonferenzen mit drei Konferenzen

Caritaseinrichtungen

Kindertagesstätten:

- In 343 Tageseinrichtungen für Kinder - davon sind 48 geförderte Familienzentren und drei heilpädagogische Kindertagesstätten – werden von mehr als 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern 18.000 Kinder betreut.

Beratungsstellen:

- In neun Erziehungsberatungsstellen der Caritas im Bistum Aachen erfahren jährlich rund 7.600 Familien und Einzelpersonen beraterische und bei Bedarf auch therapeutische Hilfen. In den Beratungsstellen sind rund 80 teil- und vollzeitbeschäftigte Kräfte tätig.
- In den sechs Fachdiensten für Integration und Migration wurden 2014 rund 5.200 Personen beraten und mit sozialräumlichen Aktivitäten weitere 5.500 Personen erreicht.

Themen – Daten und Fakten

- Acht Beratungsstellen „Rat und Hilfe – Die Schwangerschaftsberatung der katholischen Kirche im Bistum Aachen“ berieten 2014 insgesamt 3.701 Klientinnen.

- Menschen mit geistiger Behinderung und deren Angehörige können sich im Bistum Aachen in fünf Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen (KoKoBe) informieren.

- Für Menschen mit psychischer Erkrankung oder Behinderung stehen weitere sechs Kontakt- und Beratungsstellen (KUB) zur Verfügung.

Behindertenhilfe:

Folgende katholische Einrichtungen gehören dem Caritasverband für das Bistum Aachen e.V. als Spitzenverband an:

- Im Frühförderzentrum Rheydt des Caritasverbandes für die Region Mönchengladbach werden ca. 90 Kinder gefördert und deren Familien beraten. Die Förderung beginnt mit der Geburt und endet in der Regel mit dem Eintritt in den Kindergarten.

- Die Paul-Moor-Schule ist eine Förderschule mit dem Schwerpunkt geistige Behinderung in Mönchengladbach und hat rund 130 Schülerinnen und Schüler. Am Berufskolleg für Wirtschaft und Verwaltung der Josef-Gesellschaft in Aachen stehen 89 Plätze für junge Erwachsene mit Behinderung zur Verfügung. Während der Schulzeit sind 42 Schülerinnen und Schüler im hausinternen Internat untergebracht.

- In den rund 46 Wohnheimen katholischer Träger der Behindertenhilfe im Bistum Aachen stehen ca. 1.150 stationäre Plätze zur Verfügung. Die tagesstrukturierenden Angebote für Bewohnerinnen und Bewohner finden dabei sowohl innerhalb als auch außerhalb der Wohnheime statt. Darüber hinaus wird in zwei Tagesstätten ein niedrigschwelliges tagesstrukturierendes Angebot als fester Bestandteil der sozialpsychiatrischen Versorgungsstruktur vorgehalten.

- Für die ambulante Betreuung von rund 1.900 Menschen mit geistiger, körperlicher und psychischer Behinderung stehen im Bistum Aachen 37 Dienste katholischer Träger zur Verfügung.

- In der Caritas-Behindertenwerk GmbH im Bistum Aachen arbeiten in sieben Werkstätten für Menschen mit Behinderungen 1.093 Beschäftigte.

Erziehungshilfe:

- In den 22 stationären und teilstationären Einrichtungen der Erziehungshilfe werden ca. 1.410 Plätze bereitgehalten. Es sind dort ca. 1.170 Mitarbeiter beschäftigt. Die Betreuung erfolgt in Wohngruppen, Außenwohngruppen, Tagesgruppen und in flexibler ambulanter Form. Des Weiteren gibt es im Bistum Aachen 25 Dienste, die flexible ambulante Hilfen zur Erziehung anbieten, wie die Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH) und das Haushaltsorganisationstraining (HOT) mit ca. 65 sozialpädagogischen und 30 familienpflegerischen Fachkräften.

Altenhilfe und Pflege:

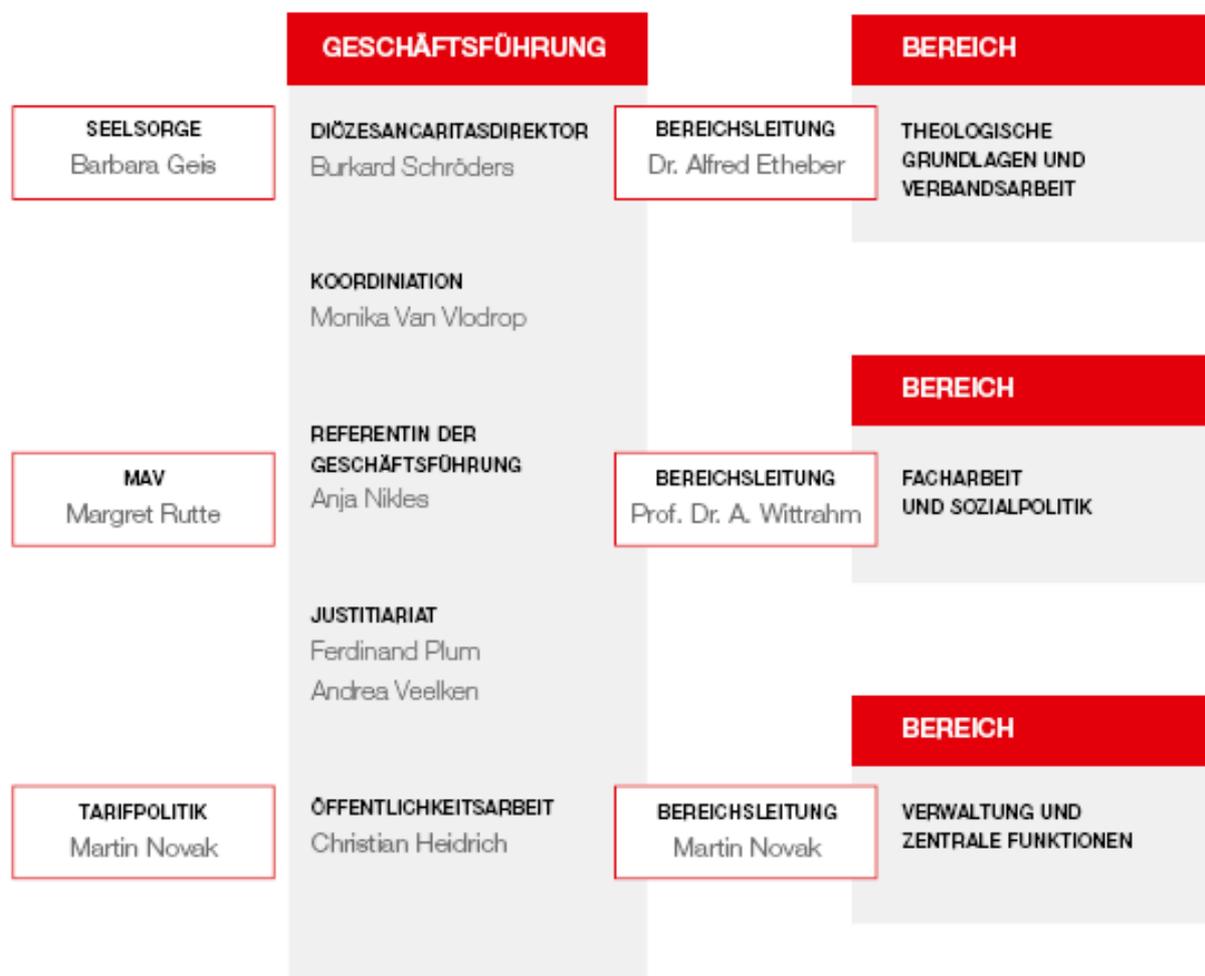
- Im Bistum Aachen gibt es 56 ambulante Pflegedienste in katholischer Trägerschaft, davon sind 49 Caritas- Pflegestationen bei den sieben regionalen Caritasverbänden und sechs Palliativpflegedienste,

- 96 Altenheime mit rund 7874 Altenheimplätzen, 38 Tagespflegehäuser mit 842 Plätzen und zehn Kurzzeitpflegeheime mit 215 Plätzen sind der verbandlichen Caritas im Bistum Aachen angeschlossen. Dort arbeiten rund 5.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Krankenhäuser:

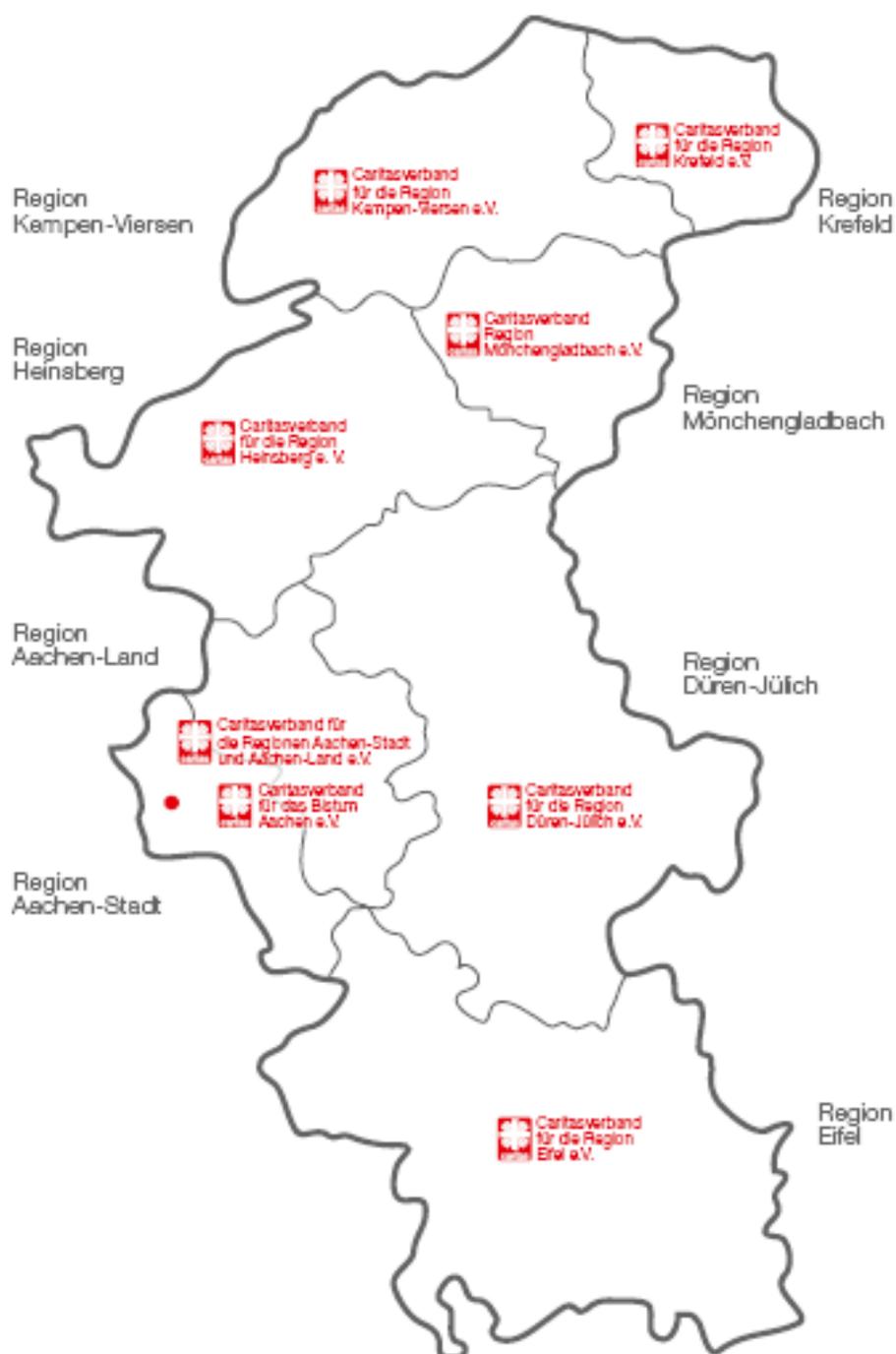
- In den 20 katholischen Krankenhäusern und zwei Reha-Kliniken mit ihren ca. 6.000 Betten wurden 2014 rund 230.000 Patienten behandelt. Hier sind ca. 12.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Die DiCV-Geschäftsstelle - Organisationsstruktur



Themen – Daten und Fakten

Der Caritasverband für das Bistum Aachen e.V.
mit sieben regionalen Caritasverbänden und 95 Ortsvereinen
bzw. Dienststellen von Fachverbänden in den acht Regionen
des Bistums Aachen.



Impressum

Caritasverband für das Bistum Aachen e.V.

Postfach 100552

D-52005 Aachen

Kapitelstraße 3

D-52066 Aachen

Telefon +49 241 431-0

www.caritas-ac.de

Redaktion:

Christian Heidrich